

2005**Ausgegeben zu Bonn am 18. August 2005****Nr. 18**

Tag	Inhalt	Seite
12. 8. 2005	Gesetz zu dem OCCAR-Geheimchutzübereinkommen vom 24. September 2004 GESTA: XE019	778
15. 6. 2005	Bekanntmachung des deutsch-tadschikischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	783
24. 6. 2005	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika – SADC – über Finanzielle Zusammenarbeit . . .	785
5. 7. 2005	Bekanntmachung des deutsch-mongolischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	786
6. 7. 2005	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-ungarischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit sowie über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 6. Juli 1977	788
6. 7. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 31. Januar 1995 über den unerlaubten Verkehr auf See zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen	789
6. 7. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption	791
6. 7. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Markierung von Plastik-sprengstoffen zum Zweck des Aufspürens	794
6. 7. 2005	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-bulgarischen Abkommens über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten und der schweren Kriminalität sowie über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 14. September 1992	795
6. 7. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe	795
6. 7. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Vereinbarung über die Satzung der Europäischen Schulen	796
11. 7. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge	796
29. 7. 2005	Bekanntmachung der Dokumente zur Gründung des Antarktissekretariats	797
29. 7. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge	854
29. 7. 2005	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates, des Zusatzprotokolls sowie des Sechsten Protokolls zu diesem Abkommen	855
6. 7. 2005	Berichtigung der Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen	855
6. 7. 2005	Berichtigung der Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die an Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen	856

**Gesetz
zu dem OCCAR-Geheimchutzübereinkommen
vom 24. September 2004**

Vom 12. August 2005

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 24. September 2004 unterzeichneten OCCAR-Geheimchutzübereinkommen zwischen der Regierung der Französischen Republik, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 9 Abs. 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 12. August 2005

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Arbeit
Wolfgang Clement

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Der Bundesminister des Innern
Schily

Der Bundesminister der Verteidigung
Peter Struck

OCCAR-Geheimschutzübereinkommen
zwischen der Regierung der Französischen Republik,
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
der Regierung des Königreichs Belgien, der Regierung der Italienischen Republik
und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

OCCAR Security Agreement
between the Government of the French Republic,
the Government of the Federal Republic of Germany,
the Government of the Kingdom of Belgium, the Government of the Italian Republic and
the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Die Mitglieder der durch das am 9. September 1998 in Farnborough unterzeichnete Übereinkommen zur Gründung der OCCAR („OCCAR-Übereinkommen“) gegründeten OCCAR (Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement), die in Artikel 2 des OCCAR-Übereinkommens genannt und im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet werden –

- in Anbetracht der Tatsache, dass die Wahrnehmung der der OCCAR obliegenden Aufgaben den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen erforderlich macht;
- in der Absicht, die Sicherheit der bei der OCCAR entstandenen oder ihr übermittelten geheimhaltungsbedürftigen Informationen zu gewährleisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet „geheimhaltungsbedürftige Informationen“ alle Informationen, Dokumente oder Unterlagen, deren unbefugte Weitergabe den Interessen der Vertragsparteien oder denen der OCCAR schaden könnte und die durch die Einstufung in einen Geheimhaltungsgrad als solche gekennzeichnet sind; dabei ist es unerheblich, ob die OCCAR Urheberin dieser Informationen ist oder ob die Informationen von den Vertragsparteien entgegengenommen worden sind.

(2) Diese geheimhaltungsbedürftigen Informationen werden entweder durch einen innerstaatlichen Geheimhaltungsgrad oder durch die Aufschrift „OCCAR“ in Verbindung mit dem entsprechenden Geheimhaltungsgrad nach Artikel 3 gekennzeichnet.

Artikel 2

Jede Vertragspartei

- a) schützt und sichert bei der OCCAR entstandene oder der OCCAR übermittelte geheimhaltungsbedürftige Informationen,
- b) behält den Geheimhaltungsgrad der Informationen bei und gewährt diesen geheimhaltungsbedürftigen Informationen den Schutz, der dem ihnen durch den Urheber zugeordneten Geheimhaltungsgrad entspricht,
- c) verwendet diese geheimhaltungsbedürftigen Informationen nur für die im OCCAR-Übereinkommen oder in programmbezogenen Abmachungen niedergelegten Zwecke,
- d) gibt diese geheimhaltungsbedürftigen Informationen nicht an eine andere internationale Organisation, an Staaten, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, oder an eine andere juristische Person, die nicht im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ansässig ist oder nicht an einer Tätigkeit der OCCAR beteiligt ist, weiter, ohne dass

The Members of OCCAR (Organisation Conjointe de Coopération en matière d'Armement), established by the Convention on the Establishment of OCCAR signed on 9 September 1998 at Farnborough (“OCCAR Convention”), and referred to in Article 2 of the OCCAR Convention, hereinafter referred to as “the Parties”

- aware that the fulfilment of the tasks of OCCAR requires the exchange of classified information;
- intending to ensure the security of classified information generated by or transmitted to OCCAR,

have agreed as follows:

Article 1

1) For the purposes of this Agreement “classified information” means any information, document or material the unauthorised disclosure of which could cause prejudice to the interests of the Parties or OCCAR, whether such information originates within OCCAR or is received from the Parties, and which has been so designated by a security classification.

2) Such classified information shall be distinguished either by a national classification marking or by the marking “OCCAR” together with the appropriate level of classification as stated in Article 3.

Article 2

Each Party shall

- a) protect and safeguard classified information generated by or transmitted to OCCAR,
- b) maintain the security classification of the information and afford such classified information the degree of protection appropriate to the classification level assigned by the originator,
- c) not use such classified information for purposes other than those laid down in the OCCAR Convention or programme specific arrangements,
- d) not disclose such classified information to another international organisation, to States which are not Parties to this Agreement or to any other legal entity not located in the territory of a Party or not involved in any OCCAR activity without:

- die vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers und
 - eine geeignete Geheimschutzübereinkunft oder -abmachung vorliegt,
- e) stellt sicher, dass innerstaatliche geheimhaltungsbedürftige Informationen, die der OCCAR im Zusammenhang mit einem bestimmten Programm zur Verfügung gestellt worden sind, nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Urhebers an die nicht an dem Programm beteiligten Vertragsparteien weitergegeben werden,
- f) stellt sicher, dass im Rahmen der OCCAR im Zusammenhang mit einem bestimmten Programm entstandene geheimhaltungsbedürftige Informationen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der das Programm durchführenden Vertragsparteien an die nicht an dem Programm beteiligten Vertragsparteien weitergegeben werden.
- the prior written consent of the originator; and
 - an adequate security agreement or arrangement,
- e) ensure that national classified information provided to OCCAR in connection with a specific programme shall only be released to Parties not involved in the programme with the prior written consent of the originator,
- f) ensure that classified information generated in the framework of OCCAR in connection with a specific programme shall only be released to Parties not involved in the programme with the prior written consent of the Parties sponsoring the programme.

Artikel 3

Für geheimhaltungsbedürftige Informationen der OCCAR wird die Kennzeichnung „OCCAR“ zusammen mit den folgenden Geheimhaltungsgraden verwendet:

- a) SECRET: Dieser Geheimhaltungsgrad findet nur auf Informationen Anwendung, deren unbefugte Weitergabe den Interessen der Vertragsparteien oder denen der OCCAR schweren Schaden zufügen würde.
- b) CONFIDENTIAL: Dieser Geheimhaltungsgrad findet auf Informationen Anwendung, deren unbefugte Weitergabe den Interessen der Vertragsparteien oder denen der OCCAR schaden würde.
- c) RESTRICTED: Dieser Geheimhaltungsgrad findet auf Informationen Anwendung, deren unbefugte Weitergabe sich nachteilig auf die Interessen der Vertragsparteien oder auf die der OCCAR auswirken würde.

Artikel 4

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens sind die Schutzmaßnahmen für die Geheimhaltungsgrade der OCCAR mit denen für die innerstaatlichen Geheimhaltungsgrade der Vertragsparteien vergleichbar, wie dies aus nachfolgender Übersicht hervorgeht:

OCCAR	OCCAR SECRET	OCCAR CONFIDENTIAL	OCCAR RESTRICTED
BELGIEN	SECRET GEHEIM	CONFIDENTIEL VERTROUWELIJK	DIFFUSION RESTREINTE BEPERKTE VERSPREIDING
DEUTSCHLAND	GEHEIM	VS-VERTRAULICH	VS-NUR FÜR DEN DIENST- GEBRAUCH
FRANKREICH	SECRET DÉFENSE	CONFIDENTIEL DÉFENSE	(siehe Absatz 2)
ITALIEN	SEGRETO	RISERVATISSIMO	RISERVATO
VEREINIGTES KÖNIGREICH	UK SECRET	UK CONFIDENTIAL	UK RESTRICTED

Article 3

For OCCAR classified information the marking “OCCAR” shall be used together with the following levels of classification

- a) SECRET: This classification shall be applied only to information whose unauthorised disclosure would result in grave damage to the interests of the Parties or OCCAR.
- b) CONFIDENTIAL: This classification shall be applied to information whose unauthorised disclosure would be damaging to the interests of the Parties or OCCAR.
- c) RESTRICTED: This classification shall be applied to information whose unauthorised disclosure would be disadvantageous to the interests of the Parties or OCCAR.

Article 4

1) For the purpose of this Agreement the protective measures for OCCAR security classifications shall be comparable with those for the national security classifications of the Parties as shown in the table below:

OCCAR	OCCAR SECRET	OCCAR CONFIDENTIAL	OCCAR RESTRICTED
BELGIUM	SECRET GEHEIM	CONFIDENTIEL VERTROUWELIJK	DIFFUSION RESTREINTE BEPERKTE VERSPREIDING
FRANCE	SECRET DÉFENSE	CONFIDENTIEL DÉFENSE	(see paragraph 2 below)
GERMANY	GEHEIM	VS-VERTRAULICH	VS-NUR FÜR DEN DIENST- GEBRAUCH
ITALY	SEGRETO	RISERVATISSIMO	RISERVATO
UNITED KINGDOM	UK SECRET	UK CONFIDENTIAL	UK RESTRICTED

(2) Für die Zwecke dieses Übereinkommens schützt Frankreich Informationen des Geheimhaltungsgrads OCCAR RESTRICTED und innerstaatliche Informationen der anderen Vertragsparteien des Geheimhaltungsgrads RESTRICTED in Übereinstimmung mit den von den Vertragsparteien für den Geheimhaltungsgrad OCCAR RESTRICTED vereinbarten Schutzmaßnahmen. Die anderen Vertragsparteien dieses Übereinkommens schützen Informationen mit der französischen innerstaatlichen Schutzmarkierung DIFFUSION RESTREINTE in Übereinstimmung mit den von den Vertragsparteien für den Geheimhaltungsgrad OCCAR RESTRICTED vereinbarten Maßnahmen.

(3) Die Übersicht über die sich entsprechenden Geheimhaltungsgrade in Bezug auf künftige Mitglieder der OCCAR wird in der Einladung zum Beitritt nach Artikel 53 des OCCAR-Übereinkommens festgelegt.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass alle Personen, die Zugang zu als SECRET oder CONFIDENTIAL eingestuften Informationen benötigen oder haben können, in angemessener Weise einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, bevor sie ihre Tätigkeit aufnehmen, und die Bedingung „Kenntnis nur, wenn nötig“ erfüllen.

(2) Die Bedingungen für den Zugang zu als CONFIDENTIAL oder SECRET eingestuften Informationen richten sich nach den Sicherheitsvorschriften der OCCAR.

Artikel 6

(1) Die betroffenen Vertragsparteien untersuchen alle Fälle, in denen Gewissheit oder Grund zu der Annahme besteht, dass im Rahmen dieses Übereinkommens zur Verfügung gestellte oder entstandene geheimhaltungsbedürftige Informationen an Unbefugte weitergegeben, offen gelegt oder verloren worden sind.

(2) Die betroffene(n) Vertragspartei(en) unterrichtet(n) die anderen Vertragsparteien und die OCCAR unverzüglich über solche Vorkommnisse, die abschließenden Ergebnisse der Untersuchung und die zur Verhütung von Wiederholungsfällen getroffenen Maßnahmen.

Artikel 7

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die nach Artikel 12 Buchstabe g und Artikel 42 des OCCAR-Übereinkommens beschlossenen Sicherheitsvorschriften der OCCAR mit diesem Übereinkommen in Einklang stehen.

(2) Zur Erörterung aller Sicherheitsaspekte wird ein Sicherheitsausschuss eingerichtet. Dieser setzt sich aus Vertretern von Nationalen Sicherheitsbehörden/Beauftragten Sicherheitsbehörden jeder Vertragspartei zusammen.

Artikel 8

Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, andere, den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens nicht berührende Übereinkünfte über den Austausch von geheimhaltungsbedürftigen Informationen, deren Urheber sie sind, zu schließen.

Artikel 9

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Vertragsparteien; es tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem alle Unterzeichner ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt haben. Der Verwahrer notifiziert allen Vertragsparteien und der OCCAR das Datum des Inkrafttretens dieses Übereinkommens.

(2) Die Regierung der Französischen Republik ist der Verwahrer dieses Übereinkommens.

(3) Auf Ersuchen einer der Vertragsparteien erörtern die Vertragsparteien jeden Änderungsvorschlag zu diesem Überein-

2) For the purpose of this Agreement France shall protect OCCAR RESTRICTED information and national RESTRICTED information of the other Parties in accordance with the protective measures agreed by the Parties for OCCAR RESTRICTED. The other Parties of this Agreement shall protect the French national protective marking DIFFUSION RESTREINTE according to the measures agreed by the Parties for OCCAR RESTRICTED.

3) The table of equivalency for new Members of OCCAR shall be determined in the invitation made in accordance with Article 53 of the OCCAR Convention.

Article 5

1) The Parties shall ensure that all persons who require or may have access to information classified SECRET or CONFIDENTIAL are appropriately security cleared, before they take up their duties, and have a "need-to-know".

2) Arrangements for access to information classified CONFIDENTIAL or SECRET shall be as defined in the OCCAR Security Regulations.

Article 6

1) The relevant Parties shall investigate all cases in which it is known or where there are grounds for suspecting that classified information provided or generated pursuant to this Agreement has been disclosed to unauthorised persons, compromised or lost.

2) The relevant Party(ies) shall promptly inform the other Parties and OCCAR of such occurrences, and of the final results of the investigation and of the corrective action taken to prevent recurrences.

Article 7

1) The Parties shall ensure that the OCCAR Security Regulations adopted in accordance with Articles 12 (g) and 42 of the OCCAR Convention are in compliance with the provisions of this Agreement.

2) A Security Committee shall be established to consider all aspects of security. It shall be composed of representatives of NSA's/DSA's of each Party.

Article 8

This Agreement in no way prevents the Parties from making other Agreements relating to the exchange of classified information originated by them and not affecting the scope of the present Agreement.

Article 9

1) This Agreement shall be subject to ratification, acceptance or approval by the Parties and shall enter into force 30 days after deposit by all signatories of their instruments of ratification, acceptance or approval. The depositary shall notify all Parties and OCCAR of the date of entry into force of this Agreement.

2) The Government of the French Republic shall be the depositary of this Agreement.

3) The Parties shall, at the request of any one of them, discuss any proposal for amending this Agreement. Any proposal

kommen. Jeder durch Entscheidung aller Vertragsparteien beschlossene Änderungsvorschlag bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung nach Absatz 1. Die Änderung tritt 30 Tage nach Eingang der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden der Vertragsparteien beim Verwahrer in Kraft; der Verwahrer notifiziert allen Vertragsparteien und der OCCAR das Datum des Inkrafttretens der Änderung. Neue Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind durch Änderungen, die in Kraft getreten sind, automatisch gebunden.

Artikel 10

(1) Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens wird durch Konsultationen unter den Vertragsparteien beigelegt. Bis zur Beilegung der Streitigkeit erfüllen die Vertragsparteien weiterhin alle ihre Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen.

(2) Streitigkeiten werden zur Beilegung nicht an Drittstaaten, internationale Organisationen oder sonstige juristische Personen verwiesen.

Artikel 11

(1) Ergeht eine Einladung zum Beitritt nach Artikel 53 des OCCAR-Übereinkommens, so ist für den Beitritt zum OCCAR-Übereinkommen die gleichzeitige Hinterlegung einer Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen erforderlich.

(2) Dieses Übereinkommen tritt für dieses neue Mitglied an dem Tag in Kraft, an dem das OCCAR-Übereinkommen für es in Kraft tritt.

Artikel 12

(1) Eine Vertragspartei darf weder von diesem Übereinkommen noch vom OCCAR-Übereinkommen zurücktreten, ohne auch von dem jeweils anderen zurückzutreten.

(2) Nach Rücktritt von diesem Übereinkommen und vom OCCAR-Übereinkommen erfüllt die betreffende Vertragspartei weiterhin ihre Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Paris am 24. September 2004 in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Französischen Republik hinterlegt wird; diese übermittelt jedem Unterzeichner und allen beitretenden Staaten eine gehörig beglaubigte Abschrift.

Für die Regierung der Französischen Republik
For the Government of the French Republic

François Lureau

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Klaus Neubert

Für die Regierung des Königreichs Belgien
For the Government of the Kingdom of Belgium

Pierre-Etienne Champenois

Für die Regierung der Italienischen Republik
For the Government of the Italian Republic

Emilio de Mese

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
For the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

John Holmes

adopted by a decision of all the Parties shall be subject to ratification, acceptance or approval by them in accordance with the provisions in paragraph 1 of this Article. The amendment shall enter into force 30 days after the depositary has received instruments of ratification, acceptance or approval from the Parties, and the depositary shall notify all Parties and OCCAR of the date of entry into force of the amendment. Any new Party to this Agreement shall be automatically bound by the amendment once the amendment has entered into force.

Article 10

1) Any dispute regarding the interpretation or application of this Agreement shall be settled by consultation between the Parties. Pending settlement of any dispute, the Parties shall continue to fulfil all their obligations under this Agreement.

2) Disputes shall not be referred to a third State, international organisation or any other legal entity for settlement.

Article 11

1) When an invitation is issued under Article 53 of the OCCAR Convention, the accession to the OCCAR Convention shall require the simultaneous deposit of an instrument of accession to this Agreement.

2) This Agreement shall then enter into force for such new Member on the day on which the OCCAR Convention enters into force for it.

Article 12

1) A Party shall not withdraw from either this Agreement or the OCCAR Convention unless it also withdraws from the other.

2) Upon withdrawal from this Agreement and the OCCAR Convention the Party concerned shall continue to meet its obligations under the provisions of this Agreement.

In witness whereof the undersigned, duly authorised to this effect by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done at Paris on 24 September 2004 in the English, French, German and Italian languages, all four texts being equally authentic, in a single copy which shall be deposited in the archives of the Government of the French Republic which shall transmit a duly certified copy to each of the signatories and any acceding State.

**Bekanntmachung
des deutsch-tadschikischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 15. Juni 2005

Das in Duschanbe am 12. Mai 2005 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikis-
tan über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 ist nach sei-
nem Artikel 5

am 12. Mai 2005

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Juni 2005

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schaefer-Preuss

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Tadschikistan
über Finanzielle Zusammenarbeit 2004**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Tadschikistan –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Tadschikistan,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und
zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Bezie-
hungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in der Republik Tadschikistan beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhand-
lungen vom 27. Oktober 2004 in Duschanbe –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung der Republik Tadschikistan oder anderen,
von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfän-
gern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am
Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 13 000 000 EUR (in Worten: drei-
zehn Millionen Euro) für das Vorhaben „Ersatz der existieren-
den 220/500 KV Schaltanlage am Wasserkraftwerk Nurek“,
wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorha-
bens festgestellt worden ist;
2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 9 600 000 EUR (in
Worten: neun Millionen sechshunderttausend Euro) für die
Vorhaben
 - a) „Ersatz der existierenden 220/500 KV Schaltanlage am
Wasserkraftwerk Nurek“ bis zu 7 000 000 EUR (in Wor-
ten: sieben Millionen Euro),
 - b) „Schwerpunktprogramm Gesundheit“ bis zu 2 600 000
EUR (in Worten: zwei Millionen sechshunderttausend
Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahmen, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Tadschikistan, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für diese Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Tadschikistan durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Tadschikistan zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern

der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- beziehungsweise Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(2) Die Regierung der Republik Tadschikistan, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(3) Die Regierung der Republik Tadschikistan, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Tadschikistan stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Tadschikistan erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Tadschikistan überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Duschanbe am 12. Mai 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Löschner

Für die Regierung der Republik Tadschikistan
Talbak Nazarow

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika – SADC –
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. Juni 2005

Das in Gaborone am 23. Mai 2005 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des
Südlichen Afrika (SADC) über Finanzielle Zusammenar-
beit 2004 ist nach seinem Artikel 5

am 23. Mai 2005

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Juni 2005

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Michael Hofmann

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC)
über Finanzielle Zusammenarbeit 2004**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der SADC,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und
zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehun-
gen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in der SADC-Region beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verhandlungen vom 27. Septem-
ber 2004 über die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in
Gaborone, Republik Botsuana –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika
– SADC –, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt
(Main), einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von insgesamt
4 800 000,- EUR (in Worten: vier Millionen achthunderttausend
Euro) für die Einrichtung eines Projektvorbereitungs- und -ent-
wicklungsfonds zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förde-
rungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einverneh-
men zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der SADC durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es
der SADC zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere
Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genann-
ten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Be-
gleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Ab-
satz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet die-
ses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der KfW und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag geschlossen wurde. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(2) Die SADC, soweit sie nicht selbst Empfänger des Finanzierungsbeitrags ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung des in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Vertrags in der SADC-Region erhoben werden.

Artikel 4

Die SADC überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 3

Die SADC sorgt dafür, dass die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben freigestellt wird, die im

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Gaborone am 23. Mai 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. von Bothmer

Für die Entwicklungsgemeinschaft
des Südlichen Afrika (SADC)

Dr. Prega Ramsamy

**Bekanntmachung
des deutsch-mongolischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 5. Juli 2005

Das in Ulan Bator am 16. Juni 2005 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 ist nach seinem Artikel 6

am 16. Juni 2005

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 5. Juli 2005

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Ursula Schäfer-Preuss

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Mongolei
über Finanzielle Zusammenarbeit 2004

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Mongolei –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolei,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und
zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Bezie-
hungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in der Mongolei beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll über die Regierungsver-
handlungen zur Entwicklungszusammenarbeit zwischen der
Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung
der Mongolei vom 1. April 2004 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung der Mongolei und beziehungsweise oder
anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden
Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt
am Main, Darlehen von insgesamt 12 000 000,- EUR (in Worten:
zwölf Millionen Euro) zu erhalten,

die für folgende Vorhaben verwendet werden

1. Regionalwege bis zu 4 000 000,- EUR (in Worten: vier Mil-
lionen Euro),

2. Programm Energieeffizienz I bis zu 8 000 000,- EUR (in Wor-
ten: acht Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben
festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einver-
nehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-
land und der Regierung der Mongolei durch andere Vorhaben
ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es
der Regierung der Mongolei zu einem späteren Zeitpunkt
ermöglicht, (weitere) Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur
Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder (weitere)
Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur
Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorha-
ben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet
dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die
Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden,
sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwi-
schen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern
der Darlehen zu schließenden Verträge, die den in der Bundes-
republik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.
Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 genann-
ten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren
nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge
geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ab-
lauf des 31. Dezember 2012.

(2) Die Regierung der Mongolei, soweit sie nicht selbst Darle-
hensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederauf-
bau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der
Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden
Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Mongolei stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Mongolei erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Mongolei überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland aus-

schließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Der im Abkommen vom 13. November 2003 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Programm Erneuerbare Energien II“ vorgesehene Zuschuss wird mit einem Teilbetrag von 2 000 000,- EUR (in Worten: zwei Millionen Euro) für das Vorhaben „Programm Erneuerbare Energien I“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Ulan Bator am 16. Juni 2005 in zwei Urschriften, jede in deutscher, mongolischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des mongolischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Vorwerk

Für die Regierung der Mongolei

Norovyn Altankhuyag

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-ungarischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit sowie
über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 6. Juli 1977**

Vom 6. Juli 2005

Das in Bonn am 1. März 1994 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ungarn über kulturelle Zusammenarbeit (BGBl. 2000 II S. 479) ist nach seinem Artikel 18

am 7. Juni 2005

in Kraft getreten.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, dass nach Artikel 20 Abs. 1 dieses Abkommens das Abkommen vom 6. Juli 1977 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über kulturelle Zusammenarbeit (BGBl. 1978 II S. 878)

am 7. Juni 2005

außer Kraft getreten ist.

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens vom 31. Januar 1995 über den unerlaubten Verkehr auf See
zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen
gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen**

Vom 6. Juli 2005

Das Übereinkommen vom 31. Januar 1995 über den unerlaubten Verkehr auf See zur Durchführung des Artikels 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (BGBl. 1998 II S. 2233) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 4 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Tschechische Republik am 1. Mai 2005
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalte und Erklärungen:

(Übersetzung)

“The Czech Republic declares that for the reason referred to in Article 3, paragraph 6, of the Agreement, it shall not apply paragraphs 2 and 3 of this Article.

Pursuant to Article 19, paragraph 3, of the Agreement, the Czech Republic reserves the right to require that the requests, other communications and supporting documents sent to it, be made in the Czech language or in the English language or that they be accompanied into one of these two languages.

In compliance with Article 8, paragraph 2, of the Agreement, the Czech Republic declares that when acting as an intervening State, it may subject its intervention to the condition that persons having its nationality who are surrendered to the flag State under Article 15 and there convicted of a relevant offence, shall have the possibility to be transferred to the Czech Republic to serve the sentence imposed.

Pursuant to Article 17, paragraph 3, of the Agreement, the Czech Republic declares that the authority competent for drawing and responding to requests under Articles 6 and 7 of the Agreement shall be:

„Die Tschechische Republik erklärt, dass sie aus den in Artikel 3 Absatz 6 des Übereinkommens genannten Gründen die Absätze 2 und 3 dieses Artikels nicht anwenden wird.

Nach Artikel 19 Absatz 3 des Übereinkommens behält sich die Tschechische Republik das Recht vor zu verlangen, dass die ihr übermittelten Ersuchen, anderen Mitteilungen und Schriftstücke in tschechischer oder englischer Sprache abgefasst sind oder eine Übersetzung in eine dieser beiden Sprachen beigelegt ist.

In Übereinstimmung mit Artikel 8 Absatz 2 des Übereinkommens erklärt die Tschechische Republik, dass sie als eingreifender Staat ihr Eingreifen von der Bedingung abhängig machen kann, dass Personen ihrer Staatsangehörigkeit, die nach Artikel 15 dem Flaggenstaat übergeben und dort wegen einer einschlägigen Straftat verurteilt werden, die Möglichkeit haben, zum Verbüßen der verhängten Strafe an die Tschechische Republik überstellt zu werden.

Nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens erklärt die Tschechische Republik, dass die für die Abfassung und Beantwortung der in den Artikeln 6 und 7 des Übereinkommens vorgesehenen Ersuchen zuständige Behörde folgende ist:

Policie České republiky, národní protidrogová centrála služby kriminální policie a vyšetřování (Czech Republic Police National Drug Headquarters of the Criminal Police and Investigation Service)
Policejní prezidium České republiky (Czech Republic Police Presidium)
POB 62/NPC
17089 Praha 7
Tel.: + 420 974836532
+ 420 974836514
Cell phone: + 420 603191373
Fax: + 420 974836519
e-mail: npdc@mvr.cz

The Czech Republic communicates, pursuant to Article 17, paragraph 3, of the Agreement, that the authority competent for the notification of the exercise of preferential jurisdiction, under Article 14 of the Agreement, and for all other notifications or communications under the Agreement shall be:

Ministerstvo spravedlnosti České republiky mezinárodní odbor oddělení mezinárodních smluv a právní pomoci trestní (Ministry of Justice of the Czech Republic)
Vyšehradská 16
12810 Praha 2
Tel.: + 420 221997925
Fax: + 420 221997919
e-mail: om@msp.justice.cz".

Policie České republiky, národní protidrogová centrála služby kriminální policie a vyšetřování (Polizei der Tschechischen Republik, Nationales Drogenzentrum der Kriminalpolizei und des Ermittlungsdienstes)
Policejní prezidium České republiky (Polizeipräsidium der Tschechischen Republik)
POB 62/NPC
17089 Praha 7 (Prag)
Tel.: + 420 974836532
+ 420 974836514
Mobil: + 420 603191373
Fax: + 420 974836519
E-Mail: npdc@mvr.cz

Die Tschechische Republik teilt nach Artikel 17 Absatz 3 des Übereinkommens mit, dass die für die Notifikation der Ausübung der bevorrechtigten Gerichtsbarkeit nach Artikel 14 des Übereinkommens und für alle anderen Notifikationen oder Mitteilungen nach dem Übereinkommen zuständige Behörde folgende ist:

Ministerstvo spravedlnosti České republiky mezinárodní odbor oddělení mezinárodních smluv a právní pomoci trestní (Ministerium der Justiz der Tschechischen Republik)
Vyšehradská 16
12810 Praha 2 (Prag)
Tel.: + 420 221997925
Fax: + 420 221997919
E-Mail: om@msp.justice.cz".

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. April 2004 (BGBl. II S. 777).

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der internationalen Adoption**

Vom 6. Juli 2005

I.

Das in Den Haag am 29. Mai 1993 zur Unterzeichnung aufgelegte Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (BGBl. 2001 II S. 1034) ist nach seinem Artikel 46 Abs. 2 Buchstabe a für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Malta	am 1. Februar 2005
San Marino	am 1. Februar 2005
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Angaben zur Zentralen Behörde.	

II.

Zentrale Behörden

San Marino am 6. Oktober 2004:

(Übersetzung)

- | | |
|---|--|
| “1) In conformity with Article 6, first paragraph, the Republic of San Marino designates the Secretariat of State for Foreign Affairs (Palazzo Begni – Contrada Omerelli, 31 – 47890 San Marino – Repubblica di San Marino) as the Central Authority. | „1. In Übereinstimmung mit Artikel 6 Absatz 1 bestimmt die Republik San Marino das Staatssekretariat für Auswärtige Angelegenheiten (Secretariat of State for Foreign Affairs, Palazzo Begni – Contrada Omerelli, 31 – 47890 San Marino – Republik San Marino) als Zentrale Behörde. |
| 2) In conformity with Article 23, second paragraph, the Republic of San Marino designates the Ministry of State for Health and Social Security (Via Scialoja, 40 – 47893 Cailungo – Repubblica di San Marino) as the competent authority.” | 2. In Übereinstimmung mit Artikel 23 Absatz 2 bestimmt die Republik San Marino das Staatsministerium für Gesundheit und soziale Sicherheit (Ministry of State for Health and Social Security, Via Scialoja, 40 – 47893 Cailungo – Republik San Marino) als zuständige Behörde.“ |

III.

Luxemburg hat der Regierung der Niederlande am 9. März 2005 mit Wirkung vom gleichen Tage die nachstehend abgedruckten Änderungen zu den Zentralen Behörden nach den Artikeln 13, 6, 4 und 5 notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 4. November 2002, BGBl. II S. 2872):

(Übersetzung)

«Article 13

„Artikel 13

Adresse: Amicale Internationale d'Aide
à l'Enfance a.s.b.l.
Service d'adoption
71, rue de Luxembourg
L-8140 Bridel

Anschrift: Amicale Internationale d'Aide
à l'Enfance a.s.b.l.
[Internationaler
Kinderhilfe-Verein]
Service d'adoption
[Adoptionsdienst]
71, rue de Luxembourg
L-8140 Bridel

Numéro de
téléphone: (352) 50 46 79

Tel.-Nr.: (352) 50 46 79

Numéro de
télécopie: (352) 50 46 84

Telefax-Nr.: (352) 50 46 84

e-mail: aiaem@pt.lu

E-Mail: aiaem@pt.lu

Site internet: www.adoptions.lu
www.aiae.lu

Website: www.adoptions.lu
www.aiae.lu

Adresse: Croix-Rouge Luxembourgeoise
Service d'adoption
97, route d'Arlon
L-8009 Strassen

Anschrift: Croix-Rouge Luxembourgeoise
[Luxemburgisches Rotes Kreuz]
Service d'adoption
[Adoptionsdienst]
97, route d'Arlon
L-8009 Strassen

Numéro de
téléphone: (352) 25 15 50

Tel.-Nr.: (352) 25 15 50

Numéro de
télécopie: (352) 25 15 505

Telefax-Nr.: (352) 25 15 505

e-mail: crladopt@pt.lu

E-Mail: crladopt@pt.lu

Adresse: Luxembourg-Pérou a.s.b.l.
Service d'adoption
75, allée Léopold Goebel
L-1635 Luxembourg

Anschrift: Luxembourg-Pérou a.s.b.l.
[Luxemburg-Peru-Verein]
Service d'adoption
[Adoptionsdienst]
75, allée Léopold Goebel
L-1635 Luxembourg

Numéro de
téléphone: (352) 44 42 93

Tel.-Nr.: (352) 44 42 93

Numéro de
télécopie: (352) 44 51 62

Telefax-Nr.: (352) 44 51 62

e-mail: luxembourg-perou@gmx.net

E-Mail: luxembourg-perou@gmx.net

Adresse: Nalédi a.s.b.l.
Service d'adoption
12, um aale Waasser
L-9370 Gilsdorf

Anschrift: Nalédi a.s.b.l.
Service d'adoption
[Adoptionsdienst]
12, um aale Waasser
L-9370 Gilsdorf

Numéro de
téléphone: (352) 81 87 19

Tel.-Nr.: (352) 81 87 19

Numéro de
télécopie: (352) 26 80 33 02

Telefax-Nr.: (352) 26 80 33 02

e-mail: naledi-asbl@gmx.net

E-Mail: naledi-asbl@gmx.net

Adresse: SOS Enfants en
Détrésse a.s.b.l.
Service d'adoption
17, rue des Noyers
L-7594 Beringen

Anschrift: SOS Enfants en
Détrésse a.s.b.l.
[SOS Kinder in Not]
Service d'adoption
[Adoptionsdienst]
17, rue des Noyers
L-7594 Beringen

Numéro de
téléphone: (352) 32 76 84

Tel.-Nr.: (352) 32 76 84

Numéro de
télécopie: (352) 32 91 17

Telefax-Nr.: (352) 32 91 17

e-mail: sosbrasil87@yahoo.de

E-Mail: sosbrasil87@yahoo.de

Article 6

Adresse: Ministère de la Famille et de
l'Intégration
12-14, avenue Emile Reuter
L-2420 Luxembourg

Adresse
postale: Ministère de la Famille et de
l'Intégration
L-2919 Luxembourg

Numéro de
téléphone: (352) 478-6543

Numéro de
télécopie: (352) 24 18 88

Artikel 6:

Anschrift: Ministère de la Famille et de
l'Intégration
[Ministerium für Familie
und Integration]
12-14, avenue Emile Reuter
L-2420 Luxembourg

Post-
anschrift: Ministère de la Famille et de
l'Intégration
[Ministerium für Familie
und Integration]
L-2919 Luxembourg

Tel.-Nr.: (352) 478-6543

Telefax-Nr.: (352) 24 18 88

Articles 4 et 5

Adresse: Tribunal d'arrondissement de
et à Luxembourg
B.P. 15
L-2010 Luxembourg

Numéro de
téléphone: (352) 475981-449

Numéro de
télécopie: (352) 475981-421

e-mail: brigitte.haan@justice.etat.lu

Adresse: Tribunal d'arrondissement de
et à Diekirch
B.P. 164
L-9202 Diekirch

Numéro de
téléphone: (352) 803214-1

Numéro de
télécopie: (352) 807119

e-mail: raymonde.poncin@justice.
etat.lu»

Artikel 4 und 5:

Anschrift: Tribunal d'arrondissement de
et à Luxembourg
[Bezirksgericht Luxemburg]
B.P. 15
L-2010 Luxembourg

Tel.-Nr.: (352) 475981-449

Telefax-Nr.: (352) 475981-421

E-Mail: brigitte.haan@justice.etat.lu

Anschrift: Tribunal d'arrondissement de
et à Diekirch
[Bezirksgericht Diekirch]
B.P. 164
L-9202 Diekirch

Tel.-Nr.: (352) 803214-1

Telefax-Nr.: (352) 807119

E-Mail: raymonde.poncin@justice.
etat.lu“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom
7. April 2005 (BGBl. II S. 572).

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Markierung von Plastiksprengstoffen
zum Zweck des Aufspürens**

Vom 6. Juli 2005

Das Übereinkommen vom 1. März 1991 über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens (BGBl. 1998 II S. 2301) ist nach seinem Artikel XIII Abs. 4 für folgende weitere Staaten, die nach Maßgabe von Artikel XIII Abs. 2 erklärt haben, keine Herstellerstaaten zu sein, in Kraft getreten:

Afghanistan	am 30. November 2003
Albanien	am 19. Dezember 2004
Benin	am 29. Mai 2004
Burkina Faso	am 5. September 2004
Dschibuti	am 10. August 2004
Guinea	am 23. März 2004
Honduras	am 18. April 2004
nach Maßgabe des Vorbehalts, an Artikel XI Abs. 1 nicht gebunden zu sein	
Irland	am 13. September 2003
Kroatien	am 25. April 2005
Madagaskar	am 21. Februar 2004
Myanmar	am 31. Oktober 2004
nach Maßgabe des Vorbehalts, an Artikel XI Abs. 1 nicht gebunden zu sein	
Neuseeland	am 17. Februar 2004
Paraguay	am 14. Dezember 2004
Philippinen	am 15. Februar 2004
Seychellen	am 13. Oktober 2003
Syrien, Arabische Republik	am 28. November 2004
nach Maßgabe des Vorbehalts, an Artikel XI Abs. 1 nicht gebunden zu sein	
Togo	am 20. September 2003
Turkmenistan	am 16. März 2005
Uganda	am 31. August 2004.

Das Übereinkommen ist ferner für folgenden weiteren Staat, der nach Maßgabe von Artikel XIII Abs. 2 erklärt hat, Herstellerstaat zu sein, in Kraft getreten:

Bosnien und Herzegowina	am 2. Juli 2004.
-------------------------	------------------

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. Dezember 2003 (BGBl. 2004 II S. 101).

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-bulgarischen Abkommens
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten
und der schweren Kriminalität sowie
über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens vom 14. September 1992**

Vom 6. Juli 2005

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. April 2005 zu dem Abkommen vom 30. September 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bulgarien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten und der schweren Kriminalität (BGBl. 2005 II S. 418) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 14

am 15. Juni 2005

in Kraft getreten ist.

Weiter wird bekannt gemacht, dass nach Artikel 16 dieses Abkommens das Abkommen vom 14. September 1992 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bulgarien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Rauschgiftkriminalität (BGBl. 1994 II S. 1025) in der Fassung der Vereinbarung vom 2. November 2000/17. April 2001 (nicht veröffentlicht)

am 15. Juni 2005

außer Kraft getreten ist.

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe**

Vom 6. Juli 2005

Das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477; 1978 II S. 1239; 1980 II S. 1406; 1981 II S. 379; 1985 II S. 1104) wird nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Honduras

am 21. August 2005

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. April 2004 (BGBl. II S. 833).

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Vereinbarung
über die Satzung der Europäischen Schulen**

Vom 6. Juli 2005

Die Vereinbarung vom 21. Juni 1994 über die Satzung der Europäischen Schulen (BGBl. 1996 II S. 2558) wird nach ihrem Artikel 32 für

Österreich am 1. September 2005
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. März 2005 (BGBl. II S. 547).

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge**

Vom 11. Juli 2005

Das Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926) ist nach seinem Artikel 84 Abs. 2 für

Armenien am 16. Juni 2005
Gabun am 5. Dezember 2004
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Mai 2005 (BGBl. II S. 605).

Berlin, den 11. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Bekanntmachung der Dokumente zur Gründung des Antarktissekretariats

Vom 29. Juli 2005

Auf Grund des Artikels IX Abs. 4 des Antarktis-Vertrags vom 1. Dezember 1959 (BGBl. 1978 II S. 1517) haben die Vertreter der Vertragsparteien auf der XXVI. Konsultativtagung in Madrid am 16. Juni 2003 die Maßnahme 1 (2003) zur Gründung des Sekretariats des Antarktis-Vertrags und als Anlage hierzu das Sitzabkommen für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags beschlossen.

Ferner hat die Konsultativtagung in Ausführung der Maßnahme 1 (2003) nachstehend genannte Beschlüsse gefasst:

1. Beschluss 1 (2003) über die Umlage der Beiträge für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags und
Anhang: Methode zur Berechnung des Beitragsschlüssels
2. Beschluss 2 (2003) über die vorläufige Durchführung der Maßnahme 1 (2003) mit
Anlage 1: Erster Beitragsschlüssel zum Haushalt des Sekretariats des Antarktis-Vertrags
Anlage 2: Verpflichtungsschreiben der Argentinischen Republik
3. Beschluss 3 (2003) mit Anlage über das Personalstatut für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags einschließlich
Anhang A: Gehaltstabelle für die Laufbahngruppe des höheren Dienstes des Sekretariats des Antarktis-Vertrags (US-Dollar)
Anhang B: Gehaltstabelle für die Laufbahngruppe des allgemeinen Dienstes des Sekretariats des Antarktis-Vertrags (US-Dollar)
4. Beschluss 4 (2003) mit Anlage über die Finanzvorschriften für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags.

Die Maßnahme 1 (2003) sowie die von der Konsultativtagung gefassten Beschlüsse werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Die Konsultativtagung hat mit Beschluss 2 (2003) die vorläufige Durchführung der Maßnahme 1 (2003) nach Maßgabe der Nummer 1 des Beschlusses 2 (2003) sowie die vorläufige Anwendung der Beschlüsse 3 (2003) und 4 (2003) nach Maßgabe der Nummer 2 des Beschlusses 2 (2003) beschlossen.

Der Tag, an dem die Maßnahme 1 (2003) nach Artikel IX Abs. 4 des Antarktis-Vertrags sowie die vorgenannten Beschlüsse in Ausführung der Maßnahme 1 (2003) für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, wird im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Berlin, den 29. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

Maßnahme 1 (2003)
Sekretariat des Antarktis-Vertrags

Measure 1 (2003)
Secretariat of the Antarctic Treaty

Mesure 1 (2003)
Secrétariat du Traité sur l'Antarctique

(Übersetzung)

The Representatives,

Recalling the Antarctic Treaty and the Protocol on Environmental Protection to the Antarctic Treaty (the Protocol);

Recognizing the need for a secretariat to assist the Antarctic Treaty Consultative Meeting (the ATCM) and the Committee for Environmental Protection (the CEP) in performing their functions;

Recalling Decision 1 (2001) of the XXIV ATCM on the establishment of the Secretariat of the Antarctic Treaty (the Secretariat) in Buenos Aires, Argentina;

Recommend to their Governments the following Measure for approval in accordance with paragraph 4 of Article IX of the Antarctic Treaty:

Article 1
Secretariat

The Secretariat shall constitute an organ of the ATCM. As such it shall be subordinated to the ATCM.

Article 2
Functions

1. The Secretariat shall perform those functions in support of the ATCM and the CEP which are entrusted to it by the ATCM.

2. Under the direction and supervision of the ATCM, the Secretariat shall, in particular:

(a) Provide, with assistance from the host government, secretariat support for meetings held under the Antarctic Treaty and the Protocol and other meetings in conjunction with the ATCM. Secretariat support shall include:

Les représentants,

Rappelant le Traité sur l'Antarctique et son Protocole relatif à la protection de l'environnement (le Protocole);

Reconnaissant la nécessité de créer un secrétariat pour aider la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique (la RCTA) et le Comité pour la protection de l'environnement (le CPE) à remplir leurs fonctions;

Rappelant la décision 1 (2001) de la XXIV^e RCTA sur la mise en place à Buenos Aires (Argentine) du secrétariat du Traité sur l'Antarctique (ci-après dénommé «le secrétariat»);

Recommandent à leurs gouvernements qu'ils approuvent la mesure ci-après en application du paragraphe 4 de l'article IX du Traité sur l'Antarctique.

Article 1
Secrétariat

Le secrétariat est un organe de la RCTA et, en tant que tel, il lui est subordonné.

Article 2
Fonctions

1) Le secrétariat remplit à l'appui des Réunions consultatives du Traité sur l'Antarctique (RCTA) et des réunions du Comité pour la protection de l'environnement (CPE) les fonctions que lui a confiées la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

2) En particulier, il doit, sous la direction et la supervision de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique:

a) Assurer, avec l'assistance du gouvernement hôte, la prestation des tâches de secrétariat aux réunions qui se tiennent dans le cadre du Traité sur l'Antarctique et du Protocole au Traité sur l'Antarctique relatif à la protection de l'environnement. Ces tâches comprendront:

Die Vertreter –

eingedenk des Antarktis-Vertrags und des Umweltschutzprotokolls zum Antarktis-Vertrag (Umweltschutzprotokoll);

in der Erkenntnis, dass ein Sekretariat notwendig ist, das die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag (Konsultativtagung) und den Ausschuss für Umweltschutz (Ausschuss) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt;

eingedenk des Beschlusses 1 (2001) der XXIV. Konsultativtagung über die Errichtung des Sekretariats des Antarktis-Vertrags (Sekretariat) in Buenos Aires, Argentinien –

empfehlen ihren Regierungen, die folgende Maßnahme nach Artikel IX Absatz 4 des Antarktis-Vertrags zu genehmigen:

Artikel 1
Sekretariat

Das Sekretariat ist ein Organ der Konsultativtagung. Als solches ist es der Konsultativtagung untergeordnet.

Artikel 2
Aufgaben

(1) Das Sekretariat erfüllt zur Unterstützung der Konsultativtagung und des Ausschusses die Aufgaben, die ihm von der Konsultativtagung übertragen werden.

(2) Unter der Leitung und Aufsicht der Konsultativtagung wird das Sekretariat insbesondere

a) mit Hilfe der Gastregierung Sekretariatsdienste für Tagungen zur Verfügung stellen, die im Rahmen des Antarktis-Vertrags und des Umweltschutzprotokolls abgehalten werden, und für andere Tagungen, die mit der Konsultativtagung in Verbindung stehen. Zu den Sekretariatsdiensten gehört Folgendes:

- | | | |
|--|---|--|
| i) Collation of information for ATCM/ CEP meetings e.g. environmental impact assessments and management plans; | ii) Rassembler et compiler l'information nécessaire pour les réunions consultatives du Traité sur l'Antarctique et celles du Comité pour la protection de l'environnement (CPE) comme par exemple les évaluations d'impact sur l'environnement et les plans de gestion; | ii) Sammlung von Informationen für Tagungen der Konsultativtagung/ des Ausschusses, zum Beispiel Umweltverträglichkeitsprüfungen und Verwaltungspläne; |
| ii) Preparatory work for and distribution of the meeting agendas and reports; | iii) Préparer les réunions et distribuer les ordres du jour et les rapports; | iii) Vorbereitung und Verteilung der Tagesordnungen und Berichte; |
| iii) Translation of meeting documents; | iiii) Traduire les documents des réunions; | iiii) Übersetzung der Tagungsunterlagen; |
| iv) Provision of interpretation services; | v) Fournir les services d'interprétation; | v) Bereitstellung von Dolmetscherdiensten; |
| v) Copying, organizing and distributing meeting documents; and | vi) Copier, organiser et distribuer les documents des réunions; | vi) Vervielfältigung, Zusammenstellung und Verteilung der Tagungsunterlagen und |
| vi) Assisting the ATCM, in drafting the meeting documents including the final report; | vii) Aider durant la RCTA à la rédaction des documents que renfermera le rapport final. | vii) Unterstützung der Konsultativtagung bei der Abfassung der Tagungsunterlagen einschließlich des Abschlussberichts; |
- (b) Support intersessional work of the ATCM and the CEP by facilitating the exchange of information, organizing meeting facilities and providing other secretariat support as directed by the ATCM;
- (b) Fournir un appui aux travaux intersessions de la RCTA et du CPE, facilitant l'échange d'informations, organisant les installations des réunions et assurant les autres tâches de secrétariat que nécessite la RCTA.
- (b) die Arbeit der Konsultativtagung und des Ausschusses zwischen den Tagungen unterstützen, indem es den Informationsaustausch erleichtert, Tagungsmöglichkeiten schafft und weitere Sekretariatsdienste nach Anweisung der Konsultativtagung zur Verfügung stellt;
- (c) Facilitate and coordinate communications and exchange of information amongst Parties on all exchanges required under the Antarctic Treaty and the Protocol;
- (c) Faciliter et coordonner les communications et l'échange d'informations entre les Parties pour ce qui est de tous les échanges requis dans le cadre du Traité sur l'Antarctique et du Protocole au Traité sur l'Antarctique relatif à la protection de l'environnement.
- (c) den Nachrichtenverkehr und den Informationsaustausch zwischen den Vertragsparteien über jede Form des Austauschs, die aufgrund des Antarktis-Vertrags und des Umweltschutzprotokolls erforderlich ist, erleichtern und koordinieren;
- (d) Under guidance from the ATCM, provide the necessary coordination and contact with other elements of the Antarctic Treaty system and other relevant international bodies and organizations as appropriate;
- (d) Assurer, sous la direction de la RCTA, la coordination nécessaire ainsi que, le cas échéant, la liaison avec les autres éléments du système du Traité sur l'Antarctique et autres organismes internationaux appropriés et organisations.
- (d) unter Anleitung der Konsultativtagung die notwendige Abstimmung und Verbindung mit anderen Teilen des Antarktis-Vertragssystems beziehungsweise mit anderen einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen herstellen;
- (e) Establish, maintain, develop and, as appropriate publish, databases relevant to the operation of the Antarctic Treaty and the Protocol;
- (e) Créer, tenir à jour, développer et, selon que de besoin, publier des bases de données relatives au fonctionnement du Traité sur l'Antarctique et du Protocole au Traité sur l'Antarctique relatif à la protection de l'environnement.
- (e) die für die Durchführung des Antarktis-Vertrags und des Umweltschutzprotokolls zweckdienlichen Datenbanken anlegen, pflegen, weiterentwickeln und gegebenenfalls veröffentlichen;
- (f) Circulate amongst the Parties any other relevant information and disseminate information on activities in Antarctica;
- (f) Distribuer entre les Parties toute autre information pertinente et diffuser l'information relative aux activités menées dans l'Antarctique.
- (f) sonstige sachdienliche Informationen an die Vertragsparteien weiterleiten und Informationen über Tätigkeiten in der Antarktis verbreiten;
- (g) Record, maintain and publish, as appropriate, the records of the ATCM and CEP and of other meetings convened under the Antarctic Treaty and the Protocol;
- (g) Archiver, tenir à jour et publier selon que de besoin les archives des RCTA, des réunions du CPE et des autres réunions qui ont eu lieu dans le cadre du Traité sur l'Antarctique et du Protocole au Traité sur l'Antarctique relatif à la protection de l'environnement.
- (g) die Aufzeichnungen der Konsultativtagung und des Ausschusses sowie anderer Tagungen, die im Rahmen des Antarktis-Vertrags und des Umweltschutzprotokolls einberufen werden, erfassen, fortführen und gegebenenfalls veröffentlichen;
- (h) Facilitate the availability of information about the Antarctic Treaty system;
- (h) Faciliter la disponibilité d'informations sur le système du Traité sur l'Antarctique.
- (h) die Verfügbarkeit von Informationen über das Antarktis-Vertragssystem erleichtern;
- (i) Prepare reports on its activities and present them to the ATCM;
- (i) Etablir des rapports sur ses activités et les présenter à la RCTA.
- (i) Berichte über seine Tätigkeiten erstellen und der Konsultativtagung vorlegen;

- | | | |
|--|---|--|
| <p>(j) Assist the ATCM in reviewing the status of past Recommendations and Measures adopted under Article IX of the Antarctic Treaty;</p> <p>(k) Under the guidance of the ATCM, take responsibility for maintaining and updating an Antarctic Treaty system "Handbook"; and</p> <p>(l) Perform such other functions relevant to the purposes of the Antarctic Treaty and the Protocol as may be determined by the ATCM.</p> | <p>j) Aider la RCTA à réviser l'état des recommandations et des mesures adoptées dans le passé au titre de l'article IX du Traité.</p> <p>k) Sous la direction de la RCTA, se charger de tenir et mettre à jour le «Manuel» du système du Traité sur l'Antarctique.</p> <p>l) Mener à bien, en application des décisions de la RCTA, toute autre activité ayant trait aux buts et objectifs du Traité sur l'Antarctique et au Protocole au Traité sur l'Antarctique relatif à la protection de l'environnement.</p> | <p>j) die Konsultativtagung bei der Überprüfung des Status früherer nach Artikel IX des Antarktis-Vertrags genehmigter Empfehlungen und Maßnahmen unterstützen;</p> <p>k) unter Anleitung der Konsultativtagung die Verantwortung für die Führung und Aktualisierung eines „Handbuchs“ zum Antarktis-Vertragssystem übernehmen und</p> <p>l) sonstige Aufgaben in Bezug auf den Antarktis-Vertrag und das Umweltschutzprotokoll wahrnehmen, die von der Konsultativtagung festgelegt werden.</p> |
|--|---|--|

Article 3

Executive Secretary

1. The Secretariat shall be headed by an Executive Secretary who shall be appointed by the ATCM from among candidates who are nationals of Consultative Parties. The procedure for the selection of the Executive Secretary shall be determined by a Decision of the ATCM.

2. The Executive Secretary shall appoint staff members essential for the carrying out of the functions of the Secretariat and engage experts as appropriate. The Executive Secretary and other staff members shall serve in accordance with the procedures, terms and conditions set out in the Staff Regulations which shall be adopted by a Decision of the ATCM.

3. During the intersessional periods the Executive Secretary shall consult in a manner to be prescribed in the Rules of Procedure.

Article 4

Budget

1. The Secretariat shall operate in a cost-effective manner.

2. The budget of the Secretariat shall be approved by the Representatives of all Consultative Parties present at the ATCM.

3. Each Consultative Party shall contribute to the budget of the Secretariat. One half of the budget shall be contributed equally by all Consultative Parties. The other half of the budget shall be contributed by the Consultative Parties based on the extent of their national Antarctic activities, taking into account their capacity to pay.

4. The method for calculating the scale of contributions is contained in Decision 1 (2003) and the Schedule attached to it. The ATCM may amend the proportion in which the abovementioned two criteria shall apply and the method for calculating the scale of contributions by means of a Decision.

Article 3

Secrétaire exécutif

1) Le secrétariat est dirigé par un secrétaire exécutif qui sera nommé par la Réunion consultative d'une liste de candidats que proposeront les Parties consultatives. La procédure de sélection du secrétariat sera déterminée par une décision de la RCTA.

2) Le secrétaire exécutif nomme le personnel indispensable pour remplir les fonctions du secrétariat et engage les experts requis. Le secrétaire exécutif et les autres membres du personnel remplissent leurs fonctions en conformité avec les procédures, modalités et conditions fixées dans le statut du personnel qui sera adopté par une décision de la RCTA.

3) Durant les périodes intersessions, le secrétaire exécutif se livre à des consultations de la manière arrêtée dans le règlement intérieur.

Article 4

Budget

1) Le secrétariat fonctionne de manière efficace en termes de coûts.

2) Le budget du secrétariat est approuvé par les représentants de toutes les Parties consultatives présentes à la RCTA.

3) Chaque Partie consultative contribue au budget du secrétariat. Une moitié du budget provient à parts égales de toutes les Parties consultatives. L'autre moitié vient des contributions des Parties consultatives et est calculée en fonction de l'ampleur de leurs activités antarctiques nationales, en tenant compte de leurs capacités de payer.

4) La méthode de calcul du barème des contributions figure dans la décision 1 (2003) et son appendice. La RCTA peut amender, par décision, la proportion dans laquelle s'appliquent les deux critères susmentionnés ainsi que la méthode de calcul du barème des contributions.

Artikel 3

Exekutivsekretär

(1) Das Sekretariat wird von einem Exekutivsekretär geleitet, der von der Konsultativtagung aus Bewerbern ernannt wird, welche Staatsangehörige von Konsultativparteien sind. Das Verfahren für die Auswahl des Exekutivsekretärs wird durch einen Beschluss der Konsultativtagung festgelegt.

(2) Der Exekutivsekretär ernennt Mitarbeiter, die für die Wahrnehmung der Aufgaben des Sekretariats unverzichtbar sind, und stellt nach Bedarf Sachverständige ein. Der Exekutivsekretär und die anderen Mitarbeiter versehen ihren Dienst nach Maßgabe der Verfahren, Vorschriften und Bedingungen des Personalstatuts, das durch Beschluss der Konsultativtagung angenommen wird.

(3) In der Zeit zwischen den Tagungen führt der Exekutivsekretär nach einem in der Geschäftsordnung festzulegenden Verfahren Konsultationen durch.

Artikel 4

Haushalt

(1) Das Sekretariat arbeitet kostenwirksam.

(2) Der Haushalt des Sekretariats wird von den Vertretern aller auf der Konsultativtagung anwesenden Konsultativparteien genehmigt.

(3) Jede Konsultativpartei leistet einen Beitrag zum Haushalt des Sekretariats. Die eine Hälfte des Haushalts wird von allen Konsultativparteien durch gleich hohe Beiträge bestritten. Die andere Hälfte des Haushalts wird von den Konsultativparteien durch Beiträge entsprechend dem Umfang ihrer staatlichen Tätigkeiten in der Antarktis und unter Berücksichtigung ihrer Zahlungsfähigkeit bestritten.

(4) Die Methode zur Berechnung des Beitragsschlüssels ist in Beschluss 1 (2003) und dem ihm beigefügten Anhang enthalten. Die Konsultativtagung kann das Verhältnis, in dem die oben genannten beiden Merkmale angewendet werden, und die Methode zur Berechnung des Beitragsschlüssels durch Beschluss ändern.

5. Any Contracting Party may make a voluntary contribution at any time.

6. Financial Regulations shall be adopted by a Decision of the ATCM.

Article 5

Legal capacity and privileges and immunities

1. The legal capacity of the Secretariat as an organ of the ATCM as well as its privileges and immunities and those of the Executive Secretary and other staff members in the territory of the Argentine Republic shall be provided for in the Headquarters Agreement for the Secretariat of the Antarctic Treaty (the Headquarters Agreement) hereby adopted and annexed to this Measure, to be concluded between the ATCM and the Argentine Republic.

2. The ATCM hereby authorizes the person who holds the office of the Chair to sign the Headquarters Agreement on its behalf at the time this Measure becomes effective.

3. The Secretariat may exercise its legal capacity as provided for in Article 2 of the Headquarters Agreement only to the extent authorized by the ATCM. Within the budget approved by and in accordance with any other decision of the ATCM, the Secretariat is hereby authorized to contract, and to acquire and dispose of movable property in order to perform its functions as set out in Article 2 of this Measure.

4. The Secretariat may not acquire or dispose of immovable property or institute legal proceedings without the prior approval of the ATCM.

5) Toute Partie contractante peut verser à tout moment une contribution volontaire.

6) Le règlement financier est adopté par une décision de la RCTA.

Article 5

Capacité juridique et privilèges et immunités

1) La capacité juridique du secrétariat en tant qu'organe de la RCTA ainsi que ses privilèges et immunités et ceux du secrétaire exécutif et d'autres membres du personnel sur le territoire de la République argentine sont prévus dans l'accord de siège du Secrétariat du Traité sur l'Antarctique (Accord de siège) adopté et joint à la présente mesure, accord qui sera conclu entre la RCTA et la République argentine.

2) La RCTA autorise par la présente la personne qui en occupe la présidence à conclure l'accord de siège en son nom à la date à laquelle cette mesure entre en vigueur.

3) Le secrétariat ne peut exercer sa capacité juridique comme prévu à l'article 2 de l'accord de siège que dans la mesure où il est autorisé à le faire par la RCTA. Dans les limites du budget approuvé par la RCTA et en application de toute autre décision prise par elle, le secrétariat est par la présente autorisé à passer des marchés ainsi qu'à acquérir et céder des biens immobiliers afin de remplir ses fonctions comme indiqué à l'article 2 de la présente mesure.

4) Le secrétariat ne peut pas acquérir ou céder des biens immobiliers ou encore intenter des poursuites judiciaires sans avoir reçu au préalable l'autorisation de la RCTA.

(5) Eine Vertragspartei kann jederzeit einen freiwilligen Beitrag leisten.

(6) Die Finanzvorschriften werden durch Beschluss der Konsultativtagung angenommen.

Artikel 5

Rechtsfähigkeit, Vorrechte und Immunitäten

(1) Die Rechtsfähigkeit des Sekretariats als Organ der Konsultativtagung sowie seine Vorrechte und Immunitäten und die des Exekutivsekretärs und der anderen Mitarbeiter im Hoheitsgebiet der Argentinischen Republik werden in dem hiermit beschlossenen und dieser Maßnahme beigefügten Sitzabkommen für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags (Sitzabkommen) festgelegt, das zwischen der Konsultativtagung und der Argentinischen Republik geschlossen werden soll.

(2) Die Konsultativtagung ermächtigt hiermit denjenigen, der das Amt des Vorsitzenden innehat, das Sitzabkommen in ihrem Namen zu dem Zeitpunkt zu unterschreiben, in dem diese Maßnahme wirksam wird.

(3) Das Sekretariat darf seine in Artikel 2 des Sitzabkommens festgelegte Rechtsfähigkeit nur in dem von der Konsultativtagung genehmigten Umfang ausüben. Das Sekretariat wird hiermit ermächtigt, im Rahmen des von der Konsultativtagung genehmigten Haushalts und nach Maßgabe sonstiger Beschlüsse der Konsultativtagung Verträge zu schließen sowie bewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern, um seine in Artikel 2 dieser Maßnahme bezeichneten Aufgaben wahrzunehmen.

(4) Das Sekretariat darf ohne vorherige Genehmigung durch die Konsultativtagung weder unbewegliches Vermögen erwerben oder veräußern noch vor Gericht gehen.

Annex**Headquarters Agreement
for the Secretariat
of the Antarctic Treaty**

The Antarctic Treaty Consultative Meeting (ATCM) and the Argentine Republic,

Convinced of the need to strengthen the Antarctic Treaty system;

Bearing in mind the special legal and political status of Antarctica and the special responsibility of the Antarctic Treaty Consultative Parties to ensure that all activities in Antarctica are consistent with the purposes and principles of the Antarctic Treaty and its Protocol on Environmental Protection;

Having regard to Decision 1 (2001) of the XXIV ATCM and Measure 1 (2003) of the XXVI ATCM on the Secretariat of the Antarctic Treaty in Buenos Aires, Argentina;

Desiring to enable the Secretariat as an organ of the ATCM fully and efficiently to fulfill its purposes and functions; and

Desiring to define the legal capacity of the Secretariat as an organ of the ATCM as well as its privileges and immunities and those of the Executive Secretary and other staff members in the territory of the Argentine Republic;

Have agreed as follows:

Article 1**Definitions**

For the purpose of this Agreement:

- a) "Antarctic Treaty" or "the Treaty" means the Antarctic Treaty done at Washington on 1 December 1959;
- b) "Appropriate Authorities" means the national, provincial or local authorities of the Argentine Republic in accordance with the laws of the Argentine Republic;
- c) "Archives" means all correspondence, documents, manuscripts, photographs, computer data storage, films, recordings and any other records, in paper, electronic or any other form, belonging to or held by the Secretariat;
- d) "Committee for Environmental Protection" or "CEP" means the Committee established under Article 11 of the Protocol;

Annexe**Accord de Siège
du Secrétariat du
Traité sur l'Antarctique**

La Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique (ci-après dénommée «la RCTA») et la République argentine,

Convaincues de la nécessité de renforcer le système du Traité sur l'Antarctique;

Ayant à l'esprit le statut juridique et politique particulier de l'Antarctique ainsi que la responsabilité particulière qu'ont les Parties consultatives du Traité sur l'Antarctique de veiller à ce que toutes les activités dans l'Antarctique soient conformes aux buts et principes du Traité sur l'Antarctique et de son Protocole relatif à la protection de l'environnement;

Eu égard à la décision 1 (2001) de la XXIV^e RCTA et à la mesure 1 (2003) de la XXVI^e RCTA sur la mise en place d'un secrétariat permanent du Traité sur l'Antarctique à Buenos Aires en Argentine;

Désireuses de donner au secrétariat permanent en tant qu'organe de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique les moyens de remplir pleinement et efficacement ses buts et fonctions;

Désireuses de définir la capacité juridique du secrétariat en tant qu'organe de la RCTA ainsi que ses privilèges et immunités et ceux du secrétaire exécutif et autres membres du personnel sur le territoire de la République argentine;

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1**Définitions**

Aux fins du présent accord,

- a) Par «Traité sur l'Antarctique» (Le Traité), on entend le Traité sur l'Antarctique signé le 1^{er} décembre 1959 à Washington;
- b) Par «autorités compétentes», on entend les autorités nationales, provinciales ou locales de la République argentine conformément aux lois de ce pays;
- c) Par «archives», on entend tous les dossiers, toute la correspondance, tous les documents, tous les manuscrits, toutes les photographies, toutes les données informatiques, tous les films et tous les enregistrements sur support papier, électronique ou autres, qui appartiennent au secrétariat ou que celui-ci détient;
- d) Par «Comité pour la protection de l'environnement» (CPE), on entend le Comité établi en vertu de l'article 11 du Protocole;

Anlage**Sitzabkommen
für das Sekretariat
des Antarktis-Vertrags**

Die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag und die Argentinische Republik –

überzeugt von der Notwendigkeit, das Antarktis-Vertragssystem zu stärken;

angesichts des besonderen rechtlichen und politischen Status der Antarktis und der besonderen Verantwortung der Konsultativparteien des Antarktis-Vertrags, sicherzustellen, dass alle Tätigkeiten in der Antarktis mit den Zielen und Grundsätzen des Antarktis-Vertrags und seines Umweltschutzprotokolls vereinbar sind;

eingedenk des Beschlusses 1 (2001) der XXIV. Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag und der Maßnahme 1 (2003) der XXVI. Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag betreffend das Sekretariat des Antarktis-Vertrags in Buenos Aires, Argentinien;

in dem Wunsch, es dem Sekretariat als einem Organ der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag zu ermöglichen, seine Zwecke und Aufgaben in vollem Umfang und wirksam zu erfüllen, und

in dem Wunsch, die Rechtsfähigkeit des Sekretariats als Organ der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag sowie seine Vorrechte und Immunitäten und die des Exekutivsekretärs und des sonstigen Personals im Hoheitsgebiet der Argentinischen Republik zu bestimmen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1**Begriffsbestimmungen**

Für die Zwecke dieses Abkommens

- a) bedeutet „Antarktis-Vertrag“ oder „Vertrag“ den am 1. Dezember 1959 in Washington beschlossenen Antarktis-Vertrag;
- b) bedeutet „zuständige Behörden“ die staatlichen, Provinz- oder Kommunalbehörden der Argentinischen Republik in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Argentinischen Republik;
- c) bedeutet „Archive“ den gesamten Schriftwechsel, alle Schriftstücke, Manuskripte, Fotografien, gespeicherten Computerdaten, Filme, Aufnahmen und andere Aufzeichnungen in Papierform, in elektronischer oder sonstiger Form, die dem Sekretariat gehören oder sich in seinem Besitz befinden;
- d) bedeutet „Ausschuss für Umweltschutz“ den nach Artikel 11 des Umweltschutzprotokolls gebildeten Ausschuss;

- | | | |
|---|--|---|
| <p>e) "Delegates" means Representatives, Alternate Representatives, Advisers and any other persons who represent the States Parties;</p> <p>f) "Executive Secretary" means the Executive Secretary appointed by the ATCM to head the Secretariat according to the instrument establishing the Secretariat;</p> <p>g) "Expert" means a person engaged to perform short term or temporary projects on behalf of the Secretariat or participate in the work of or perform a mission on behalf of the Secretariat without necessarily receiving remuneration from the Secretariat, but does not include staff members;</p> <p>h) "Government" means the Government of the Argentine Republic;</p> <p>i) "Headquarters" means the premises, including buildings or parts of buildings and any land ancillary thereto, irrespective of ownership, occupied by the Secretariat for the performance of its Official Activities;</p> <p>j) "Official Activities" means all activities undertaken pursuant to the Treaty and the Protocol including the Secretariat's administrative activities;</p> <p>k) "Protocol" means the Protocol on Environmental Protection to the Antarctic Treaty done at Madrid on 4 October 1991;</p> <p>l) "Secretariat" means the Secretariat of the Antarctic Treaty, established as a permanent organ of the ATCM;</p> <p>m) "Staff member" means the Executive Secretary and all other persons appointed for employment with the Secretariat and subject to its Staff Regulations, but does not include persons recruited locally and assigned to hourly rates of pay; and</p> <p>n) "States Parties" means the States Parties to the Antarctic Treaty.</p> | <p>e) Par «délégués», on entend les représentants, suppléants, conseillers et autres personnes qui représentent les Etats parties;</p> <p>f) Par «secrétaire exécutif», on entend le secrétaire exécutif nommé par la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique pour diriger le secrétariat en application de l'instrument portant création du secrétariat;</p> <p>g) Par «expert», on entend une personne engagée pour exécuter pour le compte du secrétariat des projets de courte durée ou temporaires, ou pour participer pour le compte du secrétariat aux travaux d'une mission ou en exécuter une sans nécessairement recevoir une rémunération du secrétariat. Au nombre des experts, ne figurent pas les membres du personnel;</p> <p>h) Par «Gouvernement», on entend le Gouvernement de la République argentine;</p> <p>i) Par «siège», on entend les locaux, y compris les bâtiments ou parties des bâtiments ainsi que les terrains s'y rattachant, indépendamment du droit de propriété, qu'occupe le secrétariat pour l'exercice de ses activités officielles;</p> <p>j) Par «activités officielles», on entend toutes les activités entreprises en vertu du Traité et du Protocole, y compris les activités administratives du secrétariat;</p> <p>k) Par «Protocole», on entend le Protocole au Traité sur l'Antarctique relatif à la protection de l'environnement signé le 4 octobre 1991 à Madrid;</p> <p>l) Par «secrétariat», on entend le secrétariat permanent du Traité sur l'Antarctique;</p> <p>m) Par «membre du personnel», on entend le secrétaire exécutif et toutes les autres personnes nommées pour travailler avec le secrétariat et assujetties à son statut mais pas les personnes recrutées localement et payées à l'heure;</p> <p>n) Par «Etats parties», on entend les Etats parties au Traité sur l'Antarctique.</p> | <p>e) bedeutet „Delegierte“ die Vertreter, Stellvertreter, Berater und sonstigen Personen, welche die Vertragsstaaten vertreten;</p> <p>f) bedeutet „Exekutivsekretär“ den von der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag ernannten Exekutivsekretär, der das Sekretariat nach Maßgabe der Gründungsurkunde des Sekretariats leitet;</p> <p>g) bedeutet „Sachverständiger“ eine Person, die damit betraut ist, kurzzeitige oder zeitlich befristete Vorhaben im Namen des Sekretariats durchzuführen, an der Arbeit des Sekretariats mitzuwirken oder einen Auftrag im Namen des Sekretariats zu erfüllen, ohne notwendigerweise dafür vom Sekretariat eine Vergütung zu erhalten; die Mitarbeiter sind jedoch nicht inbegriffen;</p> <p>h) bedeutet „Regierung“ die Regierung der Argentinischen Republik;</p> <p>i) bedeutet „Sitz“ ungeachtet der Eigentumsverhältnisse die Räumlichkeiten, einschließlich Gebäude oder Gebäudeteile und dazugehöriges Gelände, die vom Sekretariat für die Ausübung seiner amtlichen Tätigkeiten genutzt werden;</p> <p>j) bedeutet „amtliche Tätigkeiten“ alle aufgrund des Vertrags oder des Umweltschutzprotokolls ausgeübten Tätigkeiten einschließlich der Verwaltungstätigkeiten des Sekretariats;</p> <p>k) bedeutet „Umweltschutzprotokoll“ das am 4. Oktober 1991 in Madrid beschlossene Umweltschutzprotokoll zum Antarktis-Vertrag;</p> <p>l) bedeutet „Sekretariat“ das als ständiges Organ der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag errichtete Sekretariat des Antarktis-Vertrags;</p> <p>m) bedeutet „Mitarbeiter“ den Exekutivsekretär und alle anderen Personen, die für die Arbeit im Sekretariat ernannt sind und dessen Personalstatut unterliegen; örtlich eingestellte und stundenweise bezahlte Personen sind jedoch nicht inbegriffen, und</p> <p>n) bedeutet „Vertragsstaaten“ die Staaten, die Vertragsparteien des Antarktis-Vertrags sind.</p> |
|---|--|---|

Article 2

Legal capacity

The Secretariat as an organ of the ATCM has legal personality and capacity to perform its functions in the territory of the Argentine Republic. It has, in particular, the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property, and to institute and be a party to legal proceedings. The Secretariat may exercise its legal capacity only to the extent authorized by the ATCM.

Article 2

Capacité juridique

Le secrétariat en tant qu'organe de la RCTA a la personnalité et la capacité juridiques requises pour remplir ses fonctions sur le territoire de la République argentine. Il a en particulier la capacité de passer des marchés, d'acquérir et de céder des biens mobiliers et immobiliers, et d'intenter des poursuites judiciaires et d'y être partie. Le secrétariat ne peut exercer sa capacité juridique que dans la mesure où il est autorisé à le faire par la RCTA.

Artikel 2

Rechtsfähigkeit

Das Sekretariat als Organ der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag besitzt Rechtspersönlichkeit und die Fähigkeit zur Wahrnehmung seiner Aufgaben im Hoheitsgebiet der Argentinischen Republik. Insbesondere kann es Verträge schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht gehen oder Partei in einem Gerichtsverfahren sein. Das Sekretariat darf seine Rechtsfähigkeit nur in dem von der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag genehmigten Umfang ausüben.

Article 3**Headquarters**

1. The Headquarters shall be inviolable and shall be under the full authority of the Secretariat.

2. The Government shall provide premises rent-free, in Buenos Aires, suitable as the Headquarters.

3. The Government shall take all appropriate steps to protect the Headquarters against any intrusion or damage and to prevent any impairment of its dignity.

4. The Government shall arrange for the Headquarters to be supplied by the appropriate authorities with available public services, such as electricity, water, sewerage, gas, mail, telephone, telegraph, drainage, garbage collection and fire protection, on terms no less favourable than those enjoyed by diplomatic missions in the Argentine Republic.

5. Through the ATCM, the Secretariat shall make known to the Government the need for any changes to the location or extent of its permanent premises or archives and of any temporary occupation of premises for the performance of its Official Activities. Where any premises other than those provided under paragraph 2 above are used or occupied by the Secretariat for the performance of its Official Activities, such premises shall, with the concurrence of the Government, be accorded the status of official premises of the Secretariat. Where any permanent or temporary changes are made to the premises of the Secretariat in accordance with this paragraph, any additional premises occupied by the Secretariat shall not necessarily be provided by the Government rent-free.

6. Without prejudice to the terms of this Agreement, the Secretariat shall not permit the Headquarters to become a refuge for justice for persons avoiding arrest or service of legal process or against whom an order of extradition or deportation has been issued.

7. The Appropriate Authorities may enter the Headquarters to carry out their duties only with the consent of the Executive Secretary and under the conditions agreed by him/her. The Executive Secretary's consent shall be deemed to have been given in the case of fire or other exceptional emergencies which require immediate protective action.

Article 3**Siège**

1. Le siège est inviolable et il est placé sous l'autorité pleine et entière du secrétariat.

2. Le Gouvernement fournit gratuitement des locaux à Buenos Aires, qui conviennent comme siège du secrétariat.

3. Le Gouvernement prend toutes les mesures appropriées pour protéger le siège de toute intrusion ou de tout dommage, et pour empêcher toute atteinte à sa dignité.

4. Le Gouvernement fait le nécessaire pour que les autorités appropriées fournissent au siège les services publics dont il a besoin comme l'électricité, l'eau, les égouts, le gaz, le courrier, le téléphone, le télégraphe, le drainage, le ramassage des débris et la protection contre l'incendie à des conditions non moins favorables que celles dont jouissent les missions diplomatiques en République argentine.

5. Par le truchement de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique, le secrétariat fait connaître au Gouvernement tous les changements qu'il convient d'apporter à l'emplacement ou à l'ampleur de ses locaux ou archives permanents ou à l'occupation temporaire des locaux pour l'exercice de ses activités officielles. Lorsque des locaux autres que ceux dont il a été convenu aux termes du paragraphe 2 ci-dessus sont utilisés ou occupés par le secrétariat pour l'exercice de ses activités officielles, ces locaux recevront, avec le consentement du Gouvernement, le statut de locaux officiels du secrétariat. Lorsque des changements permanents ou temporaires sont apportés aux locaux du secrétariat en vertu du présent paragraphe, tous les locaux additionnels occupés par le secrétariat ne seront pas nécessairement fournis gratuitement par le Gouvernement.

6. Sous réserve des clauses du présent accord, le secrétariat ne permet pas au siège de devenir un refuge pour les personnes qui cherchent à éviter leur arrestation ou des poursuites judiciaires par la justice ou contre lesquelles un arrêté d'extradition ou de déportation a été délivré.

7. Les autorités appropriées peuvent entrer au siège pour y s'acquitter de leurs tâches uniquement avec le consentement du secrétaire exécutif et dans les conditions arrêtées par ce dernier. Le consentement du secrétaire exécutif est réputé avoir été donné en cas d'incendie ou de tout autre cas d'urgence exceptionnel qui peut nécessiter l'adoption de mesures de protection immédiates.

Artikel 3**Sitz**

(1) Der Sitz ist unverletzlich und untersteht ausschließlich dem Sekretariat.

(2) Die Regierung stellt in Buenos Aires Räumlichkeiten, die sich als Sitz eignen, mietfrei zur Verfügung.

(3) Die Regierung trifft alle geeigneten Maßnahmen, um den Sitz vor jedem Eindringen und jeder Beschädigung zu schützen und um zu verhindern, dass seine Würde beeinträchtigt wird.

(4) Die Regierung veranlasst, dass die zuständigen Behörden den Sitz mit allen verfügbaren öffentlichen Versorgungsleistungen wie beispielsweise Elektrizität, Wasser, Abwasser, Gas, Post, Telefon, Telegraf, Kanalisation, Müllabfuhr und Brandschutz zu Bedingungen versehen, die nicht weniger günstig sind als jene, die diplomatischen Vertretungen in der Argentinischen Republik gewährt werden.

(5) Das Sekretariat gibt der Regierung über die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag bekannt, wenn Änderungen betreffend den Standort oder die Ausdehnung seiner ständigen Räumlichkeiten oder Archive und eine vorübergehende Belegung von Räumlichkeiten für die Ausübung seiner amtlichen Tätigkeiten notwendig sind. Werden vom Sekretariat für die Ausübung seiner amtlichen Tätigkeiten andere als die nach Absatz 2 zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten genutzt oder in Anspruch genommen, so erhalten diese Räumlichkeiten mit dem Einverständnis der Regierung den Status von amtlichen Räumlichkeiten des Sekretariats. Werden in Übereinstimmung mit diesem Absatz an den Räumlichkeiten des Sekretariats dauerhafte oder vorübergehende Änderungen vorgenommen, so werden etwaige zusätzliche Räumlichkeiten, die vom Sekretariat in Anspruch genommen werden, nicht notwendigerweise von der Regierung mietfrei zur Verfügung gestellt.

(6) Unbeschadet dieses Abkommens lässt es das Sekretariat nicht zu, dass der Sitz Personen, die sich der Festnahme oder der Zustellung einer richterlichen Verfügung entziehen oder gegen die ein Auslieferungs- oder Ausweisungsbeschluss ergangen ist, als Zuflucht vor der Justiz dient.

(7) Die zuständigen Behörden dürfen in Erfüllung ihrer Pflichten den Sitz nur mit Zustimmung des Exekutivsekretärs und nur zu den mit ihm vereinbarten Bedingungen betreten. Bei Feuer oder einem anderen außergewöhnlichen Unglücksfall, der sofortige Schutzmaßnahmen erfordert, gilt die Zustimmung des Exekutivsekretärs als erteilt.

Article 4**Immunities**

1. Subject to what is provided for in the Treaty, the Protocol or this Agreement, the activities of the Secretariat in the Argentine Republic shall be governed by Argentine domestic law consistent with international law.

2. Within the scope of its Official Activities, the Secretariat as an organ of the ATCM and its property, premises and assets shall have immunity of jurisdiction in judicial and administrative proceedings except:

- a) to the extent that the ATCM expressly waives such immunity;
- b) in respect of any contract for the supply of goods or services and any loan or other transaction for the provision of finance and any guarantee or indemnity in respect of any such transaction or of any other financial obligation;
- c) in respect of a civil action by a third party for death, damage or personal injury arising from an accident caused by a motor vehicle belonging to, or operated on behalf of, the Secretariat to the extent that compensation is not recoverable from insurance;
- d) in respect of a motor vehicle offence involving a motor vehicle belonging to, or operated on behalf of, the Secretariat;
- e) in the event of a claim for salaries, wages or other emoluments owed by the Secretariat;
- f) in respect of a counter-claim directly connected with proceedings initiated by the Secretariat;
- g) in respect of claims made on real estate situated in the Argentine Republic; and
- h) in respect of actions based on the Secretariat's status as heir or beneficiary of property situated in the Argentine Republic.

3. The Secretariat's property, premises and assets shall have immunity from any form of restrictions or controls such as requisition, confiscation, expropriation or attachment. They shall also be immune from any form of administrative or judicial constraint provided that motor vehicles belonging to or operated on behalf of the Secretariat shall not be immune from administrative or judicial constraint when

Article 4**Immunités**

1. Sous réserve de ce qui est stipulé dans le Traité, le Protocole ou le présent accord, les activités du secrétariat en République argentine sont régies par la législation nationale du pays conformément au droit international.

2. Dans le cadre de ses activités officielles, le secrétariat en tant qu'organe de la RCTA, ses biens, ses locaux et ses actifs jouissent de l'immunité d'action judiciaire et administrative sauf:

- a) dans la mesure où la RCTA lève explicitement cette immunité;
- b) en ce qui concerne tout contrat pour la fourniture de biens et services et tout prêt ou autre transaction pour l'octroi de fonds et de toute garantie et indemnité en rapport avec une telle transaction ou une autre obligation financière;
- c) en ce qui concerne une action civile engagée par un tiers pour le décès, les dommages ou des blessures personnelles résultant d'un accident causé par un véhicule à moteur appartenant au secrétariat ou exploité pour son compte dans la mesure où l'indemnisation n'est pas remboursable par la compagnie d'assurance;
- d) en ce qui concerne une infraction commise par un véhicule à moteur qui fait intervenir un véhicule appartenant au secrétariat ou exploité pour son compte;
- e) dans le cas d'une saisie pour salaires, traitements et autres émoluments dus par le secrétariat;
- f) en ce qui concerne une demande reconventionnelle directement liée à des poursuites engagées par le secrétariat;
- g) en ce qui concerne les revendications sur biens immobiliers situés en République argentine;
- h) en ce qui concerne les actions fondées sur le statut du secrétariat en sa qualité d'héritier ou de bénéficiaire de biens situés en République argentine.

3. Les biens, locaux et actifs du secrétariat, où qu'ils soient situés, sont exempts de toute forme de restriction ou de contrôle telle qu'une réquisition, une confiscation, une expropriation ou une saisie. Ils sont également exempts de toute forme de restriction administrative ou judiciaire à condition que les véhicules à moteur appartenant au secrétariat ou exploités pour son compte ne soient pas exempts

Artikel 4**Immunitäten**

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Vertrags, des Umweltschutzprotokolls und dieses Abkommens richten sich die Tätigkeiten des Sekretariats in der Argentinischen Republik nach dem innerstaatlichen argentinischen Recht im Einklang mit dem Völkerrecht.

(2) Im Rahmen seiner amtlichen Tätigkeiten genießen das Sekretariat als Organ der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag sowie seine Vermögenswerte, seine Räumlichkeiten und seine Guthaben Immunität von der Gerichtsbarkeit in Gerichts- und Verwaltungsverfahren, ausgenommen

- a) in dem Umfang, in dem die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag ausdrücklich auf die Immunität verzichtet;
- b) in Bezug auf Verträge über die Lieferung von Waren oder Dienstleistungen und Darlehen oder andere Transaktionen zur Bereitstellung von Geldern sowie Garantien oder Entschädigungsverpflichtungen hinsichtlich derartiger Transaktionen oder sonstiger finanzieller Verpflichtungen;
- c) in Bezug auf Zivilklagen Dritter wegen des Todes, eines Sach- oder Personenschadens infolge eines Unfalls, der von einem Kraftfahrzeug verursacht wurde, das sich im Eigentum des Sekretariats befindet oder in seinem Auftrag benutzt wird, soweit der Schaden nicht durch eine Versicherung gedeckt ist;
- d) in Bezug auf Verkehrsstraftaten, an denen ein Kraftfahrzeug beteiligt ist, das sich im Eigentum des Sekretariats befindet oder in seinem Auftrag benutzt wird;
- e) im Fall von Ansprüchen auf vom Sekretariat geschuldete Gehälter, Löhne oder sonstige Bezüge;
- f) in Bezug auf Gegenforderungen in unmittelbarem Zusammenhang mit vom Sekretariat angestrebten Verfahren;
- g) in Bezug auf Ansprüche auf in der Argentinischen Republik befindliche Liegenschaften und
- h) in Bezug auf Klagen, die auf der Stellung des Sekretariats als Erbe oder Nutznießer von in der Argentinischen Republik befindlichem Vermögen beruhen.

(3) Die Vermögenswerte, Räumlichkeiten und Guthaben des Sekretariats genießen Immunität von Beschränkungen oder Kontrollen jeder Art wie beispielsweise Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung oder Pfändung. Sie genießen ferner Immunität von jeder Art behördlichem oder gerichtlichem Zwang, jedoch genießen Kraftfahrzeuge, die sich im Eigentum des Sekretariats befinden oder in seinem

temporarily necessary in connection with the prevention of, and investigation into, accidents involving such motor vehicles.

d'une restriction administrative ou judiciaire lorsqu'ils sont nécessaires à titre temporaire pour prévenir des accidents et pour enquêter sur des accidents dans lesquels sont impliqués ces véhicules.

Namen benutzt werden, keine Immunität von behördlichem oder gerichtlichem Zwang, wenn dies im Zusammenhang mit der Verhütung oder der Untersuchung von Unfällen, an denen diese Kraftfahrzeuge beteiligt sind, vorübergehend notwendig ist.

4. Nothing in this Agreement shall impair, or shall be construed as a waiver of, immunity that States enjoy in the territory of other States.

4. Aucune disposition de cet accord n'affectera l'immunité, ou sera considérée comme une levée de l'immunité, dont jouissent les Etats sur le territoire d'autres Etats.

(4) Dieses Abkommen lässt die Immunität, die Staaten im Hoheitsgebiet anderer Staaten genießen, unberührt; es darf nicht so ausgelegt werden, als hebe es sie auf.

Article 5

Objective and waiver of privileges and immunities

1. Privileges and immunities provided for in this Agreement are granted to ensure the unimpeded functioning of the ATCM and the Secretariat and the complete independence of the persons to whom they are accorded. They are not granted for the personal benefit of the individuals themselves.

2. Except as provided in paragraph 3 below, the privileges and immunities provided in this Agreement may be waived by the ATCM. They should be waived in a particular case where the privilege and immunity in question would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the purpose for which they are accorded.

3. In the case of Delegates, their privileges and immunities provided in this Agreement may be waived by the States Parties which they respectively represent.

Article 5

Objectif et levée des privilèges et immunités

1. Les privilèges et immunités prévus dans le présent accord sont accordés pour assurer le fonctionnement sans entrave de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique et du secrétariat ainsi que l'indépendance complète des personnes qui en bénéficient. Ils ne sont pas accordés dans l'intérêt personnel des personnes elles-mêmes.

2. Sauf indiqué au paragraphe 3 ci-après, les privilèges et immunités prévus par le présent accord peuvent être levés par la RCTA. Ils doivent être levés dans tous les cas particuliers où les privilèges et les immunités entraveraient le cours de la justice et peuvent être levés sans préjudice du but pour lequel ils ont été accordés.

3. Dans le cas des délégués, les privilèges et immunités que leur confère le présent accord peuvent être levés par les Etats parties qu'ils représentent.

Artikel 5

Zweck und Aufhebung der Vorrechte und Immunitäten

(1) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten werden gewährt, um die uneingeschränkte Tätigkeit der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag und des Sekretariats sowie die völlige Unabhängigkeit der Personen sicherzustellen, denen sie gewährt werden. Sie werden nicht zum persönlichen Vorteil der betreffenden Personen gewährt.

(2) Soweit in Absatz 3 nichts anderes vorgesehen ist, können die in diesem Abkommen vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten durch die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag aufgehoben werden. Sie sollen im Einzelfall dann aufgehoben werden, wenn das betreffende Vorrecht oder die betreffende Immunität verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und sie ohne Beeinträchtigung des Zwecks, zu dem sie gewährt werden, aufgehoben werden können.

(3) Im Fall von Delegierten können ihre in diesem Abkommen vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten durch die Vertragsparteien aufgehoben werden, die sie vertreten.

Article 6

Archives

The Archives shall be inviolable.

Article 6

Archives

Les archives du secrétariat sont inviolables.

Artikel 6

Archive

Die Archive sind unverletzlich.

Article 7

The Treaty flag and emblem

The Secretariat shall be entitled to display the Treaty flag and emblem on the premises and means of transport of the Secretariat and of the Executive Secretary.

Article 7

Drapeau et emblème du Traité

Le secrétariat est habilité à déployer le drapeau et l'emblème du Traité sur les locaux et les moyens de transport du secrétariat et du secrétaire exécutif.

Artikel 7

Flagge und Emblem des Vertrags

Das Sekretariat ist berechtigt, die Flagge und das Emblem des Vertrags an den Räumlichkeiten und Fahrzeugen des Sekretariats und des Exekutivsekretärs zu führen.

Article 8

Exemption from direct taxes

Within the scope of its Official Activities, the Secretariat, its property, premises and assets, and its income (including contributions made to the Secretariat as the result of any agreement arrived at by the States Parties) shall be exempt from all direct

Article 8

Exonération des impôts directs

Dans le cadre de ses activités officielles, le secrétariat, ses biens, ses locaux, ses actifs et son revenu (y compris les contributions faites au secrétariat par suite des accords conclus par les Etats parties au Traité sur l'Antarctique) sont exonérés de

Artikel 8

Befreiung von direkten Steuern

Im Rahmen seiner amtlichen Tätigkeiten genießen das Sekretariat, seine Vermögenswerte, Räumlichkeiten und Gut- haben sowie seine Einkünfte (einschließlich der Beiträge, die infolge einer zwischen den Vertragsstaaten getroffen

taxes including income tax, capital gains tax and all State taxes. The Secretariat shall be exempt from municipal taxes with the exception of those which constitute payment for specific services rendered in accordance with paragraph 4 of Article 3 above.

Article 9

Exemption from customs and excise duties and value added tax

1. The property used by the Secretariat necessary for its Official Activities (including the ATCM publications, motor vehicles and items for official entertainment purposes) shall be exempt from all customs and excise duties.

2. The Secretariat shall be exempt from any value added tax or similar taxes for services and goods, including publications and other information material, motor vehicles and items for official entertainment purposes, if the services and goods so purchased by the Secretariat are necessary for its official use.

Article 10

Exemption from restrictions and prohibitions

Goods imported or exported for the Official Activities of the Secretariat shall be exempt from any prohibitions or restrictions applicable to such goods on grounds of national origin.

Article 11

Re-sale

Goods which have been acquired or imported by the Secretariat to which exemptions under Article 9 above apply and goods acquired or imported by the Executive Secretary or other staff members to which the exemptions under Article 16 or Article 17 below apply, shall not be given away, sold, lent, hired out or otherwise disposed of in the Argentine Republic, except under conditions agreed in advance with the Government.

Article 12

Currency and exchange

The Secretariat shall be exempt from any currency or exchange restrictions, including those in respect of funds, currency and securities received, acquired, held or disposed of. The Secretariat may also operate without restrictions bank or other accounts for its official use in any currency,

tous les impôts directs, y compris l'impôt sur le revenu, l'impôt sur les plus-values en capital et tous les impôts d'Etat. Le secrétariat est exonéré des impôts municipaux à l'exception de ceux qui constituent le paiement de services spécifiques rendus en application du paragraphe 4 de l'article 3 du présent accord.

Article 9

Exemption des droits de douane, des droits d'accise et de la taxe sur la valeur ajoutée

1. Les biens utilisés par le secrétariat pour ses activités officielles (y compris les publications de la RCTA, les véhicules à moteur et les articles destinés à des fins de loisirs officiels) sont exempts de tous les droits de douane et d'accise.

2. Le secrétariat est exonéré de toute taxe sur la valeur ajoutée ou taxes similaires pour les biens et services qu'il achète, y compris les publications et autres matériels d'information, les véhicules à moteur et les articles destinés à des fins de loisirs officiels, si les biens et services ainsi achetés par le secrétariat sont nécessaires pour son usage officiel.

Article 10

Exemption des restrictions et interdictions

Les biens importés ou exportés pour les activités officielles du secrétariat sont exempts de toute interdiction et restriction qui s'appliquent à ces biens du fait de leur pays d'origine.

Article 11

Revente

Les biens acquis ou importés par le secrétariat auxquels s'appliquent les exemptions dont il est fait mention à l'article 9 susmentionné et les biens acquis ou importés par le secrétaire exécutif ou d'autres membres du personnel auxquels s'appliquent les exemptions dont il est fait mention aux articles 16 ou 17 ci-dessous, ne sont pas donnés, vendus, prêtés, loués ou cédés en République argentine, sauf à des conditions convenues à l'avance avec le Gouvernement.

Article 12

Devises et change

Le secrétariat est exempt des restrictions imposées en matière de devises et de change, y compris pour ce qui est des fonds, des devises et des titres reçus, acquis, détenus ou cédés. Le secrétariat peut également gérer sans aucune restriction les comptes bancaires ou autres

Vereinbarung an das Sekretariat entrichtet werden) Befreiung von jeder direkten Steuer einschließlich Einkommensteuer, Kapitalgewinnsteuer und aller einzelstaatlichen Steuern. Das Sekretariat ist von Kommunalsteuern befreit mit Ausnahme derjenigen, die als Vergütung für bestimmte Dienstleistungen nach Artikel 3 Absatz 4 erhoben werden.

Artikel 9

Befreiung von Zöllen, Verbrauchssteuern und Mehrwertsteuer

(1) Vermögensgegenstände, die vom Sekretariat benutzt werden und für seine amtlichen Tätigkeiten erforderlich sind (einschließlich der Veröffentlichungen der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag, Kraftfahrzeuge und Gegenstände für Repräsentationszwecke), sind von allen Zöllen und Verbrauchssteuern befreit.

(2) Das Sekretariat genießt Befreiung von der Mehrwertsteuer und ähnlichen Steuern auf Waren und Dienstleistungen einschließlich Veröffentlichungen und sonstigem Informationsmaterial, Kraftfahrzeugen sowie Gegenständen für Repräsentationszwecke, wenn die solchermaßen vom Sekretariat erworbenen Waren und Dienstleistungen für seinen amtlichen Gebrauch erforderlich sind.

Artikel 10

Befreiung von Beschränkungen und Verboten

Waren, die für die amtlichen Tätigkeiten des Sekretariats ein- oder ausgeführt werden, genießen Befreiung von allen Verboten oder Beschränkungen, denen diese Waren aufgrund ihrer nationalen Herkunft unterliegen.

Artikel 11

Wiederverkauf

Vom Sekretariat erworbene oder eingeführte Waren, auf die Befreiungen nach Artikel 9 Anwendung finden, und vom Exekutivsekretär oder anderen Mitarbeitern erworbene oder eingeführte Waren, auf die Befreiungen nach den Artikeln 16 oder 17 Anwendung finden, dürfen in der Argentinischen Republik nur zu den zuvor mit der Regierung vereinbarten Bedingungen verschenkt, verkauft, vermietet, verliehen oder anderweitig veräußert werden.

Artikel 12

Währung und Devisen

Das Sekretariat genießt Befreiung von Währungs- und Devisenbeschränkungen, einschließlich Beschränkungen hinsichtlich der Entgegennahme, des Erwerbs, des Besitzes oder der Veräußerung von Geldern, Währungen und Wertpapieren. Das Sekretariat kann ferner für seinen amt-

and have them transferred freely within the Argentine Republic or to any other country.

comptes qu'il détient dans n'importe quelle monnaie pour son usage officiel et il peut les faire transférer librement en République argentine ou à n'importe quel autre pays.

lichen Gebrauch unbeschränkt Bank- oder sonstige Konten in jeder Währung unterhalten und sie innerhalb der Argentinischen Republik und in jedes andere Land frei transferieren.

Article 13

Communications

1. With regard to its official communications and the transfer of all its documents, the Secretariat shall enjoy treatment not less favourable than that generally accorded by the Government to any other government, including the latter's diplomatic mission, in the matter of priorities, rates and taxes on mails and all forms of telecommunications.

2. The Secretariat may employ any appropriate means of communication, including encrypted messages. The Government shall not impose any restriction on the official communications of the Secretariat or on the circulation of its publications.

3. The Secretariat may install and use radio transmitters with the consent of the Government.

4. Official correspondence and other official communications of the Secretariat are not subject to censorship and shall enjoy all the guarantees established by Argentine domestic law.

Article 13

Communications

1. En ce qui concerne ses communications officielles et le transfert de tous ses documents, le secrétariat jouit d'un traitement non moins favorable que celui généralement accordé par le Gouvernement à tout autre gouvernement, y compris la mission diplomatique de ce dernier, dans le domaine des priorités, des tarifs et des taxes frappant le courrier et toutes les formes de télécommunications.

2. Le secrétariat peut employer tous les moyens de communication appropriés, y compris les messages chiffrés. Le Gouvernement n'impose aucune restriction aux communications officielles du secrétariat ou à la diffusion de ses publications.

3. Le secrétariat peut avec le consentement du Gouvernement installer et utiliser des émetteurs radio.

4. La correspondance officielle et autres communications officielles du secrétariat ne sont pas sujettes à censure et jouissent de toutes les garanties données par la législation argentine.

Artikel 13

Nachrichtenverkehr

(1) Bezüglich seines amtlichen Nachrichtenverkehrs und der Übermittlung aller seiner Schriftstücke genießt das Sekretariat keine weniger günstige Behandlung als diejenige, welche die Regierung jeder anderen Regierung einschließlich deren diplomatischer Mission in Bezug auf Prioritäten, Posttarife und -gebühren und jede Art von Telekommunikation gewährt.

(2) Das Sekretariat kann alle geeigneten Kommunikationsmittel einschließlich verschlüsselter Nachrichten einsetzen. Die Regierung erlegt dem amtlichen Nachrichtenverkehr des Sekretariats oder der Verbreitung seiner Veröffentlichungen keinerlei Beschränkungen auf.

(3) Das Sekretariat kann mit Zustimmung der Regierung Funksendegeräte aufstellen und betreiben.

(4) Die amtliche Korrespondenz und der sonstige amtliche Nachrichtenverkehr des Sekretariats unterliegen nicht der Zensur, und sie genießen alle im innerstaatlichen argentinischen Recht vorgesehenen Garantien.

Article 14

Publications

The importation and exportation of the Secretariat's publications and other information material imported or exported by the Secretariat within the scope of its Official Activities shall not be restricted in any way.

Article 14

Publications

L'importation et l'exportation des publications du secrétariat et d'autres matériels d'information importés ou exportés par le secrétariat dans le cadre de ses activités officielles ne sont soumis à aucune restriction.

Artikel 14

Veröffentlichungen

Die Ein- und Ausfuhr von Veröffentlichungen des Sekretariats sowie von sonstigem Informationsmaterial, das vom Sekretariat im Rahmen seiner amtlichen Tätigkeiten ein- oder ausgeführt wird, ist keinerlei Beschränkungen unterworfen.

Article 15

Privileges and immunities of delegates

1. Delegates of the States Parties shall enjoy, during their stay in the Argentine Republic for exercising their official functions, the privileges and immunities of diplomatic agents as established in the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1961.

2. The provisions of paragraph 1 above shall be applicable irrespective of the relations existing between the governments which the persons referred to represent and the Government, and are without prejudice to any additional immunities to which such persons may be entitled in the Argentine Republic.

3. The privileges and immunities described in paragraph 1 above shall not be accorded to any delegate of the Gov-

Article 15

Privilèges et immunités des représentants

1. Les représentants des Etats parties jouissent durant leur séjour en République argentine pour y exercer leurs fonctions officielles, des privilèges et des immunités dont jouissent les diplomates et les membres de leurs familles comme le stipule la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques (18 avril 1961).

2. Les dispositions du paragraphe précédent sont applicables indépendamment des relations qui existent entre les Gouvernements que les personnes susmentionnées représentent et le Gouvernement argentin, et elles le sont sans préjudice de toutes les immunités additionnelles auxquelles ces personnes peuvent avoir droit en République argentine.

3. Les privilèges et les immunités décrits au paragraphe 1 ci-dessus ne sont pas accordés aux représentants du Gou-

Artikel 15

Vorrechte und Immunitäten der Delegierten

(1) Die Delegierten der Vertragsparteien genießen während ihres Aufenthalts in der Argentinischen Republik zur Wahrnehmung ihrer amtlichen Aufgaben die Vorrechte und Immunitäten, wie sie Diplomaten nach dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen gewährt werden.

(2) Absatz 1 gilt unabhängig von den Beziehungen zwischen den Regierungen, welche die betreffenden Personen vertreten, und der Regierung; er läßt etwaige zusätzliche Immunitäten, auf die solche Personen in der Argentinischen Republik Anspruch haben, unberührt.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorrechte und Immunitäten werden einem Delegierten der Regierung, einem Staats-

ernment or to any national or permanent resident of the Argentine Republic.

4. The Government shall treat Delegates with all due respect and shall take all necessary measures to prevent encroachment on their person, freedom and dignity. Where it appears that an offence may have been committed against a Delegate, steps shall be taken in accordance with Argentine legal procedures to investigate the matter and to ensure that appropriate action is taken with respect to the prosecution of the alleged offender.

Article 16

Executive Secretary

In addition to the privileges, immunities, exemptions and facilities provided for in Article 17 below, the Executive Secretary, unless he or she is a national or a permanent resident of the Argentine Republic, shall enjoy the privileges, immunities, exemptions and facilities to which a diplomatic agent in the Argentine Republic is entitled, including privileges, immunities, exemptions and facilities in respect of the members of their family which form a part of the household, unless they are nationals or permanent residents of the Argentine Republic.

Article 17

Staff members

1. Staff members of the Secretariat:

- a) shall have, even after the termination of their service with the Secretariat, immunity from suit and any other legal or administrative proceedings or judicial request in respect of acts and things done by them in the exercise of their official functions, including words written or spoken;
- b) immunities set out in the subparagraph above shall not, however, apply in the case of a motor vehicle offence committed by such a staff member or the Executive Secretary nor in the case of civil or administrative proceedings arising out of death, damage or personal injury caused by a motor vehicle belonging to or driven by him or her to the extent that compensation is not recoverable from insurance;

vernement ou à un ressortissant ou résident permanent en République argentine.

4. Le Gouvernement traite les représentants avec le respect qui leur est dû et il prend toutes les mesures nécessaires pour éviter qu'il soit porté atteinte à leur personne, à leur liberté et à leur dignité. Lorsqu'un représentant semble avoir été la victime d'un délit, des mesures sont prises conformément aux procédures argentines pour enquêter sur la question et s'assurer que des mesures appropriées sont prises afin de poursuivre en justice l'auteur présumé du délit.

Article 16

Secrétaire exécutif

Outre les privilèges, les immunités, les exemptions et les facilités prévus à l'article 17 ci-dessous, le secrétaire exécutif, à moins qu'il ne soit un ressortissant ou résident permanent en République argentine, jouit des privilèges, immunités, exemptions et facilités auxquelles a droit un agent diplomatique en République argentine, y compris les privilèges, immunités, exemptions et facilités accordées aux membres de sa famille qui font partie de son ménage, à moins que ceux-ci ne soient des ressortissants ou résidents permanents en République argentine.

Article 17

Membres du personnel

1. Les membres du personnel du secrétariat:

- a) jouissent, même après avoir cessé d'être au service du secrétariat, de l'immunité de procès et d'autres procédures juridiques ou administratives, ou de requêtes judiciaires pour des actes et choses accomplis dans l'exercice de leurs fonctions officielles, y compris les mots écrits ou prononcés;
- b) l'immunité visée à l'alinéa précédent ne s'applique cependant pas dans le cas d'une infraction au code de la route commise par ces membres ou par le secrétaire exécutif pas plus qu'elle ne s'applique dans le cas de poursuites civiles ou administratives intentées par suite d'un décès, de dommages ou de blessures personnelles causées par un véhicule à moteur appartenant aux membres ou conduit par eux dans la mesure où l'indemnisation n'est pas remboursable par la compagnie d'assurance;

angehörigen der Argentinischen Republik oder einer Person mit ständigem Aufenthalt in der Argentinischen Republik nicht gewährt.

(4) Die Regierung behandelt Delegierte mit gebührender Achtung und trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um Übergriffe auf ihre Person, ihre Freiheit oder ihre Würde zu verhindern. Hat es den Anschein, als sei gegen einen Delegierten eine Straftat verübt worden, so werden nach Maßgabe der argentinischen Rechtsverfahren Schritte unternommen, um die Angelegenheit zu untersuchen und um zu gewährleisten, dass bezüglich der Strafverfolgung des mutmaßlichen Täters angemessen vorgegangen wird.

Artikel 16

Exekutivsekretär

Zusätzlich zu den Vorrechten, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen des Artikels 17 genießt der Exekutivsekretär beziehungsweise die Exekutivsekretärin, sofern er oder sie nicht Staatsangehöriger oder Staatsangehörige der Argentinischen Republik ist oder dort seinen oder ihren ständigen Aufenthalt hat, die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, auf die ein Diplomat in der Argentinischen Republik Anspruch hat, einschließlich der Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen hinsichtlich der zu seinem oder ihrem Haushalt gehörenden Familienangehörigen, sofern sie nicht Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben.

Artikel 17

Mitarbeiter

(1) Die Mitarbeiter des Sekretariats

- a) genießen auch nach Beendigung ihres Dienstes für das Sekretariat Immunität von Klagen und allen sonstigen Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder gerichtlichen Verfügungen hinsichtlich der von ihnen in Wahrnehmung ihrer amtlichen Aufgaben vorgenommenen Taten und Handlungen einschließlich ihrer schriftlichen und mündlichen Äußerungen;
- b) *) genießen die unter Buchstabe a genannten Immunitäten weder im Fall einer Verkehrsstraftat mit einem Kraftfahrzeug, die von einem Mitarbeiter oder dem Exekutivsekretär begangen wurde, noch im Fall eines Zivil- oder Verwaltungsverfahrens wegen des Todes, eines Sach- oder Personenschadens, der durch ein Kraftfahrzeug verursacht wurde, das der betreffenden Person gehört oder von ihr gefahren wurde, soweit der Schaden nicht durch eine Versicherung gedeckt ist;

*) Anm. d. Übers.: Buchstabe b wurde nach dem französischen Wortlaut übersetzt, da der englische Text des Buchstabens b nicht dem Duktus der übrigen Buchstaben des Absatzes 1 entspricht.

- | | | |
|--|--|--|
| <p>c) shall be exempt from any obligations in respect of military service and all other kinds of mandatory service, unless they are nationals or permanent residents of the Argentine Republic;</p> | <p>c) sont exempts de toutes les obligations relatives au service militaire et à toute forme de service obligatoire à moins que les membres du personnel ne soient des ressortissants ou résidents permanents en République argentine;</p> | <p>c) sind von allen Verpflichtungen hinsichtlich des Militärdienstes und jeder anderen Art von Dienstpflicht befreit, sofern sie nicht Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben;</p> |
| <p>d) shall be exempt from the application of laws relating to the registration of aliens and immigration;</p> | <p>d) sont exempts de l'application des lois sur l'enregistrement des étrangers et l'immigration;</p> | <p>d) sind von der Anwendung der Gesetze über Ausländermeldepflicht und Einwanderung befreit;</p> |
| <p>e) unless they are nationals or permanent residents of the Argentine Republic, they shall be accorded the same exemption from currency and exchange restrictions as is accorded to an official of comparable rank from an international agency in the Argentine Republic;</p> | <p>e) à moins qu'ils ne soient des ressortissants de la République argentine ou qu'ils n'en soient des résidents permanents, ils jouissent de la même exemption des restrictions en matière de devises et de change que celle accordée à un fonctionnaire de rang comparable d'une organisation internationale en République argentine;</p> | <p>e) genießen dieselbe Befreiung von Währungs- und Devisenbeschränkungen, wie sie einem in vergleichbarem Rang stehenden Amtsträger einer internationalen Organisation in der Argentinischen Republik gewährt werden;</p> |
| <p>f) unless they are nationals or permanent residents of the Argentine Republic, they shall when taking up their post in the Argentine Republic for the first time, be exempt from customs duties and other such charges (except payments for services) in respect of import of furniture, motor vehicles and other personal effects in their ownership or possession or already ordered by them and intended for their personal use or for their establishment. Such goods shall be imported within six months of a staff member's first entry into the Argentine Republic but in exceptional circumstances an extension of this period shall be granted by the Government. Goods which have been acquired or imported by staff members and to which exemptions under this sub-paragraph apply shall not be given away, sold, lent, hired out, or otherwise disposed of except under conditions agreed in advance with the Government. Furniture and personal effects may be exported free of duties when leaving the Argentine Republic on the termination of the official functions of the staff member;</p> | <p>f) à moins qu'ils ne soient des ressortissants de la République argentine ou qu'ils n'en soient des résidents permanents, ils sont, lorsqu'ils prennent leurs fonctions pour la première fois en République argentine, exonérés des droits de douane ou de tous autres de ces droits (sauf dans le cas des paiements pour services) pour l'importation de mobilier, de véhicules à moteur et d'autres effets personnels dont ils sont les propriétaires ou dont ils ont la jouissance et qu'ils ont déjà commandés avec l'intention de les utiliser à des fins personnelles ou pour leur installation. Ces biens doivent être importés dans les six mois qui suivent la première entrée du membre du personnel en République argentine mais, dans ces cas exceptionnels, le Gouvernement peut accorder une prorogation de ce délai. Les biens qui ont été acquis ou importés par les membres du personnel et auxquels s'appliquent les exemptions du présent alinéa ne peuvent pas être donnés, vendus, prêtés, loués ou cédés sauf dans des conditions qui ont été convenues à l'avance avec le Gouvernement. Le mobilier et les effets personnels peuvent être exportés en franchise de douane lorsqu'ils quittent la République argentine lors de la cessation des fonctions officielles du membre du personnel;</p> | <p>f) genießen, sofern sie nicht Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben, bei ihrem Amtsantritt in der Argentinischen Republik Befreiung von Zöllen und ähnlichen Abgaben (ausgenommen die Vergütung von Dienstleistungen) hinsichtlich der Einfuhr von Möbeln, Kraftfahrzeugen und sonstiger persönlicher Habe, die sich in ihrem Eigentum oder Besitz befinden, von ihnen zuvor bestellt worden und für ihren persönlichen Gebrauch bestimmt oder für ihre Einrichtung vorgesehen sind. Diese Waren sind innerhalb von sechs Monaten nach der ersten Einreise eines Mitarbeiters in die Argentinische Republik einzuführen, jedoch wird unter außergewöhnlichen Umständen diese Zeitspanne von der Regierung verlängert. Waren, die von Mitarbeitern erworben oder eingeführt worden sind und für welche die Befreiungen nach diesem Buchstaben gelten, dürfen nur zu den zuvor mit der Regierung vereinbarten Bedingungen verschenkt, verkauft, vermietet, verliehen oder anderweitig veräußert werden. Möbel und persönliche Habe können zollfrei ausgeführt werden, wenn der Mitarbeiter nach Beendigung seiner amtlichen Tätigkeit die Argentinische Republik verlässt;</p> |
| <p>g) shall be exempt from all taxes on income received from the Secretariat. This exemption shall not apply to staff members who are nationals or permanent residents of the Argentine Republic;</p> | <p>g) sont exempts de tous les impôts sur le revenu reçu du secrétariat. Cette exemption ne s'applique pas aux membres du personnel qui sont des ressortissants ou résidents permanents en République argentine;</p> | <p>g) sind von allen Steuern auf Einkünfte, die sie vom Sekretariat beziehen, befreit. Diese Befreiung gilt nicht für Mitarbeiter, die Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben;</p> |
| <p>h) shall have similar repatriation facilities as are accorded to representatives of international agencies in times of international crisis; and</p> | <p>h) jouissent des mêmes facilités de rapatriement que celles accordées aux représentants d'organisations internationales en temps de crise internationale;</p> | <p>h) genießen in Zeiten internationaler Krisen Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung, die denen vergleichbar sind, die Vertretern internationaler Organisationen gewährt werden, und</p> |
| <p>i) shall have personal inviolability with respect to any form of personal arrest or detention or seizure of their personal baggage unless they are nationals or permanent residents of the Argentine Republic.</p> | <p>i) jouissent de l'inviolabilité de leur personne en cas d'arrestation, de détention ou de saisie de leurs bagages personnels à moins qu'ils ne soient des ressortissants ou résidents permanents en République argentine.</p> | <p>i) genießen persönliche Unverletzlichkeit hinsichtlich jeder Art von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks, sofern sie nicht Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben.</p> |

2. Privileges and immunities applicable to a staff member in accordance with subparagraphs c), d), e), f), h) and i) of paragraph 1 above shall also apply to the members of his or her family forming a part of the household, unless they are nationals or permanent residents in the Argentine Republic.

2. Les privilèges et immunités applicables à un membre du personnel aux termes des alinéas c), d), e), f), h) et i) du paragraphe 1 ci-dessus, s'appliquent aussi aux membres de sa famille faisant partie de son ménage, sauf si ceux-ci sont des ressortissants ou résidents permanents en République argentine.

(2) Die nach Absatz 1 Buchstaben c, d, e, f, h und i auf Mitarbeiter anwendbaren Vorrechte und Immunitäten gelten auch für die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienangehörigen, sofern diese nicht Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben.

Article 18

Experts

In the exercise of their functions experts shall enjoy the following privileges and immunities to the extent necessary for the carrying out of their functions, including while traveling in the Argentine Republic to that effect:

- a) immunity from suit and any other legal or administrative proceedings or judicial request in respect of acts and things done by them in the exercise of their official functions, including words written or spoken. This immunity shall not, however, apply in the case of a motor vehicle offence committed by such experts nor in the case of civil or administrative proceedings arising out of death, damage or personal injury caused by a motor vehicle belonging to or driven by him or her to the extent the compensation is not recoverable from insurance. Such immunity shall continue after the expert's function in relation to the Secretariat has ceased;
- b) inviolability for all their official papers and documents as well as other official materials, which are related to the performance of the functions of the Secretariat;
- c) unless they are nationals or permanent residents of the Argentine Republic, the same exemption from currency and exchange restrictions as is accorded to a representative of a foreign Government on a temporary mission in Argentina on behalf of that Government; and
- d) unless they are nationals or permanent residents of the Argentine Republic, immunity from personal arrest and detention and from attachment of personal luggage.

Article 19

Visas

1. All persons having official business with the Secretariat, (namely Delegates and members of their families forming a

Article 18

Experts

Dans l'exercice de leurs fonctions, les experts jouissent des privilèges et immunités dans la mesure nécessaire pour exercer leurs fonctions, y compris durant leurs déplacements en République argentine à cet effet:

- a) immunité de procès et d'autres poursuites juridiques et administratives, ou requête judiciaire pour des actes et choses de leur fait dans l'exercice de leurs fonctions officielles, y compris les mots écrits ou prononcés. Cette immunité ne s'applique cependant pas dans le cas d'une infraction de la route commise par ces experts ni dans le cas de poursuites civiles ou administratives intentées par suite d'un décès, de dommages ou de blessures personnelles causées par un véhicule à moteur appartenant aux experts ou conduits par eux/elles dans la mesure où l'indemnisation n'est pas remboursable par la compagnie d'assurance. Cette immunité continue après que la mission de l'expert auprès du secrétariat a pris fin;
- b) inviolabilité de tous leurs papiers et documents officiels qui sont liés au bon déroulement des fonctions du secrétariat;
- c) à moins qu'ils ne soient des ressortissants ou résidents permanents en République argentine, la même exemption des restrictions en matière de change et de devises est accordée à un représentant d'un Gouvernement étranger en mission temporaire en Argentine pour le compte de ce gouvernement;
- d) à moins qu'ils ne soient des ressortissants ou résidents permanents de la République argentine, immunité d'arrestation et de détention ainsi que de saisie de bagages personnels.

Article 19

Visas

1. Toutes les personnes en visite officielle au secrétariat, à savoir les représentants et les membres de leur famille qui

Artikel 18

Sachverständige

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und damit im Zusammenhang stehenden Reisen in der Argentinischen Republik genießen Sachverständige die folgenden Vorrechte und Immunitäten in dem zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfang:

- a) Immunität von Klagen und allen sonstigen Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder gerichtlichen Verfügungen hinsichtlich der von ihnen in Wahrnehmung ihrer amtlichen Aufgaben vorgenommenen Taten und Handlungen einschließlich ihrer schriftlichen und mündlichen Äußerungen. Diese Immunität gilt jedoch weder bei einer Verkehrsstraftat mit einem Kraftfahrzeug, die von einem Sachverständigen begangen wurde, noch bei Zivil- oder Verwaltungsverfahren wegen des Todes, eines Sach- oder Personenschadens, der durch ein Kraftfahrzeug verursacht wurde, das der betreffenden Person gehört oder von ihr gefahren wurde, soweit der Schaden nicht durch eine Versicherung gedeckt ist. Diese Immunität gilt auch nach Beendigung der Tätigkeit des Sachverständigen für das Sekretariat;
- b) Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Papiere und Schriftstücke sowie anderer amtlicher Unterlagen, die mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Sekretariats im Zusammenhang stehen;
- c) sofern sie nicht Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben, dieselben Befreiungen von Währungs- und Devisenbeschränkungen, wie sie dem Vertreter einer ausländischen Regierung gewährt werden, der sich in vorübergehendem amtlichen Auftrag seiner Regierung in Argentinien aufhält, und
- d) sofern sie nicht Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben, Immunität von jeder Art von Festnahme oder Haft und von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks.

Artikel 19

Visa

(1) Alle Personen, die Amtsgeschäfte mit dem Sekretariat tätigen, nämlich Delegierte und die zu ihrem Haushalt gehören-

part of the household, staff members of the Secretariat and any members of their families forming a part of the household, and the experts referred to in Article 18 above, shall have the right of entry into, stay in and exit from the Argentine Republic.

2. The Government shall take all measures necessary to facilitate the entry into the Argentine Republic, the sojourn on that territory and the exit therefrom of all persons mentioned in paragraph 1 above. Visas, where required, shall be granted without wait or delay, and without fee, on production of a certificate that the applicant is a person described in paragraph 1 above. In addition, the Government shall facilitate travel for such persons within the territory of the Argentine Republic.

Article 20

Cooperation

The Secretariat shall co-operate fully at all times with the appropriate Authorities in order to prevent any abuse of the privileges, immunities and facilities provided for in this Agreement. The Government reserves its sovereign right to take reasonable measures to preserve security. Nothing in this Agreement prevents the application of laws necessary for health and quarantine or, with respect to the Secretariat and its officials, laws relating to public order.

Article 21

Notification of appointments, identity cards

1. The ATCM shall notify the Government of the appointment of an Executive Secretary and the date when he or she is to take up or relinquish the post.

2. The Secretariat shall notify the Government when a staff member takes up or relinquishes his or her post or when an expert starts or finishes a project or mission.

3. The Secretariat shall twice a year send to the Government a list of all experts and staff members and the members of their families forming a part of the household in the Argentine Republic. In each case the Secretariat shall indicate whether such persons are nationals or permanent residents of the Argentine Republic.

4. The Government shall issue to all staff members and experts as soon as practicable after notification of their appointment, a card bearing the photograph of the holder and identifying him or her as a staff member or expert as the case may be. This card shall be accepted

font partie de leur ménage, les membres du personnel du secrétariat et tous les membres de leur famille qui font partie de leur ménage, et les experts dont il est fait mention à l'article 18 ont le droit d'entrer en République argentine, d'y rester et d'en sortir.

2. Le Gouvernement prend toutes les mesures nécessaires pour faciliter l'entrée en République argentine, le séjour sur ce territoire et la sortie dudit territoire de toutes les personnes mentionnées dans le paragraphe précédent. Les visas, lorsqu'ils sont requis, sont délivrés sans attente ou sans délai, sur présentation d'un document certifiant que le demandeur est une personne décrite dans le paragraphe précédent. En outre, le Gouvernement argentin facilite les déplacements rapides de ces personnes à l'intérieur du territoire de la République argentine.

Article 20

Coopération

Le secrétariat coopère pleinement et en permanence avec les autorités appropriées pour éviter tout abus des privilèges, immunités et facilités prévus dans le présent accord. Le Gouvernement se réserve le droit souverain de prendre des mesures raisonnables pour préserver la sécurité. Aucune des dispositions du présent accord n'empêche l'application des lois nécessaires pour assurer la santé et la quarantaine ou, en ce qui concerne le secrétariat et ses responsables, l'application des lois relatives à l'ordre public.

Article 21

Notification des nominations et cartes d'identité

1. La RCTA notifie au Gouvernement la nomination d'un secrétaire exécutif ainsi que la date à laquelle il prend ses fonctions ou y renonce.

2. Le secrétariat notifie au Gouvernement lorsqu'un membre du personnel prend ses fonctions et lorsqu'il y renonce ou lorsqu'un expert commence ou achève un projet ou une mission.

3. Le secrétariat envoie deux fois par an au Gouvernement une liste de tous les experts et membres du personnel et des membres de leur famille qui font partie de leur ménage en République argentine. Dans chaque cas, le secrétariat précise si ces personnes sont des ressortissants ou si elles ont le statut de résident permanent en République argentine.

4. Le Gouvernement délivre à tous les membres du personnel et à tous les experts aussi tôt que faire se peut après avoir été notifié de leur nomination une carte portant la photographie du titulaire et l'identifiant comme membre du personnel ou comme expert selon le cas. Cette carte

den Familienangehörigen, Mitarbeiter des Sekretariats und die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienangehörigen sowie die in Artikel 18 genannten Sachverständigen haben das Recht, in die Argentinische Republik einzureisen, sich dort aufzuhalten und von dort auszureisen.

(2) Die Regierung ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um den in Absatz 1 genannten Personen die Einreise in die Argentinische Republik, den Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet und die Ausreise daraus zu erleichtern. Sofern Visa benötigt werden, werden sie ohne Wartezeit oder Verzögerung erteilt, wenn der Antragsteller eine Bescheinigung beibringt, dass er eine Person im Sinne des Absatzes 1 ist. Außerdem erleichtert die Regierung diesen Personen das Reisen innerhalb des Hoheitsgebiets der Argentinischen Republik.

Artikel 20

Zusammenarbeit

Das Sekretariat arbeitet mit den zuständigen Behörden jederzeit eng zusammen, um jeden Missbrauch der in diesem Abkommen vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern. Die Regierung behält sich das hoheitliche Recht vor, angemessene Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu ergreifen. Dieses Abkommen schließt die Anwendung notwendiger Gesetze über Gesundheit und Quarantäne oder in Bezug auf das Sekretariat und seine Amtsträger von Gesetzen über die öffentliche Ordnung nicht aus.

Artikel 21

Mitteilungen bezüglich Ernennungen, Ausweiskarten

(1) Die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag teilt der Regierung die Ernennung eines Exekutivsekretärs und den Tag mit, an dem er oder sie das Amt antritt oder aufgibt.

(2) Das Sekretariat teilt der Regierung mit, wenn eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter ihr beziehungsweise sein Amt antritt oder aufgibt und wenn ein Sachverständiger ein Vorhaben oder einen Auftrag beginnt oder beendet.

(3) Das Sekretariat übermittelt der Regierung zweimal jährlich eine Liste aller Sachverständigen und Mitarbeiter und der zu ihren Haushalten in der Argentinischen Republik gehörenden Familienangehörigen. Das Sekretariat gibt in jedem Einzelfall an, ob die Personen Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder dort ihren ständigen Aufenthalt haben.

(4) Die Regierung stellt allen Mitarbeitern und Sachverständigen so bald wie möglich, nachdem ihre Ernennung mitgeteilt wurde, eine Ausweiskarte aus, die mit der Fotografie des Inhabers versehen ist und ihn als Mitarbeiter beziehungsweise Sachverständigen ausweist. Diese Aus-

by the appropriate Authorities as evidence of identity and appointment. The members of their families forming a part of the household shall also be issued with an identity card. When the staff member or expert relinquishes his or her duties, the Secretariat shall return to the Government his or her identity card together with identity cards issued to members of his or her family forming a part of the household.

Article 22 **Consultation**

The Government and the Secretariat as an organ of the ATCM shall consult at the request of either of them concerning matters arising under this Agreement. If any such matter is not promptly resolved, the Secretariat shall refer it to the ATCM.

Article 23 **Amendment**

This Agreement may be amended by agreement between the Government and the ATCM.

Article 24 **Settlement of disputes**

Any dispute arising out of the interpretation or application of this Agreement shall be settled by consultation, negotiation or any other mutually acceptable method, which may include resort to binding arbitration.

Article 25 **Entry into force and termination**

1. This Agreement shall enter into force upon signature.

2. This Agreement may be terminated by written notification by either Party. Termination shall take effect two years after receipt of such notification unless otherwise agreed.

Done at Madrid, on 16 June 2003 in English, French, Russian and Spanish, all of them being equally authentic.

est acceptée par les autorités appropriées comme preuve de leur identité et de leur nomination. Les membres de leur famille faisant partie du ménage reçoivent également une carte d'identité. Lorsque le membre du personnel ou l'expert renonce à ses fonctions, le secrétariat restitue au Gouvernement la carte ainsi que celles des membres de sa famille faisant partie du ménage.

Article 22 **Consultation**

Le Gouvernement et le secrétariat se consultent mutuellement à la requête de l'un ou de l'autre sur les questions découlant du présent accord. Si l'une de ces questions n'est pas réglée promptement, le secrétariat en saisit la RCTA.

Article 23 **Amendement**

Le présent accord peut être amendé par consentement entre le Gouvernement et la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

Article 24 **Règlement des différends**

Tout différend découlant de l'interprétation ou de l'application du présent accord est réglé par voie de consultation ou de négociation ou par toute autre méthode mutuellement acceptable qui peut inclure un recours à un arbitrage contraignant.

Article 25 **Entrée en vigueur et résiliation**

1. Le présent accord entre en vigueur à la date de sa signature.

2. Le présent accord peut être résilié par écrit à l'initiative de l'une ou l'autre des Parties. La résiliation interviendra dans un délai de deux ans à compter du jour de la réception de la notification de résiliation.

Fait à Madrid, le sixième juin, 2003 en anglais, espagnol, français et russe, les quatre langues faisant également foi.

weiskarte wird von den zuständigen Behörden als Identitäts- und Ernennungsnachweis anerkannt. Die zu ihrem Haushalt gehörenden Familienangehörigen erhalten ebenfalls Ausweiskarten. Gibt ein Mitarbeiter oder Sachverständiger sein Amt auf, so reicht das Sekretariat dessen Ausweiskarte zusammen mit den Ausweiskarten der zu seinem Haushalt gehörenden Familienangehörigen an die Regierung zurück.

Artikel 22 **Konsultation**

Die Regierung und das Sekretariat als Organ der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag konsultieren einander auf Ersuchen eines von beiden über Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Abkommen. Wird eine solche Angelegenheit nicht umgehend geklärt, so legt das Sekretariat sie der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag vor.

Artikel 23 **Änderung**

Dieses Abkommen kann von der Regierung und der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

Artikel 24 **Beilegung von Streitigkeiten**

Jede Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens wird durch Konsultation, Verhandlung oder eine andere beiderseitig annehmbare Methode beigelegt, darunter auch die Inanspruchnahme eines bindenden Schiedsverfahrens.

Artikel 25 **Inkrafttreten und Beendigung**

(1) Dieses Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird zwei Jahre nach Eingang der Notifikation wirksam, sofern nichts anderes vereinbart wird.

Geschehen zu Madrid am 16. Juni 2003 in englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Beschluss 1 (2003)

Umlage der Beiträge für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags

Decision 1 (2003)

Apportioning Contributions to the Secretariat of the Antarctic Treaty

Décision 1 (2003)

Répartition des contributions au Secrétariat du Traité sur l'Antarctique

The Representatives,

Noting the references in Article 4 of Measure 1 (2003) to the contributions of Parties to the budget of the Secretariat of the Antarctic Treaty;

Noting further that one half of the budget will be financed through equal shares and one half through the Consultative Parties' contributions apportioned on a scale determined by the ATCM;

Decide:

1. That the scale of such apportioned contributions shall be determined in the manner described in the Schedule to this Decision;
2. That the Schedule may be adjusted by further Decisions of the ATCM;
3. That this Decision shall become operative on the date on which Measure 1 (2003) becomes effective.

Les représentants,

Notant la mention qui est faite dans l'article 4 de la mesure 1 (2003) des contributions des Parties au budget du secrétariat du Traité sur l'Antarctique; et

Notant en outre qu'une moitié du budget sera financée à parts égales et que l'autre moitié le sera en fonction d'une répartition des contributions des Parties consultatives sur la base d'un barème établi par la RCTA;

Décident que:

1. Le barème de ces contributions est déterminé selon la méthode décrite dans l'appendice à la présente décision.
2. L'appendice peut varier en fonction d'autres décisions de la RCTA.
3. Cette décision entrera en vigueur à la date à laquelle la mesure 1 (2003) prend effet.

Die Vertreter –

in Anbetracht der Bezugnahmen in Maßnahme 1 (2003) Artikel 4 auf die Beiträge der Konsultativparteien zum Haushalt des Sekretariats des Antarktis-Vertrags;

sowie in Anbetracht dessen, dass die eine Hälfte des Haushalts durch gleich hohe Beiträge und die andere Hälfte durch Beiträge der Konsultativparteien finanziert wird, die nach einem von der Konsultativtagung aufgestellten Schlüssel umgelegt werden –

beschließen,

1. dass der Schlüssel für diese umgelegten Beiträge in der im Anhang dieses Beschlusses beschriebenen Weise festgelegt wird;
2. dass der Anhang durch weitere Beschlüsse der Konsultativtagung angepasst werden kann;
3. dass dieser Beschluss an dem Tag in Kraft tritt, an dem die Maßnahme 1 (2003) wirksam wird.

Schedule**Method for calculating
the scale of contributions**

1. A Consultative Party's contribution shall consist of an equal part and a variable part.

2. The equal part of a Consultative Party's contribution is the amount obtained by dividing one half of the budget by the number of Consultative Parties.

3. In order to determine the variable part of the Consultative Parties' contributions they will choose a category according to the procedures set out in paragraphs 6 and 7 hereunder. Each category will have a multiplier according to the following table:

Category	Multiplier
Category A	3,6
Category B	2,8
Category C	2,2
Category D	1,6
Category E	1

4. The variable part of the contribution shall be calculated according to the following method:

(a) The base rate is calculated as follows:

- (i) identify the size of the half of the budget to be apportioned differentially between the Consultative Parties;
- (ii) add together the multipliers of all Consultative Parties;
- (iii) divide the figure from subparagraph (i) by the figure derived from subparagraph (ii).

(b) The variable part is the amount obtained by multiplying the base rate calculated in paragraph 4(a) by the multiplier listed in paragraph 3.

5. The total contribution of each Consultative Party shall be the sum of the equal part calculated according to paragraph 2 and the variable part calculated according to paragraph 4.

6. Each Consultative Party shall elect to be in one of the categories listed in paragraph 3 above by notification to the Depositary Government within two months of Measure 1 (2003) becoming effective.

7. A Consultative Party may choose to move to a higher category at any time by means of a notification to the Secretariat. This change will be taken into account in the calculation of the budget at the ATCM following the notification. Otherwise, determination of a category shall be valid

Appendice**Méthode
de calcul du barème
des contributions**

1) La contribution d'une Partie consultative sera composée d'une part égale et d'une part variable.

2) La part égale de la contribution d'une Partie consultative équivaut au montant obtenu en divisant une moitié du budget par le nombre de Parties consultatives.

3) Pour déterminer la part variable de la contribution d'une Partie consultative, cette dernière devra choisir une catégorie selon les procédures définies aux paragraphes 6 et 7 ci-dessous. Chaque catégorie aura un multiplicateur comme l'indique le tableau suivant:

Catégorie	Multiplicateur
Catégorie A	3,6
Catégorie B	2,8
Catégorie C	2,2
Catégorie D	1,6
Catégorie E	1

4) La part variable de la contribution sera calculée selon la méthode suivante:

(a) Le taux de base se calcule comme suit:

- i) Identifier la moitié du budget devant être réparti de manière différentielle entre les Parties consultatives
- ii) Additionner les multiplicateurs de toutes les Parties consultatives
- iii) Diviser le montant de l'alinéa i) par le chiffre obtenu à l'alinéa ii)

(b) La part variable équivaut au montant obtenu en multipliant le taux de base calculé au paragraphe 4 a) par le multiplicateur indiqué au paragraphe 3.

5) La contribution totale de chaque Partie consultative correspondra à la somme de la part égale calculée en fonction du paragraphe 2 et de la part variable calculée au paragraphe 4.

6) Chaque Partie consultative choisira l'une des catégories du paragraphe 3 ci-dessus et notifiera sa décision au Gouvernement dépositaire dans les deux mois à compter de l'entrée en vigueur de la mesure 1 (2003).

7) Une Partie consultative peut choisir de passer à une catégorie supérieure à tout moment en notifiant sa décision au secrétariat. Cette modification sera prise en considération dans le calcul du budget à la RCTA après la réception de la notification. Autrement, le choix d'une catégorie

Anhang**Methode zur Berechnung
des Beitragsschlüssels**

1. Der Beitrag einer Konsultativpartei besteht aus einem festen und einem variablen Anteil.

2. Der feste Anteil des Beitrags einer Konsultativpartei ist der Betrag, der durch Teilen der Hälfte des Haushalts durch die Anzahl der Konsultativparteien errechnet wird.

3. Zur Errechnung des variablen Anteils ihres Beitrags wählen die Konsultativparteien nach den unter den Nummern 6 und 7 dargelegten Verfahren eine Kategorie. Jede Kategorie erhält nach der folgenden Tabelle einen Multiplikator:

Kategorie	Multiplikator
Kategorie A	3,6
Kategorie B	2,8
Kategorie C	2,2
Kategorie D	1,6
Kategorie E	1

4. Der variable Anteil des Beitrags wird nach der folgenden Methode errechnet:

a) Der Basissatz wird wie folgt errechnet:

- i) Die Hälfte des Haushalts wird festgelegt, die auf die Konsultativparteien unterschiedlich umgelegt wird;
- ii) die Multiplikatoren aller Konsultativparteien werden zusammengezählt;
- iii) die Zahl aus Ziffer i wird durch die nach Ziffer ii errechnete Zahl geteilt.

b) Der variable Anteil ist der Betrag, der durch Multiplikation des unter Nummer 4 Buchstabe a errechneten Basissatzes mit dem unter Nummer 3 aufgeführten Multiplikator errechnet wird.

5. Der Gesamtbeitrag einer Konsultativpartei ist die Summe aus dem nach Nummer 2 errechneten festen Anteil und dem nach Nummer 4 errechneten variablen Anteil.

6. Jede Konsultativpartei entscheidet, in welche der unter Nummer 3 aufgeführten Kategorien sie gehört, und notifiziert dies der Verwahrregierung innerhalb von zwei Monaten, nachdem die Maßnahme 1 (2003) wirksam geworden ist.

7. Eine Konsultativpartei kann jederzeit entscheiden, durch Notifikation an das Sekretariat in eine höhere Kategorie zu wechseln. Dieser Wechsel wird bei der Berechnung des Haushalts auf der nächsten auf die Notifikation folgenden Konsultativtagung berücksichtigt. Andernfalls ist

for at least three years. After three years, a Consultative Party wishing to move to a lower category may do so by notification to the Secretariat at least six months before the ATCM preceding the financial year in which the change is to take effect. Consultative Parties wishing to change their category are recommended to state the circumstances of the change.

sera valable pendant au moins trois ans. A l'issue de ce délai, une Partie consultative souhaitant passer à une catégorie inférieure pourra le faire en notifiant sa décision au secrétariat au moins six mois avant la RCTA précédant l'exercice au cours duquel prendra effet la modification. Les Parties consultatives souhaitant changer de catégorie sont invitées à mentionner les raisons de ce choix.

die Festlegung einer Kategorie mindestens drei Jahre gültig. Nach drei Jahren kann eine Konsultativpartei, die in eine niedrigere Kategorie wechseln möchte, dies tun, indem sie den Wechsel dem Sekretariat mindestens sechs Monate vor der Konsultativtagung notifiziert, die dem Haushaltsjahr vorausgeht, in dem er wirksam werden soll. Konsultativparteien, die in eine andere Kategorie wechseln möchten, wird nahe gelegt, die Umstände des Wechsels anzugeben.

Beschluss 2 (2003)
Vorläufige Durchführung der Maßnahme 1 (2003)

Decision 2 (2003)
Provisional Application of Measure 1 (2003)

Décision 2 (2003)
Application Provisoire de la Mesure 1 (2003)

The Representatives,

Recalling Decision 1 (2001) of the XXIV ATCM on the establishment of the Secretariat of the Antarctic Treaty (the Secretariat) in Buenos Aires, Argentina;

Recalling also Measure 1 (2003) of the XXVI ATCM (the Measure);

Decide:

1. That the Secretariat shall act in accordance with Articles 1, 3, 4 (paragraph 1) and 5 (paragraphs 1, 3 and 4) of the Measure, on a provisional basis, until the Measure becomes effective. This Decision shall be reviewed at each ATCM to assess the status of approvals of the Measure and contributions to the budget of the Secretariat;
2. That the Secretariat shall fulfil, to the fullest extent possible, the functions identified in Article 2 of the Measure prioritising its work in accordance with guidance by the ATCM until the Measure becomes effective;
3. To apply provisionally, to the fullest extent possible, the Staff Regulations and Financial Regulations of the Secretariat of the Antarctic Treaty adopted by Decisions 3 and 4 (2003) respectively of the XXVI ATCM, until the Measure becomes effective;
4. That paragraphs 1, 2 and 3 above shall apply subject to:
 - (a) appointment of the first Executive Secretary in accordance with paragraph 5 below;
 - (b) notification by the Depositary Government of contributions paid, in accordance with paragraph 8 below; and
 - (c) notification, as provided for in paragraph 9 below, by the Argentine Republic that its constitutional

Les représentants,

Rappelant la décision 1 (2001) de la XXIV^e RCTA sur la mise en place à Buenos Aires (Argentine) du secrétariat du Traité sur l'Antarctique (ci-après dénommé «le secrétariat»);

Rappelant en outre la mesure 1 (2003) (ci-après dénommée «la mesure») de la XXVI^e RCTA;

Décident:

- 1) Que le secrétariat agira, à titre provisoire, conformément aux articles 1, 3, 4 (paragraphe 1) et 5 (paragraphes 1, 3 et 4) de la mesure en attendant qu'elle prenne effet. Cette décision sera examinée à chaque RCTA afin d'évaluer l'état des approbations de la mesure et des contributions au budget du secrétariat;
- 2) Que le secrétariat remplira, dans toute la mesure du possible, les fonctions visées à l'article 2 de la mesure qui arrête la priorité des travaux à effectuer en conformité avec les orientations données par la RCTA, en attendant qu'elle prenne effet;
- 3) D'appliquer provisoirement et dans toute la mesure du possible le statut du personnel et le règlement financier du secrétariat du Traité sur l'Antarctique tels qu'ils ont été adoptés par les décisions 3 et 4 (2003), respectivement, de la XXVI^e RCTA, en attendant que la mesure prenne effet;
- 4) Que les paragraphes 1, 2 et 3 susmentionnés s'appliqueront si les trois conditions suivantes sont réunies:
 - a) Nomination du secrétaire exécutif conformément au paragraphe 5 ci-dessous;
 - b) Notification par le Gouvernement dépositaire des contributions acquittées conformément au paragraphe 8 ci-dessous;
 - c) Notification par la République argentine, conformément au paragraphe 9 ci-dessous, qu'elle a rem-

Die Vertreter –

eingedenk des Beschlusses 1 (2001) der XXIV. Konsultativtagung über die Errichtung des Sekretariats des Antarktis-Vertrags (Sekretariat) in Buenos Aires, Argentinien,

sowie eingedenk der Maßnahme 1 (2003) der XXVI. Konsultativtagung (Maßnahme) –

beschließen,

1. dass das Sekretariat in Übereinstimmung mit Maßnahme 1 (2003) Artikeln 1 und 3 sowie Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 5 Absätze 1, 3 und 4 auf vorläufiger Grundlage tätig wird, bis die Maßnahme wirksam ist. Dieser Beschluss wird auf jeder Konsultativtagung überprüft, um den Stand der Genehmigungen der Maßnahme und der Beiträge zum Haushalt des Sekretariats abzuschätzen;
2. dass das Sekretariat in größtmöglichem Umfang die in Artikel 2 der Maßnahme bezeichneten Aufgaben wahrnimmt, wobei es sich bei den Prioritäten seiner Arbeit von der Konsultativtagung leiten lässt, bis die Maßnahme wirksam wird;
3. dass das in den Beschlüssen 3 beziehungsweise 4 (2003) der XXVI. Konsultativtagung beschlossene Personalstatut und die Finanzvorschriften des Sekretariats des Antarktis-Vertrags in größtmöglichem Umfang vorläufig angewendet werden, bis die Maßnahme wirksam wird;
4. dass die Nummern 1, 2 und 3 angewendet werden, vorbehaltlich
 - a) der Ernennung des ersten Exekutivsekretärs nach Nummer 5;
 - b) der Notifikation durch die Verwahrregierung nach Nummer 8 über gezahlte Beiträge und
 - c) der unter Nummer 9 vorgesehenen Notifikation der Argentinischen Republik, dass ihre verfassungs-

requirements for the provisional application of the Headquarters Agreement have been completed;

pli les formalités constitutionnelles requises pour l'application provisoire de l'accord de siège;

rechtlichen Voraussetzungen für die vorläufige Anwendung des Sitzabkommens erfüllt sind;

5. That the first Executive Secretary shall be selected and appointed by the XXVII ATCM from among candidates who are nationals of Consultative Parties. Each candidature shall be submitted to the Depositary Government no later than 15 February 2004 and shall be accompanied by a curriculum vitae setting out the relevant qualifications and experience of the candidate;
 6. That, until the Measure becomes effective, the budget of the Secretariat, which shall be approved by Representatives of all Consultative Parties present at the ATCM, shall be financed by assessed voluntary contributions, which should be made on the basis of Article 4 (paragraphs 3 and 4) of the Measure. Consultative Parties are recommended to make their annual contribution on the basis of the initial scale of contributions annexed to this Decision, which has been calculated according to the Schedule to Decision 1 (2003). Consultative Parties wishing to change the category in which they are listed in this initial scale may do so by notification to the Depositary Government by 22 August 2003. The Depositary Government shall by 12 September 2003 circulate to the Consultative Parties a note confirming the initial scale or revising the scale to reflect any changes made. The ATCM shall review the scale annually to take account of the budget for the following year;
 7. That Consultative Parties intending to make voluntary contributions in accordance with paragraph 6 above shall notify the Depositary Government of the amount of such contributions no later than 1 January 2004. The Depositary Government shall inform all Consultative Parties of all such notifications by 21 January 2004. In each subsequent year, until the Measure becomes effective, the same procedure shall apply;
 8. That all voluntary contributions notified pursuant to paragraph 7 above should be paid no later than 1 April 2004 to a temporary interest-bearing account, held by the Commission for the Conservation of Antarctic Marine Living Resources (CCAMLR) on behalf of the Consultative Parties and subject to the approval of CCAMLR. Each Consultative Party concerned should notify the Depositary Government at the time of payment of the amount paid to this account. The Depositary Government,
- 5) Que le premier secrétaire exécutif sera choisi et nommé par la XXVII^e RCTA de la liste des candidats qui sont des ressortissants des Parties consultatives. Chaque candidature sera présentée au Gouvernement dépositaire le 15 février 2004 au plus tard et elle sera accompagnée d'une notice personnelle indiquant les qualifications et l'expérience pertinentes du candidat;
 - 6) Qu'en attendant que la mesure prenne effet, le budget du secrétariat, qui sera approuvé par les représentants de toutes les Parties consultatives présentes à la RCTA, sera financé par des contributions volontaires qui devraient être faites sur la base des paragraphes 3 et 4 de l'article 4 de la mesure. Les Parties consultatives sont encouragées à verser leurs contributions annuelles sur la base du barème initial des contributions annexé à la présente, qui a été calculé en fonction de l'appendice de la décision 1 (2003). Les Parties consultatives qui souhaitent faire partie d'une catégorie différente de celle dans laquelle elles figurent au titre de ce barème initial peuvent le faire en envoyant une notification au Gouvernement dépositaire d'ici le 22 août 2003. Le Gouvernement dépositaire transmettra alors une note, avant le 12 septembre 2003, aux Parties consultatives pour leur confirmer le barème initial ou le nouveau barème initial révisé. La RCTA reverra le barème chaque année pour tenir compte du budget de l'année suivante;
 - 7) Que les Parties consultatives ayant l'intention de verser des contributions volontaires en vertu du paragraphe précédent notifieront au Gouvernement dépositaire le montant de ces contributions, au plus tard le 1^{er} janvier 2004. Le Gouvernement dépositaire informera toutes les Parties consultatives de ces notifications, au plus tard le 21 janvier 2004. La même procédure sera appliquée les années suivantes jusqu'à ce que la mesure prenne effet;
 - 8) Que toutes les contributions volontaires notifiées conformément au paragraphe précédent, soient versées, au plus tard le 1^{er} avril 2004, sur un compte rémunéré temporaire tenu par la Commission pour la protection de la faune et de la flore en Antarctique (CCAMLR), pour le compte des Parties consultatives et avec l'accord de la CCAMLR. Chaque Partie consultative concernée doit notifier au Gouvernement dépositaire le montant de sa contribution au moment de la transac-
5. dass der erste Exekutivsekretär von der XXVII. Konsultativtagung aus Bewerbern ausgewählt und ernannt wird, die Staatsangehörige von Konsultativparteien sind. Die einzelnen Bewerbungen sind bis zum 15. Februar 2004 bei der Verwahrregierung einzureichen; ihnen muss jeweils ein Lebenslauf beigefügt sein, der über die einschlägigen Qualifikationen und Erfahrungen des Bewerbers Aufschluss gibt;
 6. dass bis zum Wirksamwerden der Maßnahme der Haushalt des Sekretariats, der von den Vertretern aller auf der Konsultativtagung anwesenden Konsultativparteien genehmigt wird, durch veranschlagte freiwillige Beiträge finanziert wird, die auf der Grundlage des Artikels 4 Absätze 3 und 4 der Maßnahme entrichtet werden sollen. Den Konsultativparteien wird nahe gelegt, ihren jährlichen Beitrag auf der Grundlage des diesem Beschluss beigefügten ersten Beitragsschlüssels zu entrichten, der nach Maßgabe des Anhangs zu dem Beschluss 1 (2003) berechnet wurde. Konsultativparteien, die aus der Kategorie, in der sie in diesem ersten Beitragsschlüssel geführt sind, in eine andere wechseln möchten, können dies der Verwahrregierung bis zum 22. August 2003 notifizieren. Die Verwahrregierung leitet den Konsultativparteien bis zum 12. September 2003 eine Note zu, welche den ersten Beitragsschlüssel bestätigt oder einen überarbeiteten Schlüssel enthält, der die vorgenommenen Wechsel anzeigt. Die Konsultativtagung überprüft den Schlüssel alljährlich, um dem Haushalt für das folgende Jahr gerecht zu werden;
 7. dass Konsultativparteien, die freiwillige Beiträge nach Nummer 6 zu leisten beabsichtigen, der Verwahrregierung bis spätestens 1. Januar 2004 die Höhe dieser Beiträge notifizieren. Die Verwahrregierung teilt allen Konsultativparteien bis zum 21. Januar 2004 alle diese Notifikationen mit. In jedem folgenden Jahr wird dasselbe Verfahren angewendet, bis die Maßnahme wirksam ist;
 8. dass alle nach Nummer 7 notifizierten freiwilligen Beiträge bis spätestens 1. April 2004 auf ein vorläufiges zinstragendes Konto eingezahlt werden sollen, dessen Inhaber im Namen der Konsultativparteien die Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeres-schätze der Antarktis ist, vorbehaltlich der Genehmigung durch diese Kommission. Jede betroffene Konsultativpartei soll der Verwahrregierung zum Zeitpunkt der Zahlung den auf dieses Konto eingezahlten Betrag notifizieren.

by 21 April 2004, shall notify all Consultative Parties of such voluntary contributions paid to this account. After the Secretariat has informed the Depositary Government that the Secretariat has established an account for its funds, the Depositary Government shall request the CCAMLR Secretariat to transfer all such voluntary contributions, with interest accrued thereon, to the Secretariat. In each subsequent year, until the Measure becomes effective, Regulation 5.5 of the Financial Regulations shall be applied provisionally;

tion. Le Gouvernement dépositaire notifiera aux Parties consultatives, au plus tard le 21 avril 2004, les contributions volontaires versées sur ce compte. Dès que le secrétariat aura informé le Gouvernement dépositaire qu'il a ouvert un compte pour ces contributions, ledit gouvernement demandera au secrétariat de la CCAMLR de transférer toutes les contributions volontaires, y compris les intérêts accumulés, au secrétariat. Les années suivantes, et ce jusqu'à ce que la mesure prenne effet, l'article 5.5 du règlement financier sera appliqué à titre provisoire;

Die Verwahrregierung notifiziert allen Konsultativparteien bis zum 21. April 2004 die auf dieses Konto eingezahlten freiwilligen Beiträge. Sobald das Sekretariat der Verwahrregierung mitgeteilt hat, dass es für seine Gelder ein Konto eingerichtet hat, ersucht die Verwahrregierung das Sekretariat der Kommission zur Erhaltung der lebenden Schätze der Antarktis, alle freiwilligen Beiträge mit den darauf aufgelaufenen Zinsen an das Sekretariat zu überweisen. In jedem folgenden Jahr wird die Vorschrift 5.5 der Finanzvorschriften vorläufig angewendet, bis die Maßnahme wirksam wird;

9. To accept the offer of the Argentine Republic, annexed to this Decision, to apply provisionally the Headquarters Agreement adopted by the Measure from the date that the Argentine Republic notifies the Depositary Government that its constitutional requirements to this effect have been completed.

9) D'accepter l'offre de la République argentine, annexée à la présente décision, d'appliquer, à titre provisoire, l'accord de siège adopté par la mesure, à compter de la date à laquelle la République argentine notifiera au Gouvernement dépositaire que ses formalités constitutionnelles à cet effet ont été remplies.

9. dass sie das diesem Beschluss beigefügte Angebot der Argentinischen Republik annehmen, das in der Maßnahme beschlossene Sitzabkommen von dem Tag an, an dem die Argentinische Republik der Verwahrregierung notifiziert, dass ihre diesbezüglichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, vorläufig anzuwenden.

Annex 1 to Decision 2 (2003)**Initial Scale of contributions to the Budget of the Secretariat of the Antarctic Treaty**

	Cat.	Mult.	Variable	Fixed	Total
Argentina	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
Australia	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Belgium	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Brazil	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Bulgaria	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Chile	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
China	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Ecuador	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Finland	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
France	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Germany	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
India	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Italy	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
Japan	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Korea	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Netherlands	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
New Zealand	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Norway	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Peru	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Poland	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Russian Federation	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
South Africa	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Spain	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Sweden	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
United Kingdom	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Uruguay	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
United States	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
		62,6	\$ 502.065	\$ 502.065	\$ 1.004.130

Annexe 1 à la décision 2 (2003)
Barème initial des contributions
au budget du secrétariat du Traité sur l'Antarctique

	Catég.	Mult.	Variable	Fixe	Total
Afrique du Sud	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Allemagne	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
Argentine	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
Australie	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Belgique	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Brésil	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Bulgarie	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Chili	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Chine	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Corée	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Equateur	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Espagne	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Etats-Unis d'Amérique	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Fédération de Russie	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Finlande	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
France	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Inde	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Italie	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
Japon	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Norvège	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Nouvelle-Zélande	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Pays-Bas	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Pérou	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Pologne	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Royaume-Uni	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Suède	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Uruguay	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
		62,6	\$ 502.065	\$ 502.065	\$ 1.004.130

Anlage 1 des Beschlusses 2 (2003)**Erster Beitragsschlüssel zum Haushalt des Sekretariats des Antarktis-Vertrags**

	Kategorie	Multiplikator	Variabler Teil	Fester Teil	Gesamtbeitrag
Argentinien	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
Australien	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Belgien	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Brasilien	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Bulgarien	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Chile	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
China	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Deutschland	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
Ecuador	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Finnland	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Frankreich	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Indien	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Italien	B	2,8	\$ 22.457	\$ 18.595	\$ 41.052
Japan	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Korea	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Neuseeland	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Niederlande	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Norwegen	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Peru	E	1	\$ 8.020	\$ 18.595	\$ 26.615
Polen	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Russische Föderation	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Schweden	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Spanien	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Südafrika	C	2,2	\$ 17.644	\$ 18.595	\$ 36.239
Uruguay	D	1,6	\$ 12.832	\$ 18.595	\$ 31.427
Vereinigte Staaten	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
Vereinigtes Königreich	A	3,6	\$ 28.873	\$ 18.595	\$ 47.468
		62,6	\$ 502.065	\$ 502.065	\$ 1.004.130

Annex 2 to Decision 2 (2003)
Letter of commitment of the Argentine Republic

Madrid, ... June 2003

Dear Sir,

I address you, in your capacity as Chairman of the XXVI Antarctic Treaty Consultative Meeting (ATCM), with reference to Decision 1 (2001) of the XXIV ATCM and recognizing the need to conclude, as soon as possible, the process leading to the establishment of the Secretariat of the Antarctic Treaty in Buenos Aires.

I hereby express the commitment of the Argentine Republic to apply provisionally the "Headquarters Agreement for the Secretariat of the Antarctic Treaty" adopted by Measure 1 (2003) as of the date the Argentine Republic notifies the Depositary Government of the Antarctic Treaty that its constitutional requirements to that effect have been completed.

The Argentine Republic shall consider itself bound by the provisional arrangements proposed in this letter after their acceptance by the ATCM and the fulfilment of the condition referred above.

I avail myself of this opportunity to express the assurances of my highest consideration.

To the chairman of the
XXVI Antarctic Treaty Consultative Meeting
Ambassador D. José Antonio de Yturriaga
Madrid

Annexe 2 à la décision 2 (2003)**Projet de lettre d'engagement de la République argentine**

Madrid, ... juin 2003

Monsieur le Président,

C'est en votre qualité de Président de la XXVI^e Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique (RCTA) que je m'adresse à vous au sujet de la décision 1 (2001) de la XXIV^e RCTA ainsi que de la nécessité de mener à son terme, le plus rapidement possible, le processus de mise en place à Buenos Aires du secrétariat du Traité sur l'Antarctique.

Par la présente, je tiens à signaler que la République argentine s'engage à appliquer provisoirement l'accord de siège du secrétariat du Traité sur l'Antarctique adopté en vertu de la mesure 1 (2003) et ce, à la date à laquelle la République argentine notifiera au Gouvernement dépositaire du Traité sur l'Antarctique qu'elle a rempli les formalités constitutionnelles requises à cet effet.

La République argentine se considérera alors liée par les dispositions provisoires proposées dans cette lettre une fois qu'elles auront été acceptées par la RCTA et que la condition susmentionnée aura été remplie.

Je vous prie de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de ma très haute considération.

S.E. Monsieur l'Ambassadeur José Antonio de Yturriaga
Président de la
XXVI^e Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique
Madrid (Espagne)

Anlage 2 des Beschlusses 2 (2003)
Verpflichtungsschreiben der Argentinischen Republik

Madrid, ... Juni 2003

Herr Vorsitzender,

Ich wende mich an Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der XXVI. Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag unter Bezugnahme auf den Beschluss 1 (2001) der XXIV. Konsultativtagung des Antarktis-Vertrags und in Anerkennung der Notwendigkeit, den Prozess der Errichtung des Sekretariats des Antarktis-Vertrags in Buenos Aires so bald wie möglich zum Abschluss zu bringen.

Hiermit erkläre ich die Verpflichtung der Argentinischen Republik, das durch die Maßnahme 1 (2003) beschlossene „Sitzabkommen für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags“ von dem Tag an, an dem die Argentinische Republik der Verwahrregierung des Antarktis-Vertrags notifiziert, dass ihre diesbezüglichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, vorläufig anzuwenden.

Die Argentinische Republik betrachtet sich durch die in diesem Schreiben vorgeschlagenen vorläufigen Vereinbarungen als gebunden, sobald diese durch die Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag angenommen worden sind und die oben genannte Bedingung erfüllt ist.

Ich benutze diesen Anlass, Herr Vorsitzender, Sie meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An den Vorsitzenden der
XXVI. Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag
Botschafter D. José Antonio de Yturriaga
Madrid

Beschluss 3 (2003)

Personalstatut für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags

Decision 3 (2003)

Staff Regulations for the Secretariat of the Antarctic Treaty

Décision 3 (2003)

Statut du personnel du Secrétariat du Traité sur l'Antarctique

The Representatives,

Bearing in mind paragraph 3 of Decision 2 (2003) on the provisional application of Measure 1 (2003);

Decide:

1. To adopt the Staff Regulations for the Secretariat of the Antarctic Treaty annexed to this Decision.
2. That the Staff Regulations shall apply fully when Measure 1 (2003) becomes effective.

Les représentants,

Ayant à l'esprit le paragraphe 3 de la décision 2 (2003) sur l'application provisoire de la mesure 1 (2003);

Décident:

- 1) D'adopter le statut du personnel du secrétariat du Traité sur l'Antarctique, qui figure en annexe à la présente décision;
- 2) Que le statut du personnel s'appliquera dans son intégralité dès que la mesure 1 (2003) prend effet.

Die Vertreter –

eingedenk des Beschlusses 2 (2003) Nummer 3 über die vorläufige Durchführung der Maßnahme 1 (2003) –

beschließen,

1. das diesem Beschluss beigefügte Personalstatut für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags anzunehmen;
2. dass das Personalstatut in vollem Umfang angewendet wird, sobald Maßnahme 1 (2003) wirksam wird.

Annex to Decision 3 (2003)**Staff Regulations
for the Secretariat of
the Antarctic Treaty**

Staff Regulations

Regulation 1

Preamble

1.1 These Staff Regulations establish the fundamental principles of employment, regulate the working relationships and establish the rights and duties of members of the staff of the Secretariat of the Antarctic Treaty (the Secretariat), and includes the Staff members who render their services in and receive remuneration from the Antarctic Secretariat.

Regulation 2

Duties, obligations
and privileges

2.1 Staff members, upon accepting their appointments, shall pledge themselves to discharge their duties faithfully and to conduct themselves solely with the interests of the ATCM in mind. Their responsibilities as staff members are not national but are exclusively owed to the ATCM.

2.2 Staff members shall at all times conduct themselves in a manner in keeping with the Antarctic Treaty. They shall always bear in mind the loyalty, discretion and tact imposed on them by their responsibilities in the performance of their duties. They shall avoid all actions, statements or public activities which might be detrimental to the ATCM and its aims.

2.3 Staff members are not required to renounce either their national feelings or their political or religious convictions, but must ensure that such views or convictions do not adversely affect their official duties or the interests of the ATCM. Staff members shall uphold the highest standards of efficiency, competence, and integrity. The concept of integrity includes, but is not limited to, probity, impartiality, fairness, honesty, and truthfulness in all matters affecting their work and status.

2.4 In the performance of their duties, staff members may neither seek

Annexe à la décision 3**Statut du
personnel du Secrétariat du
Traité sur l'Antarctique**

Statut du personnel

Article 1

Préambule

1.1 Le présent statut du personnel arrête les principes fondamentaux de l'emploi, régleme les relations de travail et établit les droits et les responsabilités des membres du personnel du secrétariat du Traité sur l'Antarctique (ci-après dénommé «le secrétariat») et inclut les membres du personnel qui prêtent leurs services au secrétariat du Traité sur l'Antarctique et perçoivent pour cela une rémunération.

Article 2

Devoirs,
obligations et
privilèges

2.1 Les membres du personnel, en acceptant leur nomination, s'engagent à s'acquitter loyalement de leurs devoirs et à se comporter avec à l'esprit les intérêts de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique. A ce titre, ils n'ont pas de responsabilités nationales et sont exclusivement au service de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

2.2 Les membres du personnel doivent en tout temps se comporter d'une manière compatible avec le caractère de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique. Ils doivent toujours garder présents à l'esprit la loyauté, la discrétion et le tact qui leur sont dictés par leurs responsabilités dans l'exercice de leurs fonctions. Ils doivent éviter de prendre des actions, de faire des déclarations ou de se livrer à des activités publiques qui pourraient porter atteinte à la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique et à ses buts.

2.3 Les membres du personnel ne sont pas tenus de renoncer à leurs sentiments patriotiques ou à leurs convictions politiques ou religieuses, mais doivent veiller à ce que ces opinions et ces convictions ne portent pas préjudice à l'exercice de leurs fonctions officielles ou aux intérêts de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique. Ils doivent respecter les critères d'efficacité, de compétence et d'intégrité les plus élevés. Le concept d'intégrité inclut notamment la probité, l'impartialité, l'équité, l'honnêteté et la sincérité dans toutes les questions affectant leurs travaux et leurs fonctions.

2.4 Dans l'exercice de leurs fonctions, les membres du personnel ne peuvent ni

Anlage des Beschlusses 3 (2003)**Personalstatut
für das Sekretariat
des Antarktis-Vertrags**

Personalstatut

Artikel 1

Präambel

1.1 Dieses Personalstatut legt die wesentlichen Beschäftigungsgrundsätze für die Mitarbeiter des Sekretariats des Antarktis-Vertrags (Sekretariat) fest, regelt ihre Arbeitsbeziehungen und bestimmt ihre Rechte und Pflichten; darunter fallen auch die Mitarbeiter, die im Antarktis-Sekretariat Dienstleistungen erbringen und von ihm ein Arbeitsentgelt erhalten.

Artikel 2

Aufgaben,
Pflichten und Vorrechte

2.1 Bei Aufnahme ihrer Beschäftigung verpflichten sich die Mitarbeiter, ihre Pflichten getreulich zu erfüllen und sich in ihrem Verhalten ausschließlich von den Interessen der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag (Konsultativtagung) leiten zu lassen. Als Mitarbeiter haben sie keine nationalen Pflichten; sie stehen ausschließlich im Dienst der Konsultativtagung.

2.2 Die Mitarbeiter haben sich zu jeder Zeit in einer dem Antarktis-Vertrag angemessenen Weise zu verhalten. Sie müssen sich stets der Loyalität, der Verschwiegenheit und des Taktes bewusst sein, die von ihnen in Ausübung ihres Amtes verlangt werden. Sie enthalten sich jeder Handlung, Äußerung oder öffentlichen Tätigkeit, die der Konsultativtagung oder deren Zielen schaden könnte.

2.3 Die Mitarbeiter brauchen weder ihre nationalen Gefühle noch ihre politischen oder religiösen Überzeugungen zu verleugnen, müssen jedoch sicherstellen, dass derartige Ansichten oder Überzeugungen sich nicht nachteilig auf ihre amtlichen Tätigkeiten oder auf die Interessen der Konsultativtagung auswirken können. Die Mitarbeiter müssen höchsten Ansprüchen in Bezug auf Leistung, Befähigung und Ehrenhaftigkeit genügen. Der Begriff der Ehrenhaftigkeit umfasst insbesondere, jedoch nicht ausschließlich, Rechtschaffenheit, Unparteilichkeit, Fairness, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit in allen ihre Arbeit und ihre Stellung betreffenden Angelegenheiten.

2.4 Die Mitarbeiter dürfen in Wahrnehmung ihrer Aufgaben Weisungen von

nor accept instructions from any government or authority other than the ATCM.

2.5 Staff members shall observe maximum discretion regarding official matters and shall abstain from making private use of information they possess by reason of their position. Authorisation for the release of information for official purposes shall lie with the ATCM or the Executive Secretary, as the case may require.

2.6 Staff members shall, in general, have no employment other than with the Secretariat. In special cases, staff members may accept other employment, provided that it does not interfere with their duties in the Secretariat, and that prior authorisation by the Executive Secretary has been obtained. The ATCM's prior authorisation shall be obtained in respect of the Executive Secretary.

2.7 No staff member may be associated in the management of a business, industry or other enterprise, or have a financial interest therein if, as a result of the official position held in the Secretariat, he/she may benefit from such association or interest. Ownership of non-controlling stock in a company shall not be considered to constitute a financial interest within the meaning of this Regulation.

2.8 Staff members shall enjoy the privileges and immunities granted to them under the Headquarters Agreement for the Secretariat of the Antarctic Treaty, pursuant to Article 5 of Measure 1 (2003) of the XXVI ATCM.

Regulation 3

Hours of work

3.1 The normal working day shall be eight hours, Monday to Friday, for a total of forty hours per week.

3.2 The Executive Secretary shall establish the working hours, and may alter them for the benefit of the ATCM, as circumstances may require.

Regulation 4

Classification of staff

4.1 Staff members shall be classified in either of the two following categories:

(a) Executive Category

Positions of high responsibility of an executive nature. These posts will be filled by appropriately qualified professionals, preferably with University qualifications or the equivalent. Staff members in this cate-

solliciter ni accepter des instructions de la part d'un gouvernement ou d'une autorité autre que la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

2.5 Les membres du personnel sont tenus d'observer un maximum de discrétion sur les questions officielles et de s'abstenir de faire un usage privé des informations qu'ils détiennent du fait de leur position. L'autorisation de communiquer des informations à des fins officielles relève selon le cas de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique ou du secrétaire exécutif.

2.6 Les membres du personnel ne sont en règle générale qu'employés par le secrétariat. Dans des cas particuliers, ils peuvent accepter un autre emploi à condition que celui-ci n'entrave pas l'exercice de leurs fonctions au sein du secrétariat et que le secrétaire exécutif leur ait donné au préalable son autorisation. S'agissant du secrétaire exécutif, il devra obtenir au préalable l'autorisation de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

2.7 Aucun membre du personnel ne peut être associé à la direction d'une affaire, d'une industrie ou d'une autre entreprise, ou en retirer un avantage financier si, de par sa position officielle au secrétariat, il peut bénéficier d'une telle association ou d'un tel avantage. La détention d'actions minoritaires dans une société ne sera pas considérée comme un avantage financier au sens du présent article.

2.8 Les membres du personnel jouissent des privilèges et immunités que leur confère l'Accord de siège du secrétariat du Traité sur l'Antarctique, en application de l'article 5 de la mesure 1 (2003) de la XXVI^e Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

Article 3

Heures de travail

3.1 La journée de travail normale, du lundi au vendredi, sera de huit heures, soit un total de quarante heures par semaine.

3.2 Le secrétaire exécutif fixe les heures de travail et il peut s'il y a lieu les modifier dans l'intérêt de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

Article 4

Classement des emplois

4.1 Les membres du personnel sont classés dans l'une des deux catégories suivantes:

a) Cadres

Postes de haute responsabilité à caractère de direction. Ces postes sont pourvus par des cadres qualifiés, possédant de préférence des qualifications universitaires ou leur équivalent. Les membres du personnel

Regierungen oder anderen Behörden als der Konsultativtagung weder erbitten noch entgegennehmen.

2.5 Die Mitarbeiter haben in Bezug auf amtliche Angelegenheiten ein Höchstmaß an Verschwiegenheit zu wahren und dürfen von Informationen, die sie aufgrund ihrer Stellung erhalten, privat keinen Gebrauch machen. Die Ermächtigung zur Weitergabe von Informationen zu amtlichen Zwecken wird von der Konsultativtagung beziehungsweise vom Exekutivsekretär erteilt.

2.6 Die Mitarbeiter dürfen im Allgemeinen keiner anderen Beschäftigung nachgehen als der beim Sekretariat. In Sonderfällen dürfen die Mitarbeiter eine andere Beschäftigung annehmen, vorausgesetzt, dass diese die Erfüllung ihrer Aufgaben für das Sekretariat nicht beeinträchtigt und dass die vorherige Genehmigung des Exekutivsekretärs eingeholt wurde. Handelt es sich um den Exekutivsekretär, so ist die vorherige Genehmigung der Konsultativtagung einzuholen.

2.7 Ein Mitarbeiter darf an der Leitung eines Geschäfts, eines Industriebetriebs oder eines anderen Unternehmens weder beteiligt sein noch ein finanzielles Interesse haben, wenn er infolge seiner amtlichen Stellung innerhalb des Sekretariats aus einer solchen Beteiligung oder einem solchen Interesse Nutzen ziehen kann. Der Besitz von Minderheitenbeteiligungen an einer Gesellschaft gilt nicht als finanzielles Interesse im Sinne dieses Absatzes.

2.8 Die Mitarbeiter genießen die Vorrechte und Immunitäten, die ihnen im Sitzabkommen für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags aufgrund des Artikels 5 der Maßnahme 1 (2003) der XXVI. Konsultativtagung gewährt werden.

Artikel 3

Arbeitszeit

3.1 Der normale Arbeitstag umfasst acht Stunden von Montag bis Freitag, also insgesamt vierzig Stunden in der Woche.

3.2 Der Exekutivsekretär legt die Arbeitsstunden fest; er kann sie gegebenenfalls im Interesse der Konsultativtagung ändern.

Artikel 4

Einstufung des Personals

4.1 Die Mitarbeiter werden in eine der beiden folgenden Laufbahngruppen eingestuft:

a) Laufbahngruppe des höheren Dienstes:

Stellen mit großer Verantwortung und Leitungsaufgaben. Diese Stellen sind mit entsprechend qualifizierten Akademikern zu besetzen, die vorzugsweise ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder eine entsprechende Bildung

gory will be recruited internationally but only among nationals of Consultative Parties.

de cette catégorie sont recrutés sur une base internationale, mais uniquement parmi les ressortissants des Parties consultatives.

nachweisen können. Die Mitarbeiter dieser Laufbahngruppe werden auf internationaler Grundlage, jedoch nur unter den Staatsangehörigen der Konsultativparteien ausgewählt.

(b) General Staff Category

b) Services généraux

b) Laufbahngruppe des allgemeinen Dienstes:

All other staff, such as translators, interpreters, technical, administrative and auxiliary positions. Such staff members shall be recruited in Argentina from among nationals of Consultative Parties.

Tous les autres membres du personnel, y compris les interprètes, les traducteurs, les agents techniques, les agents administratifs et les agents auxiliaires. Ces membres sont recrutés en Argentine parmi les ressortissants des Parties consultatives.

Alle übrigen Mitarbeiter wie beispielsweise Übersetzer, Dolmetscher, Techniker, Verwaltungs- und Hilfskräfte. Diese Mitarbeiter werden in Argentinien unter den Staatsangehörigen der Konsultativparteien ausgewählt.

4.2 Persons employed under Regulation 11 shall not be classified as staff members.

4.2 Les personnes employées en vertu de l'article 11 ne sont pas classées dans la catégorie des membres du personnel.

4.2 Nach Artikel 11 beschäftigte Personen gelten nicht als Mitarbeiter.

Regulation 5

Article 5

Artikel 5

Salaries and other remuneration

Traitements et autres rémunérations

Gehälter und sonstige Vergütungen

5.1 The scale of salaries for staff members in the executive category is attached in Schedule A. The salaries of staff members in the executive category shall be paid in US currency.

5.1 Le barème des traitements des membres du personnel appartenant à la catégorie des cadres est contenu dans l'appendice A. Le traitement du personnel de cette catégorie sera fixé en dollars des Etats-Unis d'Amérique.

5.1 Die Gehaltstabelle für Mitarbeiter in der Laufbahngruppe des höheren Dienstes befindet sich in Anhang A. Die Gehälter der Mitarbeiter des Höheren Dienstes werden in US-Währung gezahlt.

5.2 The scale of salaries for staff members in the general category is attached in Schedule B. The salaries of staff members in the general category shall be paid in US currency.

5.2 Le barème des traitements des membres du personnel appartenant à la catégorie des services généraux est contenu dans l'appendice B. Le traitement du personnel de cette catégorie sera fixé en dollars des Etats-Unis d'Amérique.

5.2 Die Gehaltstabelle für Mitarbeiter der Laufbahngruppe des allgemeinen Dienstes befindet sich in Anhang B. Die Gehälter für Mitarbeiter des Allgemeinen Dienstes werden in US-Währung gezahlt.

5.3 For the purposes of these regulations the term 'dependent' means:

5.3 Aux fins du présent statut, l'expression «personne à charge» désigne:

5.3 Für die Zwecke dieses Statuts bedeutet der Ausdruck „unterhaltsberechtigter Familienangehöriger“

(a) any unsalaried child, who is born of, or adopted by, a staff member, his/her spouse, or their children, who is below the age of eighteen years and who is dependent on a staff member for main and continuing support;

a) tout enfant non salarié, ayant pour parent naturel ou adoptif un membre du personnel, son conjoint ou leurs enfants, qui n'ont pas atteint l'âge de dix-huit ans et dont la charge principale et permanente incombe à un membre du personnel;

a) ein Kind ohne eigenes Einkommen, welches das leibliche Kind oder das Adoptivkind eines Mitarbeiters beziehungsweise einer Mitarbeiterin oder seiner Ehefrau beziehungsweise ihres Ehemanns oder von deren Kindern ist, welches unter achtzehn Jahre alt und für seinen hauptsächlichen laufenden Unterhalt von einem Mitarbeiter abhängig ist;

(b) any child fulfilling the conditions laid down in paragraph (a) above, but who is between eighteen and twenty-five years of age and is receiving school or university education or vocational training;

b) tout enfant remplissant les conditions visées à l'alinéa a) ci-dessus mais qui a entre dix-huit et vingt-cinq ans et reçoit un enseignement scolaire ou universitaire ou une formation professionnelle;

b) ein Kind, das die Bedingungen unter Buchstabe a erfüllt, jedoch zwischen achtzehn und fünfundzwanzig Jahre alt ist und sich in Schul-, Universitäts- oder Berufsausbildung befindet;

(c) any handicapped child who is dependent on a staff member for main and continuing support;

c) tout enfant handicapé dont la charge principale et permanente incombe à un membre du personnel;

c) ein behindertes Kind, das für seinen hauptsächlichen laufenden Unterhalt von einem Mitarbeiter abhängig ist;

(d) any other child who is given a home by and is dependent on a staff member for main and continuing support;

d) tout autre enfant dont la charge principale et permanente incombe à un membre du personnel qui lui aura donné un foyer;

d) jedes andere Kind, das von einem Mitarbeiter aufgenommen wurde und für seinen hauptsächlichen laufenden Unterhalt von diesem abhängig ist;

(e) any member of the family forming part of the household of the staff member, for whose main and continuing support a staff member is legally responsible.

e) tout membre de la famille faisant partie du ménage du membre du personnel et dont la charge principale et permanente incombe légalement à ce dernier.

e) jedes zum Haushalt eines Mitarbeiters gehörende Familienmitglied, dessen hauptsächlichen laufenden Unterhalt zu leisten der Mitarbeiter gesetzlich verpflichtet ist.

5.4 The salaries of staff members in the executive category shall begin at Step 1 of the level at which they are appointed.

5.4 Les traitements des membres du personnel appartenant à la catégorie des cadres commenceront à l'échelon 1 de la

5.4 Die Gehälter der Mitarbeiter in der Laufbahngruppe des Höheren Dienstes beginnen auf der Dienstaltersstufe 1 der

They shall remain at that level for at least the first year of employment.

5.5 The promotion of the Executive Secretary and other staff members from one level to another requires the prior approval of the ATCM.

5.6 The Executive Secretary shall seek to make arrangements for any staff member in the executive category whose salary is subject to income tax in his/her home country, to be reimbursed for that tax. Such arrangements shall be made only on the basis that the direct costs of reimbursement are paid by the staff member's home country. Staff members in the general category will be responsible for the payment of income tax, if any on their salaries in their home country.

5.7 Staff members shall receive annual step increases, subject to satisfactory performance of their duties. Step increases shall cease once the staff member has reached the highest step in the level in which he/she is serving.

5.8 Only in very special cases, on the proposal of the Executive Secretary and with the approval of the ATCM, may a staff member in the executive category be appointed at a salary higher than Step 1 of the relevant level.

5.9 Staff members in the executive category are not entitled to overtime pay or compensatory leave.

5.10 Staff members in the general category required to work more than 40 hours during one week will be compensated:

- (a) with compensatory leave equivalent to hours of overtime performed; or
- (b) by remuneration per overtime hour, to be calculated at the rate of time and a half, or if the additional time is worked on a Sunday, or on holidays listed in Regulation 7.8, at the rate of double time.

5.11 The ATCM shall pay duly justified representation expenses incurred by the Executive Secretary in the performance of his/her duties within the limits prescribed annually in the budget.

Regulation 6

Recruitment and appointment

6.1 In accordance with Article 3 of Measure 1 (2003), the ATCM shall appoint an Executive Secretary and shall establish the remuneration and such other entitlements

classe à laquelle ils sont nommés. Les membres du personnel demeurent dans cette classe au moins pendant toute la durée de leur première année d'emploi.

5.5 La promotion du secrétaire exécutif et d'autres membres du personnel d'une classe à une autre requiert l'approbation préalable de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

5.6 Le secrétaire exécutif tente de prendre les dispositions nécessaires pour que tous les membres du personnel dans la catégorie des cadres assujettis à l'impôt sur le revenu, dans son pays, soient remboursés de cet impôt. De telles dispositions sont prises uniquement au cas où les coûts directs de remboursement sont payés par le pays d'origine du membre du personnel. Les membres du personnel de la catégorie des services généraux sont responsables du paiement de l'impôt sur le revenu qui frappe leurs salaires dans leur pays d'origine.

5.7 Les membres du personnel peuvent gravir chaque année des échelons sous réserve qu'ils aient bien rempli leurs fonctions. Cette progression cesse une fois que le fonctionnaire atteint l'échelon le plus élevé de sa classe.

5.8 Uniquement dans des cas exceptionnels, sur proposition du secrétaire exécutif et avec l'accord de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique, les membres du personnel de la catégorie des cadres peuvent recevoir un traitement plus élevé que celui applicable à l'échelon 1 de la classe concernée.

5.9 Les membres du personnel de la catégorie des cadres n'ont droit ni à des heures supplémentaires ni à des congés de compensation.

5.10 Les membres du personnel appartenant à la catégorie des services généraux qui doivent travailler plus de 40 heures par semaine ont droit à:

- a) des congés de compensation équivalents aux heures de travail supplémentaires effectuées; ou
- b) une rémunération par heure supplémentaire ouverte, calculée au taux d'une fois et demie l'heure ou si les heures supplémentaires sont travaillées un dimanche ou l'un des jours fériés visés à l'article 7.8, au double de l'heure normale.

5.11 La Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique règle les frais de représentation dûment justifiés qu'aura encourus le secrétaire exécutif dans l'exercice de ses fonctions, dans les limites fixées chaque année par le budget.

Article 6

Recrutement et nomination

6.1 Conformément à l'article 3 de la mesure 1 (2003), la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique nomme un secrétaire exécutif et fixe la rémunération

Besoldungsgruppe, in die sie ernannt worden sind. In dieser Besoldungsgruppe bleiben sie wenigstens im ersten Jahr ihrer Beschäftigung.

5.5 Die Beförderung des Exekutivsekretärs und anderer Mitarbeiter von einer Besoldungsgruppe in eine andere bedarf der vorherigen Genehmigung der Konsultativtagung.

5.6 Der Exekutivsekretär bemüht sich um Regelungen, damit Mitarbeitern in der Laufbahngruppe des höheren Dienstes, deren Gehälter in ihren Heimatländern der Einkommensteuer unterliegen, die Steuer erstattet wird. Diese Regelungen werden nur auf der Grundlage getroffen, dass die direkten Kosten der Erstattung vom Heimatland des Mitarbeiters getragen werden. Mitarbeiter in der Laufbahngruppe des allgemeinen Dienstes sind zur Zahlung der Einkommensteuer verpflichtet, die in ihren Heimatländern auf ihre Gehälter erhoben wird.

5.7 Die Mitarbeiter steigen bei zufriedenstellender Erfüllung ihrer Aufgaben jährlich in die nächsthöhere Dienstaltersstufe auf. Der Aufstieg endet, wenn der Mitarbeiter die höchste Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe erreicht hat.

5.8 Nur in ganz besonderen Fällen darf ein Mitarbeiter des höheren Dienstes auf Vorschlag des Exekutivsekretärs und mit Zustimmung der Konsultativtagung mit einem höheren Gehalt als dem der Dienstaltersstufe 1 der betreffenden Besoldungsgruppe eingestellt werden.

5.9 Die Mitarbeiter der Laufbahngruppe des höheren Dienstes haben keinen Anspruch auf Überstundenbezahlung oder Freizeitausgleich.

5.10 Die Mitarbeiter der Laufbahngruppe des allgemeinen Dienstes, die in einer Woche mehr als 40 Stunden arbeiten müssen, erhalten folgenden Ausgleich:

- a) Freizeitausgleich in Höhe der geleisteten Überstunden oder
- b) eine Vergütung für jede Überstunde in Höhe des anderthalbfachen Stundensatzes oder, wenn die Mehrarbeit an einem Sonntag oder einem der in Artikel 7.8 aufgeführten Feiertage geleistet wird, in Höhe des doppelten Stundensatzes.

5.11 Die Konsultativtagung erstattet ordnungsgemäß nachgewiesene Repräsentationskosten, die dem Exekutivsekretär in Ausübung seines Amtes entstanden sind, in dem jährlich im Haushalt vorgesehenen Rahmen.

Artikel 6

Einstellung und Ernennung

6.1 In Übereinstimmung mit Artikel 3 der Maßnahme 1 (2003) ernennt die Konsultativtagung einen Exekutivsekretär und setzt dessen Vergütung und sonstige

as it deems appropriate. The Executive Secretary's term of office shall be for four years unless otherwise decided by the ATCM and the Executive Secretary shall be eligible for reappointment for one additional term. The total length of employment may not exceed eight years.

6.2 In accordance with Article 3 of Measure 1 (2003) the Executive Secretary shall appoint, direct, and supervise other staff members. The paramount consideration in the appointment, transfer or promotion of staff members shall be the need to secure the highest standards of efficiency, competence and integrity. Subject to this, due consideration should be given to recruiting Executive staff on as wide a basis as possible from among the nationals of Consultative Parties.

6.3 Upon selection, each staff member shall receive an offer of appointment stating:

- (a) that the appointment is subject to these regulations and to changes which may be made to them from time to time;
- (b) the nature of the appointment including a description of the duties of the position;
- (c) the date on which the staff member is required to commence duty;
- (d) the period of appointment, the notice required to terminate it and the period of probation;
- (e) for executive staff the period of appointment, which shall not exceed four years, and which may be renewed in consultation with the ATCM;
- (f) the category, level, commencing rate of salary and the scale of steps increases and the maximum salary attainable;
- (g) the allowances attached to the appointment;
- (h) any special terms and conditions which may be applicable.

6.4 Together with the offer of appointment, staff members shall be provided with a copy of these Regulations. Upon acceptance of the offer staff members shall state in writing that they are familiar with and accept the conditions set out in these Regulations.

Regulation 7 Leave

7.1 Staff members shall be entitled to 25 days annual leave during each working year of service, or for periods of less than a full calendar year at the rate of two work days for each completed month of service. Annual leave is cumulative, but at the end

et tous autres émoluments qu'elle juge appropriés. La durée du mandat du secrétaire exécutif sera de quatre ans, sauf décision contraire prise par la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique, et le secrétaire exécutif pourra être reconduit dans ses fonctions pour un mandat additionnel. La durée totale du mandat ne peut donc pas dépasser huit ans.

6.2 Conformément à l'article 3 de la mesure 1 (2003), le secrétaire exécutif nomme, dirige et supervise les autres membres du personnel. L'objet principal de la nomination, du transfert ou de la promotion des membres du personnel est la nécessité d'assurer les critères d'efficacité, de compétence et d'intégrité les plus élevés. Le recrutement du personnel sur une base aussi large que possible parmi les ressortissants des Parties consultatives doit être dûment pris en considération.

6.3 Lorsque sa candidature aura été retenue, chaque membre du personnel reçoit une offre d'emploi précisant:

- a) que la nomination est soumise au présent statut ainsi qu'aux modifications qui peuvent être apportées de temps en temps à ce dernier;
- b) la nature de l'emploi, y compris la description des responsabilités inhérentes au poste;
- c) la date à laquelle le membre du personnel est tenu d'entrer en fonctions;
- d) la période d'emploi, le préavis exigé pour le résilier et la période d'essai;
- e) pour les cadres, la durée de l'emploi, qui ne peut être supérieure à quatre ans et peut être reconduite en consultation avec la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.
- f) la catégorie, la classe, le taux de traitement initial et le barème des augmentations de même que le traitement maximum;
- g) les indemnités liées à l'emploi;
- h) toutes les modalités particulières qui peuvent être appliquées.

6.4 Les membres du personnel reçoivent avec l'offre d'emploi une copie du présent statut. Lorsqu'ils acceptent l'offre, ils déclarent par écrit qu'ils ont pris connaissance des conditions énoncées dans le statut et qu'ils les acceptent.

Article 7 Congés

7.1 Les membres du personnel ont droit à un congé annuel de vingt-cinq jours par année de service actif, ou à deux jours pour chaque mois de service travaillé dans le cas de période inférieure à une année civile. Le congé annuel est cumulatif mais,

Zuwendungen fest, die sie für angemessen erachtet. Die Amtszeit des Exekutivsekretärs beträgt vier Jahre, sofern die Konsultativtagung nichts anderes beschließt; der Exekutivsekretär kann für eine weitere Amtszeit wiederernannt werden. Die gesamte Amtszeit darf acht Jahre nicht überschreiten.

6.2 In Übereinstimmung mit Artikel 3 der Maßnahme 1 (2003) ernennt, führt und beaufsichtigt der Exekutivsekretär die anderen Mitarbeiter. Vorrangiges Ziel bei der Ernennung, Versetzung oder Beförderung von Mitarbeitern ist die Notwendigkeit, ein Höchstmaß an Leistung, Befähigung und Ehrenhaftigkeit zu gewährleisten. Mit dieser Maßgabe sollen die Mitarbeiter des höheren Dienstes unter den Staatsangehörigen der Konsultativparteien auf möglichst breiter Grundlage ausgewählt werden.

6.3 Sobald ein Mitarbeiter ausgewählt wurde, erhält er ein Einstellungsangebot, das folgende Angaben enthält:

- a) die Mitteilung, dass die Beschäftigung diesem Statut und den Änderungen unterliegt, die von Zeit zu Zeit daran vorgenommen werden können;
- b) die Art der Beschäftigung einschließlich einer Beschreibung der mit der Stelle zusammenhängenden Aufgaben;
- c) den Tag, an dem der Mitarbeiter den Dienst aufnehmen soll;
- d) die Dauer der Beschäftigung, die zur Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erforderliche Kündigungsfrist und die Probezeit;
- e) für den höheren Dienst die Dauer der Beschäftigung, die vier Jahre nicht überschreiten soll und in Konsultation mit der Konsultativtagung erneuert werden kann;
- f) die Laufbahngruppe, die Besoldungsgruppe, die Eingangsbesoldungsstufe und die Tabelle der Dienstaltersstufenerhöhungen sowie das höchste erreichbare Gehalt;
- g) die mit der Beschäftigung verbundenen Zulagen;
- h) etwaige anzuwendende Sondervorschriften und -bedingungen.

6.4 Mit dem Einstellungsangebot erhält jeder Mitarbeiter eine Ausfertigung dieses Statuts. Nimmt er das Einstellungsangebot an, so bestätigt er schriftlich, dass ihm die in dem Statut aufgeführten Bedingungen bekannt sind und er sie anerkennt.

Artikel 7 Urlaub

7.1 Den Mitarbeitern steht für jedes Dienstjahr ein Jahresurlaub von 25 Tagen zu; bei Dienstzeiten, die kürzer sind als ein volles Kalenderjahr, stehen ihnen zwei Arbeitstage für jeden vollen Dienstmonat zu. Der Jahresurlaub kann angesammelt

of each calendar year, not more than 15 workdays may be carried over to the following year.

7.2 The taking of leave shall not cause undue disruption to normal Secretariat operations. In accordance with this principle, leave dates shall be subject to the needs of the ATCM. Leave dates shall be approved by the Executive Secretary who shall, as far as possible, bear in mind the personal circumstances, needs and preferences of staff members.

7.3 Annual leave may be taken in one or more periods.

7.4 Any absence not approved within the terms of these Regulations shall be deducted from annual leave.

7.5 Staff members who, upon termination of their appointment, have accumulated annual leave which has not been taken shall receive the cash equivalent estimated on the basis of the last salary received to a limit of 30 days.

7.6 After 18 months of service the Secretariat shall, in accordance with Regulations 9.3 and 9.4, pay fares to the staff member's home country on annual leave for internationally recruited staff members and their dependents. Following this, home leave fares shall be granted at two-year intervals provided that:

- (a) dependants who benefit from this grant have resided at Buenos Aires for at least 6 months prior to travel;
- (b) it is expected that staff members will return to the Secretariat to continue rendering their services for a minimum additional period of 6 months.

7.7 The possibility of combining travel to home country on leave with official travel in Secretariat service may also be considered provided the functions of the Secretariat are not disadvantaged.

7.8 Staff shall be entitled to the holidays celebrated traditionally in Buenos Aires, i.e.:

Fixed Holidays

1 January	New Year's Day
	Holy Thursday
	Good Friday
	Easter Sunday
1 May	National Holiday
25 May	National Holiday
9 July	National Holiday
8 December	Immaculate Conception
25 December	Christmas Day

à la fin de chaque année civile, un maximum de 15 jours ouvrables peut être reporté à l'année suivante.

7.2 La période de congé ne doit causer aucune interruption des activités normales du secrétariat. Conformément à ce principe, les dates de congé sont sujettes aux besoins de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique. Elles doivent être approuvées par le secrétaire exécutif qui, dans la mesure du possible, prend en compte la situation particulière, les besoins et les préférences des membres.

7.3 Les congés annuels peuvent être pris en une ou plusieurs fois.

7.4 Toute absence qui n'a pas été approuvée aux termes du présent statut est déduite des congés annuels.

7.5 Les membres du personnel qui, une fois terminé leur emploi, ont accumulé des congés annuels qu'ils n'ont pas pris, reçoivent la contrevalet en espèces qui aura été calculée sur la base du dernier traitement reçu sans dépasser 30 jours.

7.6 Après 18 mois de service, le secrétariat, conformément aux articles 9.3 et 9.4, prend en charge le billets d'avion pour le retour au pays d'origine du membre du personnel en congé dans leur foyer, et ce pour les membres recrutés internationalement et pour leurs personnes à charge. Ensuite, ce billet d'avion sont octroyés tous les deux ans à condition que:

- a) les personnes à charge qui bénéficient de ce droit ont vécu à Buenos Aires pendant six mois au moins avant le voyage;
- b) les membres du personnel reprennent normalement leurs fonctions au secrétariat pour une période additionnelle de 6 mois au moins.

7.7 La possibilité de combiner le congé dans le pays d'origine avec un voyage officiel au service du secrétariat peut également être envisagée sous réserve que les fonctions du secrétariat n'en souffrent pas.

7.8 Le personnel a droit aux jours fériés observés par tradition à Buenos Aires, à savoir:

Jours fériés fixes

1 ^{er} janvier	Jour du Nouvel An
	Jeudi saint
	Vendredi saint
	Dimanche de Pâques
1 ^{er} mai	Fête nationale
25 mai	Fête nationale
9 juillet	Fête nationale
8 décembre	Immaculée Conception
25 décembre	Noël

werden; am Ende eines Kalenderjahrs dürfen jedoch nicht mehr als 15 Arbeitstage ins folgende Jahr übertragen werden.

7.2 Die Inanspruchnahme von Urlaub darf den normalen Sekretariatsbetrieb nicht übermäßig unterbrechen. Im Sinne dieses Grundsatzes richten sich die Urlaubszeiten nach den Bedürfnissen der Konsultativtagung. Die Urlaubszeiten müssen vom Exekutivsekretär genehmigt werden, der die persönlichen Umstände, Bedürfnisse und Vorlieben der Mitarbeiter so weit wie möglich berücksichtigt.

7.3 Der Jahresurlaub kann auf einmal oder in mehreren Abschnitten genommen werden.

7.4 Jede Abwesenheit, die nicht im Rahmen dieses Statuts genehmigt wurde, wird vom Jahresurlaub abgezogen.

7.5 Mitarbeiter, die bei Beendigung ihrer Beschäftigung einen Teil ihres Jahresurlaubs angesammelt und noch nicht genommen haben, erhalten für höchstens 30 Tage eine Ausgleichszahlung, die auf der Grundlage des zuletzt bezogenen Gehalts berechnet wird.

7.6 Nach einer Dienstzeit von 18 Monaten übernimmt das Sekretariat im Einklang mit Artikel 9.3 und 9.4 für die auf internationaler Grundlage ausgewählten Mitarbeiter und ihre unterhaltsberechtigten Familienangehörigen die Reisekosten für den Jahresurlaub in ihre Heimatländer. Danach werden die Reisekosten für den Heimaturlaub alle zwei Jahre erstattet, sofern

- a) die Familienangehörigen, die in den Genuss dieser Reisekostenerstattung kommen, sich vor Reiseantritt mindestens 6 Monate in Buenos Aires aufgehalten haben;
- b) zu erwarten ist, dass die Mitarbeiter nach ihrer Rückkehr mindestens weitere 6 Monate im Sekretariat ihren Dienst versehen.

7.7 Die Möglichkeit, eine Heimaturlaubsreise mit einer Dienstreise für das Sekretariat zu verbinden, kann ebenfalls in Betracht gezogen werden, allerdings dürfen die Aufgaben für das Sekretariat dadurch nicht beeinträchtigt werden.

7.8 Das Personal hat Anspruch auf die Feiertage, die üblicherweise in Buenos Aires begangen werden, nämlich

feste Feiertage

1. Januar	Neujahr
	Gründonnerstag
	Karfreitag
	Ostersonntag
1. Mai	gesetzlicher Feiertag
25. Mai	gesetzlicher Feiertag
9. Juli	gesetzlicher Feiertag
8. Dezember	Mariä Empfängnis
25. Dezember	Weihnachten

Moveable Holidays

2 April	National Holiday
20 June	National Holiday
17 August	National Holiday
12 October	National Holiday

7.9 If under special circumstances members of the staff are required to work on one of the aforementioned days, or if any one of the above holidays falls on a Saturday or Sunday, the holiday shall be observed on another day to be set by the Executive Secretary, who shall take into account the efficient functioning of the Secretariat.

Jours fériés mobiles

2 avril	Fête nationale
20 juin	Fête nationale
17 août	Fête nationale
12 octobre	Fête nationale

7.9 Si, dans des circonstances particulières, les membres du personnel sont tenus de travailler à l'une des dates susmentionnées ou si l'un des jours fériés ci-dessus tombe un samedi ou un dimanche, ce jour est observé un autre jour à une date que fixe le secrétaire exécutif, lequel prend en compte le bon fonctionnement du secrétariat.

bewegliche Feiertage

2. April	gesetzlicher Feiertag
20. Juni	gesetzlicher Feiertag
17. August	gesetzlicher Feiertag
12. Oktober	gesetzlicher Feiertag

7.9 Müssen Mitarbeiter unter besonderen Umständen an einem der genannten Tage arbeiten, oder fällt einer der oben genannten Feiertage auf einen Sonnabend oder Sonntag, so wird der Feiertag an einem anderen Tag begangen, der vom Exekutivsekretär unter Berücksichtigung der reibungslosen Arbeit des Sekretariats festgelegt wird.

Regulation 8

Social security

8.1 It is a condition of employment that each staff member will contribute to a recognised retirement fund and have adequate medical, hospital, life and disability insurance cover to the satisfaction of the Executive Secretary. Such insurance cover shall include adequate provision for dependents. Staff members shall be responsible for the full payment of contributions to their retirement fund and insurance premiums.

8.2 Staff members shall not be granted sick leave for a period of more than three consecutive days and more than a total of seven working days in any calendar year without producing a medical certificate.

8.3

(a) Staff members shall be granted certified sick leave not exceeding 12 months in any four consecutive years. The first six months shall be on full salary and the second six months on half salary, except that no more than four months on full salary shall normally be granted in any period of 12 consecutive months.

(b) In the event of long term sickness, which prevents a staff member from continuing in their position with the Secretariat, the staff member and dependents shall be entitled to return travel and removal expenses to country of origin or former residence at the expense of the Secretariat.

8.4 After six months of employment in the Secretariat staff members shall be entitled to maternity leave. On the basis of medical advice that the confinement will probably take place within six weeks, staff members shall be entitled to be absent from duty until eight weeks after confinement. During this period staff members

Article 8

Sécurité sociale

8.1 L'une des conditions d'emploi exige que chaque membre du personnel cotise à une caisse de retraite reconnue et prenne des dispositions personnelles pour couvrir les assurances maladie, hospitalisation, vie et invalidité, à la satisfaction du secrétaire exécutif. Ces assurances devront comporter des dispositions adéquates pour couvrir les personnes à charge. Les membres du personnel prennent en charge la totalité du versement des cotisations à la caisse des pensions et des primes d'assurance.

8.2 Il n'est pas accordé aux membres du personnel un congé de maladie de plus de 3 jours consécutifs ou de plus de 7 jours ouvrables pendant une année civile s'ils ne présentent pas un certificat médical à cet effet.

8.3

a) Les membres du personnel ont droit, sur présentation d'un certificat, à un congé de maladie ne dépassant pas 12 mois pendant 4 années consécutives. Ils perçoivent leur traitement complet pendant les six premiers mois et la moitié du traitement pendant les six derniers mois, étant entendu que le traitement total n'est normalement versé que pendant un maximum de 4 mois sur une période de 12 mois consécutifs.

b) Au cas où il souffrirait d'une longue maladie, qui l'empêche de conserver son poste au sein du secrétariat, le membre du personnel et ses personnes à charge ont droit aux frais de voyage de retour et de déménagement au pays d'origine ou à l'ancien lieu de résidence, que prend en charge le secrétariat.

8.4 Après six mois de service au secrétariat, les membres du personnel ont droit à un congé de maternité. Sur avis médical attestant que la naissance aura probablement lieu dans les six semaines, les membres du personnel ont le droit de s'absenter de leur poste jusqu'à huit semaines après la naissance. Pendant cette période,

Artikel 8

Soziale Sicherheit

8.1 Zu den Bedingungen für die Einstellung gehört, dass jeder Mitarbeiter in eine anerkannte Rentenkasse einzahlt und entsprechend den Anforderungen des Exekutivsekretärs eine angemessene Kranken-, Krankenhaus-, Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherung abschließt. Diese Versicherungen müssen ausreichenden Schutz für die Unterhaltsberechtigten einschließen. Die Mitarbeiter haben alle Renten- und sonstigen Versicherungsbeiträge in voller Höhe selbst zu zahlen.

8.2 Die Mitarbeiter dürfen ohne Vorlage eines ärztlichen Attests nur bis zu drei aufeinander folgenden Tagen oder innerhalb eines Kalenderjahrs nur insgesamt sieben Arbeitstage krankheitsbedingt fehlen.

8.3

a) Die Mitarbeiter dürfen bei Vorlage eines ärztlichen Attests innerhalb von vier aufeinander folgenden Jahren höchstens 12 Monate krankheitsbedingt fehlen. In den ersten sechs Monaten erhält der Mitarbeiter sein volles, in den zweiten sechs Monaten die Hälfte seines Gehalts; allerdings wird innerhalb von 12 aufeinander folgenden Monaten normalerweise das volle Gehalt höchstens 4 Monate lang gezahlt.

b) Im Fall einer lang andauernden Krankheit, die es einem Mitarbeiter unmöglich macht, weiter für das Sekretariat zu arbeiten, haben der Mitarbeiter und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen gegenüber dem Sekretariat Anspruch auf Erstattung der Reise- und Umzugskosten in das Herkunftsland des Mitarbeiters oder den Staat seines früheren ständigen Aufenthalts.

8.4 Nach einer Beschäftigungsdauer von sechs Monaten im Sekretariat haben Mitarbeiterinnen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub. Eine Mitarbeiterin kann ab sechs Wochen vor dem vom Arzt errechneten mutmaßlichen Tag der Niederkunft bis acht Wochen nach der Niederkunft dem Dienst fernbleiben. Während dieser

shall receive full pay and corresponding allowances.

8.5 In the event of death of a staff member following illness or surgery not resulting from an accident covered by the appropriate insurance, the right to salary, allowances and other corresponding benefits shall cease on the day on which death occurs, unless the deceased leaves dependents, in which case these shall be entitled to mortality allowances and return travel and removal expenses to their country of origin or former residence at the expense of the Secretariat.

8.6 Eligibility of the dependents of a deceased staff member for the payment of return travel and removal expenses shall lapse if the travel is not undertaken within six months of the date of the staff member's death.

8.7 The above mortality allowance for death shall be calculated in accordance with the following scale:

les membres du personnel reçoivent leur salaire normal et les indemnités auxquelles ils ont droit.

8.5 En cas de décès d'un membre du personnel à la suite d'une maladie ou d'une opération chirurgicale ne résultant pas d'un accident couvert par l'assurance appropriée, le droit au traitement, aux indemnités et autres avantages correspondants vient à expiration le jour même du décès à moins que le défunt ne laisse des personnes à charge, cas dans lequel celles-ci ont droit à des indemnités de décès ainsi qu'aux frais de voyage de retour et de déménagement au pays d'origine ou à l'ancien lieu de résidence que prendra en charge le secrétariat.

8.6 Le droit des personnes à charge d'un membre du personnel défunt au paiement des frais de voyage de retour et de déménagement vient à expiration si le voyage n'est pas entrepris dans les six mois qui suivent la date de son décès.

8.7 L'indemnité de décès susmentionnée est calculée sur la base du barème suivant:

Years of Service	Months of Gross Salary Following Death
Less than 3 years	3 months
3 years and more, but less than 7 years	4 months
7 years and more, but less than 9 years	5 months
9 years and more	6 months
Années de service	Mois de rémunération brute au moment du décès
Moins de 3 ans	3 mois
3 ans et plus mais moins de 7 ans	4 mois
7 ans et plus mais moins de 9 ans	5 mois
9 ans et plus	6 mois
Dienstjahre	Bezugsdauer des Bruttogehalts in Monaten nach dem Tod
weniger als 3 Jahre	3 Monate
3 Jahre und länger, aber weniger als 7 Jahre	4 Monate
7 Jahre und länger, aber weniger als 9 Jahre	5 Monate
9 Jahre und länger	6 Monate

8.8 The Secretariat shall pay for customary and reasonable expenses for shipment of the staff member's body from the place of death to the place designated by the next of kin.

8.8 Le secrétariat prend en charge, dans une limite raisonnable, les frais habituels de rapatriement du corps du membre du personnel, du lieu où il est décédé au lieu désigné par le parent le plus proche.

Zeit erhält die Mitarbeiterin ihr volles Gehalt und die dazugehörigen Zulagen.

8.5 Stirbt ein Mitarbeiter infolge einer Krankheit oder Operation, die nicht auf einen Unfall zurückgeht, der von der entsprechenden Versicherung abgedeckt ist, so enden die Ansprüche auf Gehalt, Zulagen und sonstige damit zusammenhängende Vorteile am Tag des Todes, es sei denn, der Verstorbene hinterlässt unterhaltsberechtigten Familienangehörige; in diesem Fall haben diese gegenüber dem Sekretariat Anspruch auf Sterbegeld sowie Erstattung der Rückreise- und Umzugskosten in ihr Herkunftsland oder in den Staat ihres früheren ständigen Aufenthalts.

8.6 Der Anspruch der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen eines verstorbenen Mitarbeiters auf Zahlung der Rückreise und des Umzugs erlischt, wenn die Reise nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Todestag des Mitarbeiters angetreten wird.

8.7 Das oben genannte Sterbegeld wird nach folgendem Schlüssel berechnet:

8.8 Das Sekretariat erstattet in üblichem und angemessenem Umfang die Kosten für die Überführung des Leichnams des Mitarbeiters vom Sterbeort bis zu dem von den nächsten Angehörigen bezeichneten Ort.

Regulation 9

Travel

9.1 Staff members may be required to undertake travel, including international travel, on behalf of the Secretariat. All official travel shall be authorised by the Executive Secretary in advance within the limits of the budget, and the itinerary and travelling conditions shall be those best suited

Article 9

Voyages

9.1 Les membres du personnel peuvent être appelés à effectuer des voyages, y compris des voyages internationaux, pour le compte du secrétariat. Tout voyage officiel est autorisé au préalable par le secrétaire exécutif dans le cadre des limites du budget, et l'itinéraire ainsi que les condi-

Artikel 9

Dienstreisen

9.1 Von Mitarbeitern kann verlangt werden, dass sie im Auftrag des Sekretariats Dienstreisen, auch Auslandsdienstreisen, unternehmen. Jede Dienstreise wird im Voraus vom Exekutivsekretär im Rahmen des Haushalts bewilligt; die Reiseroute und die Reisebedingungen sind so zu

for maximum effectiveness in the fulfilment of duties assigned.

9.2 With regard to official travel, a reasonable travel allowance shall be paid in advance for accommodation and daily living expenses.

9.3 Economy class shall be utilised, wherever feasible, for air travel. For journeys over nine hours in flying time, business class may be utilised.

9.4 First class may be utilised for land travel, but not for travel by sea or air.

9.5 Following completion of a journey for official purposes, staff members shall repay any travel allowances to which, in the event, they were not entitled. Where staff members have incurred expenses above and beyond those for which travel allowances have been paid, they shall be reimbursed, against receipts and vouchers, as long as such expenses were necessarily incurred in pursuit of their official duties.

9.6 On taking up an appointment in the Executive Category staff members shall be eligible for:

- (a) payment of air fares (or equivalent) and travel allowance for themselves, their spouses and dependents to Buenos Aires;
- (b) payment of removal costs, including the shipment of personal effects and household goods from place of residence to Buenos Aires, subject to a maximum volume of 30 cubic metres or one international standard shipping container;
- (c) payment or reimbursement of sundry other reasonable expenses related to relocation, including insurance of goods in transit and excess baggage charges. Such payments shall be subject to prior approval by the Executive Secretary.

9.7 Staff members who, in the course of their duty, are required to use private motor vehicles for official travel purposes shall, with the prior authorisation of the Executive Secretary, be entitled to receive a reimbursement of the reasonable costs involved. The costs associated with normal daily travel to and from the place of work shall not be reimbursed.

Regulation 10

Separation from service

10.1 Staff members may resign at any time upon giving three months notice

tions relatives aux voyages sont arrêtés en vue d'une efficacité maximum dans l'accomplissement des fonctions attribuées.

9.2 En ce qui concerne les déplacements officiels, une indemnité de voyage raisonnable est payée à l'avance pour couvrir les frais d'hébergement et de séjour quotidien.

9.3 Les voyages en avion sont dans toute la mesure du possible effectués en classe touriste. Pour les voyages d'une durée supérieure à 9 heures, la classe affaires peut être utilisée.

9.4 La première classe peut être utilisée pour les voyages par la route mais pas pour les voyages en avion ou en bateau.

9.5 Après un voyage en mission, les membres du personnel remboursent toutes les indemnités de voyage auxquels ils n'auraient pas eu droit. Lorsqu'ils ont encouru des dépenses en sus de celles pour lesquelles des indemnités de voyage ont été payées, les membres du personnel sont remboursés sur présentation des reçus et des pièces justificatives dans la mesure où ces dépenses ont été encourues dans l'exercice de leurs fonctions officielles.

9.6 En acceptant un poste de cadre, les membres du personnel ont droit aux avantages suivants:

- a) le règlement des frais de billet d'avion (ou son équivalent) et le versement d'une indemnité de voyage pour eux-mêmes, leurs conjoints et leurs personnes à charge jusqu'à Buenos Aires;
- b) le paiement des frais de déménagement, y compris l'expédition des effets personnels et des biens d'équipement ménager du lieu de résidence à Buenos Aires, à hauteur d'un volume maximum de 30 mètres cubes ou d'un conteneur maritime type international;
- c) le paiement ou le remboursement d'autres dépenses diverses relatives à la réinstallation, y compris l'assurance des biens en transit et les frais d'excédent de bagages. Ces paiements sont soumis à l'approbation au préalable du secrétaire exécutif.

9.7 Avec l'autorisation préalable du secrétaire exécutif, les membres du personnel qui, dans l'exercice de leurs fonctions, se servent de leurs véhicules particuliers pour des voyages officiels, ont droit au remboursement des frais raisonnables encourus. Les frais occasionnés par les voyages quotidiens habituels entre le domicile et le lieu de travail ne sont pas remboursés.

Article 10

Cessation de service

10.1 Les membres du personnel peuvent démissionner à tout moment, en donnant

wählen, dass für die Erfüllung der zugewiesenen Dienstpflichten ein Höchstmaß an Leistung erbracht wird.

9.2 Für Dienstreisen wird ein angemessener Reisekostenvorschuss für Unterkunft und Tagegeld gezahlt.

9.3 Bei Flugreisen ist, soweit möglich, die Touristenklasse zu benutzen. Bei Reisen mit einer Flugdauer von mehr als neun Stunden darf die Businessclass benutzt werden.

9.4 Bei Reisen auf dem Landweg darf die erste Klasse benutzt werden, nicht jedoch bei Reisen auf dem See- oder Luftweg.

9.5 Nach Beendigung einer Dienstreise zahlt der Mitarbeiter die Reisekosten zurück, auf die er keinen Anspruch hatte. Sind einem Mitarbeiter Kosten entstanden, die den gezahlten Reisekostenvorschuss übersteigen, so werden sie gegen Vorlage von Quittungen und Belegen erstattet, soweit diese Kosten notwendigerweise in Ausübung von Dienstpflichten entstanden sind.

9.6 Bei Aufnahme einer Beschäftigung in der Laufbahngruppe des höheren Dienstes haben die Mitarbeiter Anspruch auf

- a) Bezahlung der Flugkosten (oder entsprechender Reisekosten) und Reisetagegelder für sich selbst, ihre Ehepartner und ihre unterhaltsberechtigten Familienangehörigen auf dem Hinweg nach Buenos Aires;
- b) Bezahlung der Umzugskosten einschließlich des Transports ihrer persönlichen Habe und Haushaltsgegenstände von ihrem Wohnort nach Buenos Aires bis zu einem Höchstvolumen von 30 Kubikmetern oder einem Container der internationalen Normgröße;
- c) Bezahlung oder Erstattung diverser anderer Kosten im Zusammenhang mit dem Umzug, einschließlich der Versicherung von Transitwaren und Gebühren für Übergewicht des Gepäcks. Solche Zahlungen bedürfen der vorherigen Genehmigung des Exekutivsekretärs.

9.7 Mitarbeiter, die in Ausübung ihres Dienstes private Kraftfahrzeuge für Dienstreisen benutzen müssen, haben mit vorheriger Genehmigung des Exekutivsekretärs Anspruch auf Erstattung der dabei entstandenen Kosten in angemessenem Umfang. Die Kosten der täglichen Fahrt zum Arbeitsplatz und zurück werden nicht erstattet.

Artikel 10

Beendigung des Dienstverhältnisses

10.1 Die Mitarbeiter können jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von

or such lesser period as may be approved by the Executive Secretary (in the case of staff other than the Executive Secretary) or the ATCM (in the case of the Executive Secretary).

10.2 In the event of a staff member resigning without giving the required notice the Executive Secretary (in the case of staff members other than the Executive Secretary) or the ATCM (in the case of the Executive Secretary) reserves the right to decide whether repatriation expenses or any other allowance shall be paid.

10.3 Appointment of staff members may be terminated upon prior written notice at least three months in advance, by the Executive Secretary (and in the case of the Executive Secretary by the ATCM) when this is deemed to be for the benefit of the efficient functioning of the Secretariat due to restructuring of the Secretariat or if it is considered that the staff member does not give satisfactory service, fails to comply with the duties and obligations set out in these Regulations, or is incapacitated for service.

10.4 In the event of separation from service with the Secretariat, executive staff members shall be compensated at a rate of one month base pay for each year of service, beginning the second year, unless the cause of termination has been gross dereliction of duties imposed in Regulation 2.

10.5 In the event of involuntary termination of the appointment of a general staff member, he/she shall be paid the outstanding amount of his/her appointment except when the Executive Secretary considers that the staff member has not given satisfactory service, fails to comply with the duties and obligations set out in these Regulations, or is incapacitated for service.

10.6 On separation from service, an executive staff member shall be entitled to the following:

- (a) payment of economy class air fares (or equivalent) to the staff member's country of origin or former residence, for the staff member and dependent members of his/her family; and
- (b) payment of removal costs, including the shipment of personal effects and household goods from place of residence in Buenos Aires to the country of origin or former residence, subject to a

trois mois de préavis, ou un préavis moins long avec l'accord du secrétaire exécutif (dans le cas des membres du personnel autres que le secrétaire exécutif) ou de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique (dans le cas du secrétaire exécutif).

10.2 Si un membre du personnel démissionne sans donner le préavis exigé, le secrétaire exécutif (dans le cas d'un membre du personnel autre que le secrétaire exécutif) ou la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique (dans le cas du secrétaire exécutif) se réserve le droit de décider si les frais de rapatriement ou toute autre indemnité sont payés.

10.3 Le secrétaire exécutif (la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique dans le cas du secrétaire exécutif) peut résilier le contrat de membres du personnel sur préavis par écrit d'au moins trois mois lorsqu'il estime que cette mesure est dans l'intérêt du bon fonctionnement du secrétariat en raison de la restructuration du secrétariat ou s'il considère que les services rendus par le membre du personnel en question ne sont pas satisfaisants, qu'il ne remplit pas les devoirs et obligations stipulés dans le présent statut, ou qu'il est dans l'incapacité de travailler.

10.4 En cas de cessation de service avec le secrétariat, les membres du personnel reçoivent une indemnité équivalente à un mois de salaire de base par année de service, calculée à partir de la seconde année, à moins que la raison du licenciement n'ait été un manquement grave aux devoirs stipulés par l'article 2.

10.5 En cas de cessation de service involontaire d'un membre de la catégorie des services généraux, il/elle reçoit l'encours du montant de son contrat sauf lorsque le secrétaire exécutif estime que ledit membre n'a pas fourni un service satisfaisant, ne s'est pas acquitté de ses devoirs et de ses obligations aux termes du présent statut ou qu'il est incapable de travailler.

10.6 Lorsqu'il quitte son emploi, un membre du personnel de la catégorie des cadres aura droit aux avantages suivants:

- a) le paiement du billet d'avion en classe touriste (ou son équivalent) à destination du pays d'origine ou de l'ancien lieu de résidence du membre du personnel et des personnes de sa famille à sa charge;
- b) le paiement des frais de déménagement, y compris l'expédition des effets personnels et des biens d'équipement ménager du lieu de résidence à Buenos Aires jusqu'au pays d'origine ou à

drei Monaten oder einer (im Fall von Mitarbeitern außer dem Exekutivsekretär) vom Exekutivsekretär oder (im Fall des Exekutivsekretärs) von der Konsultativtagung genehmigten kürzeren Frist kündigen.

10.2 Kündigt ein Mitarbeiter, ohne die erforderliche Kündigungsfrist einzuhalten, so behält sich (im Fall von Mitarbeitern außer dem Exekutivsekretär) der Exekutivsekretär oder (im Fall des Exekutivsekretärs) die Konsultativtagung das Recht vor, zu entscheiden, ob die Heimkehrbeihilfe oder sonstige Zuschüsse bezahlt werden.

10.3 Der Exekutivsekretär (oder, im Fall des Exekutivsekretärs, die Konsultativtagung) kann das Dienstverhältnis eines Mitarbeiters unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten schriftlich kündigen, wenn dies wegen der Umstrukturierung des Sekretariats für die reibungslose Arbeit des Sekretariats von Vorteil zu sein scheint, oder wenn die Auffassung besteht, dass der von dem betreffenden Mitarbeiter geleistete Dienst nicht zufrieden stellend ist, dass er seinen in diesem Statut dargelegten Aufgaben und Pflichten nicht nachkommt oder dass er dienstunfähig geworden ist.

10.4 Bei Beendigung ihres Dienstverhältnisses mit dem Sekretariat erhalten die Mitarbeiter der Laufbahngruppe des Höheren Dienstes vom zweiten Dienstjahr an eine Abfindung in Höhe eines Monatsgrundgehalts je Dienstjahr, sofern nicht grobe Verletzung der in Artikel 2 auferlegten Pflichten der Grund für die Beendigung gewesen ist.

10.5 Bei unfreiwilliger Beendigung des Dienstverhältnisses eines Mitarbeiters der Laufbahngruppe des allgemeinen Dienstes wird ihm oder ihr die Restforderung aus dem Dienstverhältnis ausbezahlt, es sei denn, der Exekutivsekretär ist der Auffassung, dass der von dem Mitarbeiter geleistete Dienst nicht zufrieden stellend ist, dass er seinen in diesem Statut dargelegten Aufgaben und Pflichten nicht nachkommt oder dass er dienstunfähig geworden ist.

10.6 Beim Ausscheiden aus dem Dienst hat ein Mitarbeiter der Laufbahngruppe des höheren Dienstes Anspruch auf folgende Leistungen:

- a) Bezahlung der Flugkosten in der Touristenklasse (oder einer entsprechenden Klasse) in das Herkunftsland des Mitarbeiters oder in den Staat seines früheren ständigen Aufenthalts für den Mitarbeiter selbst und seine oder ihre unterhaltsberechtigten Familienangehörigen und
- b) Bezahlung der Umzugskosten einschließlich des Transports der persönlichen Habe und Haushaltsgegenstände vom Wohnsitz in Buenos Aires ins Herkunftsland oder den Staat des frü-

maximum volume of 30 cubic metres or one international shipping container.

l'ancien lieu de résidence, à hauteur d'un volume maximum de 30 mètres cubes ou d'un conteneur maritime conforme aux normes internationales.

heren ständigen Aufenthalts bis zu einem Höchstvolumen von 30 Kubikmetern oder einem Container der internationalen Normgröße.

Regulation 11

Temporary personnel under contract

11.1 The Executive Secretary may contract temporary personnel necessary to discharge special duties of a short term nature in the service of the Secretariat. Short term shall be defined as a contract lasting less than six months. Such personnel shall be classified as additional help and may be paid on an hourly basis.

11.2 Persons in this category may include additional translators, interpreters, typists, and other persons contracted for meetings, as well as those whom the Executive Secretary contracts for a specific task.

Regulation 12

Application and amendment of Regulations

12.1 Any doubts arising from application of these Regulations shall be resolved by the Executive Secretary following consultation with the ATCM.

12.2 All matters not foreseen in these Regulations shall be brought to the attention of the ATCM by the Executive Secretary.

12.3 These Regulations including the schedules may be amended by a Decision of the ATCM.

Article 11

Personnel temporaire sous contrat

11.1 Le secrétaire exécutif peut embaucher le personnel nécessaire pour remplir des tâches spécifiques de courte durée au service du secrétariat. Par contrat de courte durée, on entend un contrat d'une durée de moins de six mois. Ce personnel sera considéré comme une aide additionnelle et peut être payé à l'heure.

11.2 Peuvent relever de cette catégorie les traducteurs, les interprètes, les mécanographes et autres personnes additionnelles embauchés pour des réunions ainsi que ceux que le secrétaire exécutif a embauchés pour remplir une tâche spécifique.

Article 12

Règles régissant l'application du statut et son amendement

12.1 Tous les doutes émanant de l'application du présent statut sont réglés par le secrétaire exécutif après consultation avec la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

12.2 Le secrétaire exécutif appelle l'attention de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique sur toutes les questions dont ne fait pas mention le présent statut du personnel.

12.3 Le présent statut, y compris ses appendices, peut être amendé par décision de la Réunion consultative du Traité sur l'Antarctique.

Artikel 11

Vertragspersonal auf Zeit

11.1 Der Exekutivsekretär kann Personal auf Zeit einstellen, das für die Wahrnehmung besonderer kurzfristiger Aufgaben im Dienst des Sekretariats erforderlich ist. Mit kurzfristig wird ein Vertrag mit einer Laufzeit von weniger als sechs Monaten bezeichnet. Dieses Personal wird als zusätzliche Hilfskraft eingestuft und kann stundenweise bezahlt werden.

11.2 Zu den Personen dieser Gruppe können zusätzliche Übersetzer, Dolmetscher, Schreibkräfte und andere für Tagungen eingestellte Personen sowie weitere Personen gehören, die der Exekutivsekretär für eine besondere Aufgabe einstellt.

Artikel 12

Anwendung und Änderung des Statuts

12.1 Jede Frage, die sich aus der Anwendung dieses Statuts ergibt, wird vom Exekutivsekretär nach Konsultation mit der Konsultativtagung entschieden.

12.2 Der Exekutivsekretär trägt alle Themen, die in diesem Statut nicht vorgesehen sind, der Konsultativtagung vor.

12.3 Dieses Statut einschließlich der Anhänge kann durch einen Beschluss der Konsultativtagung geändert werden.

Schedule A
Salary scale for the executive staff category
of the Secretariat of the Antarctic Treaty
(United States dollars)

Level		Steps														
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV
1	A	88 762	90 414	92 065	93 717	95 369	97 020	98 672	100 324	101 975						
1	B	110 952	113 017	115 081	117 146	119 211	121 275	123 340	125 405	127 469						
2	A	74 743	76 149	77 554	78 959	80 364	81 769	83 174	84 580	85 985	87 390	88 795	90 200	91 606		
2	B	93 429	95 186	96 942	98 699	100 455	102 211	103 967	105 725	107 481	109 237	110 994	112 750	114 507		
3	A	62 327	63 683	65 039	66 395	67 751	69 107	70 463	71 819	73 175	74 530	75 886	77 242	78 598	79 954	81 310
3	B	77 909	79 604	81 299	82 994	84 689	86 384	88 079	89 774	91 469	93 162	94 857	96 552	98 247	99 942	101 637
4	A	51 682	52 937	54 194	55 447	56 704	57 958	59 212	60 469	61 725	62 979	64 235	65 489	66 745	68 000	69 255
4	B	64 603	66 171	67 743	69 309	70 880	71 198	74 015	75 586	77 156	78 724	80 294	81 861	83 431	85 000	86 569
5	A	42 849	43 973	45 095	46 218	47 341	48 463	49 586	50 707	51 831	52 954	54 075	55 200			
5	B	53 561	54 966	56 369	57 773	59 176	60 579	61 983	63 384	64 789	66 193	67 594	69 000			
6	A	33 920	35 000	36 078	37 158	38 236	39 315	40 395	41 474	42 551	43 631					
6	B	42 400	43 750	45 098	46 448	47 795	49 144	50 494	51 843	53 189	54 539					

Note: Row B is the base salary (shown in Row A) with an additional 25 % for salary on-costs (retirement fund and insurance premiums, installation and repatriation grants, education allowances etc.) and is the total salary entitlement for executive staff in accordance with Regulation 5.1.

Schedule B
Salary scale for the general staff category
of the Secretariat of the Antarctic Treaty
(United States dollars)

Level		Steps														
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV
1		23 187	24 321	25 455	26 588											
2		22 393	23 438	24 483	25 527											
3		18 660	19 531	20 402	21 273											
4		15 551	16 276	17 002	17 727											
5		12 846	13 446	14 045	14 645											
6		10 530	11 021	11 512	12 004											
7																
8																

Appendice A
Barème des traitements de la catégorie des cadres
du Secrétariat du Traité sur l'Antarctique
(Dollars des Etats-Unis d'Amérique)

Classe		Echelons														
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV
1	A	88 762	90 414	92 065	93 717	95 369	97 020	98 672	100 324	101 975						
1	B	110 952	113 017	115 081	117 146	119 211	121 275	123 340	125 405	127 469						
2	A	74 743	76 149	77 554	78 959	80 364	81 769	83 174	84 580	85 985	87 390	88 795	90 200	91 606		
2	B	93 429	95 186	96 942	98 699	100 455	102 211	103 967	105 725	107 481	109 237	110 994	112 750	114 507		
3	A	62 327	63 683	65 039	66 395	67 751	69 107	70 463	71 819	73 175	74 530	75 886	77 242	78 598	79 954	81 310
3	B	77 909	79 604	81 299	82 994	84 689	86 384	88 079	89 774	91 469	93 162	94 857	96 552	98 247	99 942	101 637
4	A	51 682	52 937	54 194	55 447	56 704	57 958	59 212	60 469	61 725	62 979	64 235	65 489	66 745	68 000	69 255
4	B	64 603	66 171	67 743	69 309	70 880	71 198	74 015	75 586	77 156	78 724	80 294	81 861	83 431	85 000	86 569
5	A	42 849	43 973	45 095	46 218	47 341	48 463	49 586	50 707	51 831	52 954	54 075	55 200			
5	B	53 561	54 966	56 369	57 773	59 176	60 579	61 983	63 384	64 789	66 193	67 594	69 000			
6	A	33 920	35 000	36 078	37 158	38 236	39 315	40 395	41 474	42 551	43 631					
6	B	42 400	43 750	45 098	46 448	47 795	49 144	50 494	51 843	53 189	54 539					

Note. La ligne B, qui donne la rémunération de base (ligne A) plus un montant additionnel de 25 % pour les frais indirects (caisse de retraite et primes d'assurance, primes d'installation et de rapatriement, indemnités pour frais d'études, etc.), représente le montant total du traitement auquel ont droit les cadres conformément à l'article 5.1.

Appendice B
Barème des traitements de la catégorie des services généraux
du Secrétariat du Traité sur l'Antarctique
(Dollars des Etats-Unis d'Amérique)

Classe		Echelons														
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV
1		23 187	24 321	25 455	26 588											
2		22 393	23 438	24 483	25 527											
3		18 660	19 531	20 402	21 273											
4		15 551	16 276	17 002	17 727											
5		12 846	13 446	14 045	14 645											
6		10 530	11 021	11 512	12 004											
7																
8																

Anhang A
Gehaltstabelle für die Laufbahngruppe des höheren Dienstes
des Sekretariats des Antarktis-Vertrags
(US-Dollar)

Besoldungs- gruppe		Dienstaltersstufen														
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV
1	A	88 762	90 414	92 065	93 717	95 369	97 020	98 672	100 324	101 975						
1	B	110 952	113 017	115 081	117 146	119 211	121 275	123 340	125 405	127 469						
2	A	74 743	76 149	77 554	78 959	80 364	81 769	83 174	84 580	85 985	87 390	88 795	90 200	91 606		
2	B	93 429	95 186	96 942	98 699	100 455	102 211	103 967	105 725	107 481	109 237	110 994	112 750	114 507		
3	A	62 327	63 683	65 039	66 395	67 751	69 107	70 463	71 819	73 175	74 530	75 886	77 242	78 598	79 954	81 310
3	B	77 909	79 604	81 299	82 994	84 689	86 384	88 079	89 774	91 469	93 162	94 857	96 552	98 247	99 942	101 637
4	A	51 682	52 937	54 194	55 447	56 704	57 958	59 212	60 469	61 725	62 979	64 235	65 489	66 745	68 000	69 255
4	B	64 603	66 171	67 743	69 309	70 880	71 198	74 015	75 586	77 156	78 724	80 294	81 861	83 431	85 000	86 569
5	A	42 849	43 973	45 095	46 218	47 341	48 463	49 586	50 707	51 831	52 954	54 075	55 200			
5	B	53 561	54 966	56 369	57 773	59 176	60 579	61 983	63 384	64 789	66 193	67 594	69 000			
6	A	33 920	35 000	36 078	37 158	38 236	39 315	40 395	41 474	42 551	43 631					
6	B	42 400	43 750	45 098	46 448	47 795	49 144	50 494	51 843	53 189	54 539					

Anmerkung: Zeile B ist das (in Zeile A angegebene) Grundgehalt zuzüglich eines Betrags in Höhe von 25 % für Lohnnebenkosten (Rentenkasse und Versicherungsbeiträge, Einrichtungs- und Heimkehrbeihilfen, Erziehungszulagen usw.); sie stellt somit den Gesamtsatz der Gehaltsansprüche für den höheren Dienst nach Artikel 5.1 dar.

Anhang B
Gehaltstabelle für die Laufbahngruppe des allgemeinen Dienstes
des Sekretariats des Antarktis-Vertrags
(US-Dollar)

Besoldungs- gruppe		Dienstaltersstufen														
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV
1		23 187	24 321	25 455	26 588											
2		22 393	23 438	24 483	25 527											
3		18 660	19 531	20 402	21 273											
4		15 551	16 276	17 002	17 727											
5		12 846	13 446	14 045	14 645											
6		10 530	11 021	11 512	12 004											
7																
8																

Beschluss 4 (2003)
Finanzvorschriften
für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags

Decision 4 (2003)
Financial Regulations
for the Secretariat of the Antarctic Treaty

Décision 4 (2003)
Règlement financier du Secrétariat du Traité sur l'Antarctique

The Representatives,
Bearing in mind paragraph 3 of Decision 2 (2003) on the provisional application of Measure 1 (2003)

Decide:

1. To adopt the Financial Regulations for the Secretariat of the Antarctic Treaty annexed to this Decision.
2. That the Financial Regulations shall apply fully when Measure 1 (2003) becomes effective.

Les représentants,
Ayant à l'esprit le paragraphe 3 de la décision 2 (2003) sur l'application provisoire de la mesure 1 (2003);

Décident:

- 1) D'adopter le règlement financier du secrétariat du Traité sur l'Antarctique, qui figure en annexe à la présente décision;
- 2) Que le règlement financier s'appliquera dans son intégralité dès que la mesure 1 (2003) prend effet.

Die Vertreter –
eingedenk des Beschlusses 2 (2003) Nummer 3 über die vorläufige Durchführung der Maßnahme 1 (2003) –

beschließen,

1. die diesem Beschluss beigefügten Finanzvorschriften für das Sekretariat des Antarktis-Vertrags anzunehmen;
2. dass die Finanzvorschriften in vollem Umfang angewendet werden, sobald Maßnahme 1 (2003) wirksam wird.

**Annex
to Decision 4 (2003)**

**Financial
Regulations for the
Secretariat of the Antarctic Treaty**

Financial Regulations

Regulation 1

Applicability

1. These Regulations shall govern the financial administration of the Secretariat of the Antarctic Treaty (the Secretariat) established under Measure 1 (2003) of the XXVI ATCM (the Measure).

Regulation 2

Financial year

2. The financial year shall be for 12 months commencing 1 April and ending 31 March, both dates inclusive.

Regulation 3

The budget

3.1 A draft budget comprising estimates of receipts by the Secretariat and of expenditures by the Secretariat shall be prepared by the Executive Secretary for the ensuing financial year.

3.2 The draft budget shall include a statement of significant financial implications for subsequent financial years in respect of work programs presented by the ATCM in terms of administrative, recurrent and capital expenditure.

3.3 The draft budget shall be divided by functions into items and, where necessary or appropriate, into sub-items.

3.4 The draft budget shall be accompanied by details both of the appropriations made for the previous year and estimated expenditure against those appropriations, together with such supporting documents as may be required by Parties or deemed necessary or desirable by the Executive Secretary. The precise form in which the draft budget is to be presented shall be prescribed by the ATCM.

3.5 The Executive Secretary shall submit the draft budget to all Consultative Parties of the ATCM at least 60 days prior to the ATCM. At the same time, and in the same form as the draft budget, the Executive Secretary shall prepare and submit to all Consultative Parties a forecast budget for the subsequent financial year.

**Annexe
à la décision 4 (2003)**

**Règlement financier
du secrétariat du
Traité sur l'Antarctique**

Règlement financier

Article 1

Champ d'application

1. Le présent règlement régit la gestion financière du secrétariat du Traité sur l'Antarctique (ci-après dénommé «le secrétariat») établi en vertu de la mesure 1 (2003) de la XXVI^e RCTA (ci-après dénommée «la mesure»).

Article 2

Exercice

2. L'exercice est de 12 mois; il commence le 1^{er} avril et prend fin le 31 mars, ces deux dates étant incluses.

Article 3

Le budget

3.1 Un projet de budget comprenant les prévisions des recettes et des dépenses du secrétariat est établi par le secrétaire exécutif pour l'exercice suivant.

3.2 Le projet de budget comprend un état des principales incidences financières pour les exercices suivants en ce qui concerne tous les programmes de travail présentés par la RCTA en termes de dépenses administratives, de dépenses récurrentes et de dépenses d'équipement.

3.3 Le projet de budget est divisé par fonctions en articles et, s'il y a lieu, en sous-articles.

3.4 Le projet de budget est accompagné de détails tant sur les crédits affectés pour l'année précédente que sur les dépenses prévues à valoir sur ces crédits ainsi que de toutes annexes informatives que peuvent demander les Parties ou que peut juger nécessaires ou souhaitables le secrétaire exécutif. La forme précise sous laquelle le projet de budget doit être présenté est arrêtée par la RCTA.

3.5 Le secrétaire exécutif présente le projet de budget à toutes les Parties de la RCTA au moins 60 jours avant la RCTA. En même temps, et sous la même forme que le projet de budget, il prépare et présente à toutes les Parties de la RCTA un budget prévisionnel pour l'exercice suivant.

**Anlage des
Beschlusses 4 (2003)**

**Finanzvorschriften
für das Sekretariat
des Antarktis-Vertrags**

Finanzvorschriften

Artikel 1

Anwendbarkeit

1. Diese Finanzvorschriften regeln die Finanzverwaltung des aufgrund der Maßnahme 1 (2003) der XXVI. Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag (Maßnahme) errichteten Sekretariats des Antarktis-Vertrags (Sekretariats).

Artikel 2

Haushaltsjahr

2. Das Haushaltsjahr dauert 12 Monate; es beginnt am 1. April und endet am 31. März (jeweils einschließlich).

Artikel 3

Der Haushalt

3.1 Der Exekutivsekretär erstellt für das jeweils folgende Haushaltsjahr einen Haushaltsentwurf, der die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben des Sekretariats ausweist.

3.2 Der Haushaltsentwurf enthält eine Aufstellung der wesentlichen finanziellen Auswirkungen der von der Konsultativtagung zum Antarktis-Vertrag (Konsultativtagung) vorgelegten Arbeitsprogramme auf die folgenden Haushaltsjahre in Form von Verwaltungskosten, fortlaufenden Ausgaben und Investitionen.

3.3 Der Haushaltsentwurf wird je nach Funktion in Titel und, soweit nötig oder angebracht, in Untertitel gegliedert.

3.4 Dem Haushaltsentwurf sind Einzelheiten sowohl über die für das Vorjahr bewilligten Haushaltsmittel als auch über die entsprechenden Ausgabenvoranschläge sowie die von den Konsultativparteien*) verlangten oder vom Exekutivsekretär für erforderlich oder wünschenswert erachteten Belege beizufügen. Die Konsultativtagung schreibt die genaue Form vor, in der der Haushaltsentwurf vorzulegen ist.

3.5 Der Exekutivsekretär legt den Haushaltsentwurf allen Konsultativparteien der Konsultativtagung mindestens 60 Tage vor der Konsultativtagung vor. Zur selben Zeit und in derselben Form wie den Haushaltsentwurf erstellt der Exekutivsekretär einen Haushaltsvoranschlag für das folgende Haushaltsjahr.

*) Anm. d. Übers.: Im englischen und im französischen Text steht an dieser Stelle nur „Parties“.

3.6 The draft budget and the forecast budget shall be presented in United States currency.

3.7 At each annual meeting, the ATCM shall adopt the budget for the Secretariat. The budget shall be treated as a matter of substance and approved by a representative of all Consultative Parties present at the meeting. In determining the size of the budget the ATCM shall adhere to the principle of cost-effectiveness.

Regulation 4

Appropriations

4.1 The appropriations adopted by the ATCM shall constitute an authorisation for the Executive Secretary to incur obligations and make payments for the purposes for which the appropriations were adopted and up to the amounts so adopted.

4.2 All forward commitments shall be identified in annual budgets presented to the ATCM. Unless the ATCM decides otherwise, the Executive Secretary may incur obligations against future years before appropriations are adopted when such obligations are necessary for the continued effective functioning of the Secretariat, provided such obligations are restricted to administrative requirements of a continuing nature not exceeding the scale of such requirements as authorised in the budget of the current financial year. In other circumstances the Executive Secretary may incur obligations against future years only as authorised by the ATCM.

4.3 Appropriations shall be available for the financial year to which they relate. At the end of the financial year all appropriations shall lapse. Commitments remaining undischarged against previous appropriations at the end of a financial year shall be carried over and be included in the budget for the next financial year, unless the ATCM otherwise decides.

4.4 The Executive Secretary may make transfers within each of the main appropriation lines of the approved budget. The Executive Secretary may also make transfers between such appropriation lines up to 15 per cent of the appropriation lines. All such transfers must be reported by the Executive Secretary to the next annual meeting of the ATCM. The transfers authorised under these regulations shall not result in overall increase of the budget above that approved by the ATCM, nor will they result in increased expenditure in future years.

4.5 The ATCM shall prescribe the conditions under which unforeseen and extraordinary expenses may be incurred.

3.6 Le projet de budget et le budget prévisionnel sont présentés en dollars des États-Unis d'Amérique.

3.7 A chaque réunion annuelle, la RCTA adopte le budget du secrétariat. Le budget fait l'objet d'un examen au fond et il est approuvé par consensus des Parties présentes à la réunion. Pour arrêter la taille du budget, la RCTA applique le principe de la maîtrise des coûts.

Article 4

Crédits

4.1 Les crédits adoptés par la RCTA constituent une autorisation pour le secrétaire exécutif de contracter des obligations et d'effectuer des paiements aux fins pour lesquelles les crédits ont été adoptés et dans la limite desdits crédits.

4.2 Tous les engagements à terme doivent être identifiés dans les budgets annuels qui sont présentés à la RCTA. Sauf décision contraire de la RCTA, le secrétaire exécutif peut également contracter des obligations sur des années futures, avant que les crédits ne soient adoptés, lorsque de telles obligations sont nécessaires pour assurer le fonctionnement efficace et continu du secrétariat, à condition que ces obligations soient restreintes à des exigences administratives de caractère permanent ne dépassant pas le montant des crédits inscrits à ce titre dans le budget de l'exercice en cours. Dans d'autres circonstances, le secrétaire exécutif ne peut engager de dépenses sur des années futures que dans la mesure où la RCTA l'y autorise.

4.3 Les crédits sont disponibles pour l'exercice auquel ils se rapportent. A la fin de l'exercice, tous les crédits deviennent caducs. Les engagements restant non acquittés, à valoir sur de précédents crédits à la fin d'un exercice, sont reportés et inclus dans le budget de l'exercice qui suit, sauf décision contraire de la RCTA.

4.4 Le secrétaire exécutif peut effectuer des transferts à l'intérieur de chacune des principales lignes de crédit du budget approuvé. Il peut également effectuer des transferts entre ces lignes jusqu'à un maximum de 15 % des lignes de crédit. Tous les transferts doivent être déclarés par le secrétaire exécutif à la réunion annuelle suivante de la RCTA. Les transferts autorisés au titre de cet article n'entraînent pas d'augmentation globale du budget au-delà du montant approuvé par la RCTA, pas plus qu'ils ne donnent lieu à une augmentation des dépenses dans les années à venir.

4.5 La RCTA arrête les conditions dans lesquelles des dépenses imprévues et extraordinaires peuvent être encourues.

3.6 Der Haushaltsentwurf und der Haushaltsvoranschlag werden in US-Währung aufgestellt.

3.7 Auf jeder Jahrestagung verabschiedet die Konsultativtagung den Haushalt für das Sekretariat. Der Haushalt ist als wichtige Frage zu behandeln und von den Vertretern der auf der Tagung anwesenden Konsultativparteien zu genehmigen. Bei der Festlegung des Haushaltsumfangs hält die Konsultativtagung am Grundsatz der Kostenwirksamkeit fest.

Artikel 4

Haushaltsmittel

4.1 Mit der Bewilligung der Haushaltsmittel ermächtigt die Konsultativtagung den Exekutivsekretär, im Rahmen der bewilligten Mittel für die genehmigten Zwecke Verpflichtungen einzugehen und Zahlungen zu leisten.

4.2 Alle Mittelbindungen sind in den Jahreshaushalten, die der Konsultativtagung vorgelegt werden, zu kennzeichnen. Sofern die Konsultativtagung nichts anderes beschließt, kann der Exekutivsekretär im Vorgriff auf die Mittelbewilligung Verpflichtungen für künftige Jahre eingehen, wenn diese Verpflichtungen für die Fortsetzung der reibungslosen Arbeit des Sekretariats notwendig sind; allerdings müssen die Verpflichtungen auf den laufenden Verwaltungsbedarf beschränkt sein und dürfen die im Haushalt für das laufende Haushaltsjahr bewilligte Höhe dieses Bedarfs nicht übersteigen. Im Übrigen darf der Exekutivsekretär Verpflichtungen zu Lasten künftiger Jahre nur eingehen, soweit sie von der Konsultativtagung genehmigt sind.

4.3 Die Haushaltsmittel sind in dem Haushaltsjahr verfügbar, für das sie bewilligt wurden. Am Ende des Haushaltsjahrs verfallen sämtliche Haushaltsmittel. Verpflichtungen zu Lasten vorheriger Mittelbewilligungen, die am Ende eines Haushaltsjahrs noch nicht erfüllt sind, werden übertragen und in den Haushalt für das folgende Haushaltsjahr übernommen, sofern die Konsultativtagung nichts anderes beschließt.

4.4 Der Exekutivsekretär kann innerhalb der einzelnen Kapitel des genehmigten Haushalts Mittelübertragungen vornehmen. Der Exekutivsekretär kann auch zwischen den Titelgruppen Mittelübertragungen bis zu 15 Prozent der Titelgruppen vornehmen. Er muss alle derartigen Mittelübertragungen auf der folgenden Jahrestagung der Konsultativtagung vortragen. Die aufgrund dieser Vorschriften zulässigen Mittelübertragungen dürfen weder zu einer allgemeinen Erhöhung des Haushalts über den von der Konsultativtagung genehmigten Betrag hinaus noch zu höheren Ausgaben in künftigen Jahren führen.

4.5 Die Konsultativtagung schreibt die Bedingungen vor, unter denen unvorhergesehene und außerordentliche Ausgaben getätigt werden können.

Regulation 5

Provision of funds

5.1 On approval of the budget for a financial year, the Executive Secretary shall send a copy thereof to all Consultative Parties notifying them of their contributions and the date they are due, and requesting them to remit their contributions due.

5.2 All contributions shall be made in United States currency.

5.3 Contribution from States that become Consultative Parties after the beginning of the financial period shall be made pro rata temporis for the balance of the financial period.

5.4 The Executive Secretary shall acknowledge pledges and contributions immediately upon receipt. The Executive Secretary shall report to each meeting of the ATCM on the receipt of contributions and the status of any arrears.

5.5 Contributions shall be due for payment on the first day of the financial year (i.e. the due date) and shall be paid not later than 90 days after that date. However, in the case referred to in Regulation 5.3, contributions by a new Consultative Party shall be made within 60 days following the date on which its accession becomes effective.

Article 5

Constitution de fonds

5.1 Dès l'approbation du budget pour un exercice, le secrétaire exécutif envoie une copie à toutes les Parties, les informe du montant de leurs contributions et de la date d'échéance du versement, et les invite à s'en acquitter.

5.2 Toutes les contributions sont versées en dollars des États-Unis d'Amérique.

5.3 Les contributions d'États qui deviennent des Parties consultatives après le début de la période financière sont calculées pro rata temporis pour le restant de ladite période.

5.4 Le secrétaire exécutif accuse réception des annonces de contributions et des contributions dès qu'il les reçoit. À chaque réunion de la RCTA, il fait rapport sur la réception des contributions et le solde des arriérés.

5.5 Les contributions sont exigibles le premier jour de l'exercice (c'est-à-dire à la date d'échéance) et elles sont payées au plus tard 90 jours après cette date. Néanmoins, dans le cas visé au paragraphe 3 du présent article, les contributions d'une nouvelle Partie sont versées dans les 60 jours qui suivent la date à laquelle son adhésion entre en vigueur.

Artikel 5

Bereitstellung der Mittel

5.1 Nach Verabschiedung des Haushaltsplans für ein Haushaltsjahr sendet der Exekutivsekretär Kopien davon an alle Konsultativparteien und teilt ihnen mit, welche Beiträge sie zu entrichten haben und wann diese fällig sind, und ersucht sie um Überweisung ihrer fälligen Beiträge.

5.2 Alle Beiträge werden in US-Währung entrichtet.

5.3 Die Beiträge von Staaten, die nach Beginn des Haushaltsjahrs Konsultativparteien werden, werden für die restliche Zeit des Haushaltsjahrs anteilig entrichtet.

5.4 Der Exekutivsekretär bestätigt Zahlungszusagen und Zahlungen unmittelbar nach ihrem Eingang. Er berichtet jeder Tagung der Konsultativtagung über den Eingang der Beiträge und den Stand etwaiger Rückstände.

5.5 Die Beiträge sind am ersten Tag des Haushaltsjahrs (dem Fälligkeitsdatum) zur Zahlung fällig; sie sind spätestens 90 Tage nach diesem Datum zu entrichten. In dem in Artikel 5.3 bezeichneten Fall werden die Beiträge einer neuen Konsultativpartei jedoch binnen 60 Tagen nach dem Tag entrichtet, an dem ihr Beitritt wirksam geworden ist.

Regulation 6

Funds

6.1

- (a) There shall be established a General Fund for the purpose of accounting for the income and expenditure of the Secretariat;
- (b) Contributions paid by Consultative Parties pursuant to Article 4 of Measure 1 (2003) under and Miscellaneous Income as referred to in Regulation 7.1 shall be credited to the General Fund;
- (c) An advance made by a Consultative Party shall be carried to the credit of the Party which has made the advance.

6.2.

- (a) There shall be established a Working Capital Fund in an amount of not more than one-sixth (1/6) of the budget of that financial year to ensure continuity of operations in the event of a temporary shortfall of cash and for other purposes to be determined by the ATCM from time to time. The Working Capital Fund shall be initially financed up to the specified level by transfers from Miscellaneous Income from the General Fund;
- (b) Advances made from the Working Capital Fund to finance budgetary appropriations during a financial year

Article 6

Fonds divers

6.1

- a) Un Fonds général est établi pour la comptabilité des recettes et des dépenses du secrétariat.
- b) Les contributions versées par les Parties aux termes de l'article 4 de la mesure 1 (2003) et au titre des Recettes diverses visées au paragraphe 1 de l'article 7 sont créditées au Fonds général.
- c) Les avances versées par des Parties sont portées au crédit des Parties qui les ont effectuées.

6.2

- a) Il est établi un Fonds de roulement dont le montant ne dépasse pas un sixième (1/6) du budget de cet exercice pour assurer la poursuite des activités en cas d'insuffisance temporaire de trésorerie et pour toute autre fin ponctuellement autorisée par la RCTA. Dans un premier temps, le Fonds de roulement sera approvisionné, au niveau spécifié, par des transferts opérés sur le compte Recettes diverses du Fonds général.
- b) Les avances effectuées sur le Fonds de roulement pour financer des crédits budgétaires au cours d'un exercice

Artikel 6

Fonds

6.1

- a) Für die Rechenschaftslegung über die Einnahmen und Ausgaben des Sekretariats wird ein Allgemeiner Fonds eingerichtet;
- b) die von den Konsultativparteien nach Artikel 4 der Maßnahme 1 (2003) entrichteten Beiträge und die sonstigen Einnahmen nach Artikel 7.1 werden dem Allgemeinen Fonds gutgeschrieben;
- c) eine von einer Konsultativpartei geleistete Vorauszahlung wird dieser Partei gutgeschrieben.

6.2

- a) Es wird ein Betriebsmittelfonds in Höhe von nicht mehr als einem Sechstel (1/6) des Haushalts des betreffenden Haushaltsjahrs eingerichtet; er dient dazu, bei einem vorübergehenden Liquiditätengpass die Fortsetzung der Arbeit sicherzustellen, und zu anderen von der Konsultativtagung von Zeit zu Zeit festzulegenden Zwecken. Der Betriebsmittelfonds wird zunächst durch Übertragungen aus den sonstigen Einnahmen des Allgemeinen Fonds finanziert;
- b) Vorauszahlungen, die aus dem Betriebsmittelfonds entrichtet wurden, um Haushaltsmittel während eines

shall be reimbursed as soon as possible, and to the extent that income is available for that purpose;

- (c) Income derived from the investment of the Working Capital Fund shall be credited to Miscellaneous Income of the General Fund; and
- (d) Trust and Special Funds may be established by the Secretariat at the direction of the ATCM for the purpose of receiving funds and making payments for purposes not covered by the General or Working Capital Fund of the Secretariat. The purposes and limits of each Trust and Special Fund shall be clearly defined by the ATCM. Unless otherwise provided by the ATCM, such Funds shall be administered in accordance with the present regulations.

6.3 The Secretariat shall notify the Consultative Parties of any cash surplus in the General Fund at the close of the financial year that is not required to meet undischarged commitments and of each Consultative Party's proportional share of that surplus. Those Parties that choose not to allow their portion of the surplus to be retained in the General Fund shall notify the Secretariat of that fact and shall have that portion credited against such Consultative Parties' contributions for the following year. Otherwise any cash surplus shall be retained in the General Fund.

6.4. Where contributions are received from new Consultative Parties after the commencement of the financial year and such contributions have not been taken into account in formulating the budget these shall be placed in the General Fund.

Regulation 7

Other income

7.1 All income other than contributions to the budget under Regulation 5, income derived from investment in the Working Capital Fund as provided in Regulation 6.2 (c), and that referred to in Regulation 7.5 below, shall be classified as Miscellaneous Income and credited to the General Fund.

7.2 Profits and losses on exchange shall be credited and debited to Miscellaneous Income.

7.3 The use of Miscellaneous Income shall be subject to the same financial controls as activities financed from regular budget appropriations.

7.4 Voluntary contributions above and beyond Consultative Parties' budget contributions may be accepted by the Executive Secretary provided that the purposes for which the contributions are made are consistent with the policies, aims and activities of the ATCM. Voluntary contribu-

sont remboursées dans les meilleurs délais à mesure que les recettes le permettent.

- c) Le rendement des placements du Fonds de roulement est crédité au chapitre des Recettes diverses du Fonds général.
- d) Des Fonds de dépôt et des Fonds d'affectation spéciale peuvent être établis par le secrétariat à la discrétion de la RCTA pour recevoir des fonds et effectuer des paiements à des fins qui ne sont pas couvertes par le Fonds général ou le Fonds de roulement du secrétariat. L'objet et les limites de chaque Fonds de dépôt et Fonds d'affectation spéciale sont clairement spécifiés par la RCTA. Sauf instruction contraire de la RCTA, ces Fonds sont administrés conformément au présent règlement.

6.3 A la clôture d'un exercice, le secrétariat notifie aux Parties tout excédent de trésorerie du Fonds général qui n'est pas requis pour couvrir les engagements impayés et la part proportionnelle de l'excédent revenant à chacune d'entre elles. Les Parties qui décident de ne pas céder leur part de l'excédent au Fonds général en informent le secrétariat afin d'obtenir le crédit de ladite part dans leurs contributions pour l'année suivante. Autrement, tout excédent est crédité au Fonds général.

6.4 Lorsque des contributions sont versées par de nouvelles Parties après le début de l'exercice et qu'elles n'ont pas été prises en compte dans l'élaboration du budget, ces contributions sont versées au Fonds général.

Article 7

Recettes diverses

7.1 Toutes les recettes autres que les contributions au budget conformément à l'article 5, et le rendement des placements du Fonds de roulement aux termes de l'alinéa c) du paragraphe 2 de l'article 6 et du paragraphe 5 de l'article 7 ci-dessous, seront classés sous Recettes diverses et crédités au Fonds général.

7.2 Les gains et les pertes de change sont portés au crédit et au débit du chapitre des Recettes diverses.

7.3 L'utilisation des Recettes diverses sera soumise au même contrôle financier que les activités financées par les crédits budgétaires réguliers.

7.4 Les contributions volontaires en sus et au-delà des contributions budgétaires des Parties peuvent être acceptées par le secrétaire exécutif sous réserve que les fins pour lesquelles elles sont faites sont conformes aux politiques, buts et activités de la RCTA. Les contributions volontaires

Haushaltsjahrs zu finanzieren, werden so bald wie möglich und im Umfang des zu diesem Zweck verfügbaren Einkommens rückerstattet;

- c) Erträge aus Kapitalanlagen des Betriebsmittelfonds werden den sonstigen Einnahmen des Allgemeinen Fonds gutgeschrieben, und
- d) Treuhand- und Sonderfonds können auf Weisung der Konsultativtagung vom Sekretariat eingerichtet werden, um für Zwecke, für die der Allgemeine und der Betriebsmittelfonds des Sekretariats nicht vorgesehen sind, Mittel entgegenzunehmen und Zahlungen zu leisten. Die Zwecke und Grenzen jedes Treuhand- und Sonderfonds werden von der Konsultativtagung genau festgelegt. Sofern die Konsultativtagung nichts anderes bestimmt, werden die Fonds in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften verwaltet.

6.3 Das Sekretariat unterrichtet die Konsultativparteien über einen etwaigen am Ende des Haushaltsjahrs im Allgemeinen Fonds vorhandenen Überschuss, der nicht für die Begleichung noch unbezahlter Verbindlichkeiten benötigt wird, sowie über den verhältnismäßigen Anteil jeder Konsultativpartei an diesem Überschuss. Die Konsultativparteien, die es vorziehen, ihren Anteil am Überschuss nicht im Allgemeinen Fonds zu belassen, teilen dies dem Sekretariat mit; ihnen wird ihr Anteil auf ihre Beiträge für das folgende Jahr angerechnet. Im Übrigen verbleibt ein etwaiger Kassenüberschuss im Allgemeinen Fonds.

6.4 Gehen nach Beginn des Haushaltsjahrs Beiträge von neuen Konsultativparteien ein und wurden diese Beiträge bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht berücksichtigt, so werden sie in den Allgemeinen Fonds eingezahlt.

Artikel 7

Sonstige Einnahmen

7.1 Alle Einnahmen außer den Beiträgen zum Haushalt nach Artikel 5, den in Artikel 6.2 Buchstabe c vorgesehenen Erträgen aus Kapitalanlagen des Betriebsmittelfonds oder den in Artikel 7.5 bezeichneten freiwilligen Beiträgen werden als sonstige Einnahmen eingestuft und dem Allgemeinen Fonds gutgeschrieben.

7.2 Wechselkursgewinne und -verluste werden den sonstigen Einnahmen gutgeschrieben oder belastet.

7.3 Die Verwendung der sonstigen Einnahmen unterliegt denselben Finanzkontrollen wie Tätigkeiten, die aus regulären Haushaltsmitteln finanziert werden.

7.4 Der Exekutivsekretär kann freiwillige, weit über die Haushaltsbeiträge der Konsultativparteien hinausgehende Beiträge annehmen, sofern die Zwecke, für die diese Beiträge geleistet werden, mit den Grundsätzen, Zielen und Tätigkeiten der Konsultativtagung vereinbar sind. Frei-

tions offered by non-Consultative Parties and non-Parties may be accepted, subject to agreement by the ATCM that the purposes of the contribution are consistent with the policies, aims and activities of the ATCM.

7.5 Voluntary contributions as referred to in Regulation 7.4 above shall be treated as Trust or Special Funds under Regulation 6.2(d).

Regulation 8 Custody of funds

8.1 The Executive Secretary shall designate a bank or banks in which the funds of the Secretariat shall be kept and shall report the identity of the bank or banks so designated to the ATCM.

8.2

(a) The Executive Secretary may make short-term investments of moneys not needed for the immediate requirements of the Secretariat. Such investments shall be restricted to securities and other investments issued by institutions or Government bodies with current ratings, provided by a rating body approved by the Secretariat's auditor and indicating a strong capacity to pay. The details of investment transactions and income derived shall be reported in the documents supporting the budget.

(b) With regard to moneys held in Trust or Special Funds for which use is not required for at least 12 months, longer-term investments may be authorised by the ATCM provided such action is consistent with the terms under which the moneys were lodged with the Secretariat. Such investments shall be restricted to securities and other investments issued by institutions or Government bodies with current ratings, provided by a rating body approved by the Secretariat's auditor and indicating a strong capacity to pay.

8.3 Income derived from investments shall be credited to the Fund from which the investment was made.

Regulation 9 International control

9.1 The Executive Secretary shall:

(a) establish detailed financial rules and procedures after consultation with the external auditor to ensure effective financial administration and the exercise of economy in the use of funds and effective custody of the physical assets of the Secretariat;

offertes par des Etats qui ne sont ni Parties ni Parties consultatives au Traité peuvent être acceptées sous réserve de la décision prise par la RCTA que les fins de ces contributions sont conformes aux politiques, buts et activités de la RCTA.

7.5 Les contributions volontaires visées au paragraphe 4 de l'article 7 sont traitées comme Fonds de dépôt ou Fonds d'affectation spéciale aux termes de l'alinéa d) du paragraphe 2 de l'article 6.

Article 8 Détenation des fonds

8.1 Le secrétaire exécutif désigne une ou plusieurs banques dans lesquelles les fonds du secrétariat sont déposés et il communique à la RCTA l'identité de la ou des banques ainsi désigné(s).

8.2

a) Le secrétaire exécutif peut effectuer des placements à court terme de fonds dont le secrétariat n'a pas besoin dans l'immédiat. Ces placements sont limités aux titres et autres placements émis par des institutions ou organes de l'Etat dont une agence de notation approuvée par le commissaire aux comptes du secrétariat reconnaît actuellement la solvabilité élevée. Les détails des opérations de placement et de leurs revenus font l'objet d'un rapport dans les documents explicatifs qui accompagnent le budget.

b) En ce qui concerne les sommes détenues dans le Fonds de dépôt ou les Fonds d'affectation spéciale, dont l'utilisation n'est pas requise pendant au moins 12 mois, des placements à plus long terme peuvent être autorisés par la RCTA, à condition qu'une telle mesure soit en conformité avec les conditions dans lesquelles les sommes ont été déposées au secrétariat. Ces placements se limitent aux titres et autres placements émis par des institutions ou organes de l'Etat dont une agence de notation approuvée par le commissaire aux comptes du secrétariat reconnaît actuellement la solvabilité élevée.

8.3 Les revenus découlant des placements sont crédités au Fonds d'où proviennent ces placements.

Article 9 Vérification interne

9.1 Le secrétaire exécutif:

a) établit des règles et procédures financières détaillées après consultation avec le vérificateur externe des comptes pour garantir une gestion financière efficace, un emploi économe des fonds et la bonne garde des actifs matériels du secrétariat;

willige Beiträge von Staaten, die weder Vertragsparteien noch Konsultativparteien sind, können angenommen werden, sofern die Konsultativtagung einverstanden ist, dass die Zwecke dieser Beiträge mit den Grundsätzen, Zielen und Tätigkeiten der Konsultativtagung vereinbar sind.

7.5 Freiwillige Beiträge nach Artikel 7.4 werden nach Artikel 6.2 Buchstabe d als Treuhand- oder Sonderfonds behandelt.

Artikel 8 Verwahrung der Mittel

8.1 Der Exekutivsekretär bezeichnet eine oder mehrere Banken, bei denen die Mittel des Sekretariats deponiert werden, und teilt der Konsultativtagung die Identität der so bezeichneten Banken mit.

8.2

a) Der Exekutivsekretär kann Gelder, die nicht für den unmittelbaren Bedarf des Sekretariats benötigt werden, kurzfristig anlegen. Diese Kapitalanlagen sind auf Wertpapiere und andere Anlageformen beschränkt, die von Institutionen oder Regierungsstellen angeboten werden, welche ein aktuelles Rating vorweisen können, das von einer vom Rechnungsprüfer des Sekretariats anerkannten Rating-Agentur stammt und eine gute Zahlungsfähigkeit bescheinigt. Über die Einzelheiten der Anlage und die erzielten Erträge wird in den Erläuterungen zum Haushalt berichtet.

b) Für Gelder in Treuhand- oder Sonderfonds, die mindestens 12 Monate lang nicht benötigt werden, kann die Konsultativtagung längerfristige Kapitalanlagen genehmigen, sofern dies mit den Bedingungen vereinbar ist, unter denen die Gelder beim Sekretariat hinterlegt wurden. Diese Kapitalanlagen sind auf Wertpapiere und andere Anlageformen beschränkt, die von Institutionen oder Regierungsstellen angeboten werden, welche ein aktuelles Rating vorweisen können, das von einer vom Rechnungsprüfer des Sekretariats anerkannten Rating-Agentur stammt und eine gute Zahlungsfähigkeit bescheinigt.

8.3 Erträge aus Kapitalanlagen werden dem Fonds gutgeschrieben, aus dem die jeweilige Anlage getätigt wurde.

Artikel 9 Interne Kontrolle

9.1 Der Exekutivsekretär

a) legt nach Konsultation mit dem externen Rechnungsprüfer ausführliche Finanzregeln und -verfahren fest, um eine wirksame Finanzverwaltung, eine wirtschaftliche Verwendung der Fonds und eine gute Verwaltung der Vermögenswerte des Sekretariats zu gewährleisten;

- | | | |
|---|--|---|
| <p>(b) cause all payments to be made on the basis of supporting vouchers and other documents which ensure that the goods or services have been received and that payment has not previously been made;</p> <p>(c) designate officers who may receive moneys, incur obligations and make payments on behalf of the Secretariat; and</p> <p>(d) maintain and be responsible for internal financial control to ensure:</p> <p style="margin-left: 20px;">(i) the regularity of the receipt, custody and disposal of all funds and other financial resources of the Secretariat;</p> <p style="margin-left: 20px;">(ii) the conformity of obligations and expenditures with the appropriations adopted by the ATCM; and</p> <p style="margin-left: 20px;">(iii) the economic use of the resources of the Secretariat.</p> | <p>b) fait effectuer tous les paiements sur la base de pièces justificatives et autres documents qui permettent de s'assurer que les biens ou services ont été reçus et qu'ils n'ont pas déjà été payés;</p> <p>c) désigne les fonctionnaires qui peuvent recevoir des fonds, contracter des obligations et effectuer des paiements au nom du secrétariat; et</p> <p>d) est responsable du maintien du contrôle financier interne pour s'assurer:</p> <p style="margin-left: 20px;">i) de la régularité de la réception, de la détention et de la cession de tous les fonds et autres ressources financières du secrétariat;</p> <p style="margin-left: 20px;">ii) de la conformité des obligations et des dépenses avec les crédits adoptés par la RCTA; et</p> <p style="margin-left: 20px;">iii) de l'emploi économe des ressources du secrétariat.</p> | <p>b) sorgt dafür, dass alle Zahlungen auf der Grundlage von Belegen und anderen Unterlagen geleistet werden, die bestätigen, dass die Güter oder Dienstleistungen tatsächlich empfangen wurden und dass nicht bereits zuvor eine Zahlung geleistet wurde;</p> <p>c) benennt Bedienstete, die befugt sind, im Namen des Sekretariats Gelder entgegenzunehmen, Verpflichtungen einzugehen und Zahlungen zu leisten, und</p> <p>d) übt die interne Finanzkontrolle aus und verantwortet sie, um sicherzustellen,</p> <p style="margin-left: 20px;">i) dass alle Gelder und anderen Finanzmittel des Sekretariats ordnungsgemäß entgegengenommen, verwahrt und verwendet werden;</p> <p style="margin-left: 20px;">ii) dass die Verpflichtungen und Ausgaben mit den Mittelbewilligungen der Konsultativtagung im Einklang stehen und</p> <p style="margin-left: 20px;">iii) dass die Mittel des Sekretariats wirtschaftlich verwendet werden.</p> |
|---|--|---|

9.2 No obligations shall be incurred until allotments or other appropriate authorisations have been made in writing under the authority of the Executive Secretary.

9.2 Aucune obligation n'est contractée aussi longtemps que les allocations de crédit ou toutes autres allocations appropriées n'ont pas été autorisées par écrit avec le consentement du secrétaire exécutif.

9.2 Verpflichtungen dürfen nur eingegangen werden, wenn eine im Auftrag des Exekutivsekretärs vorgenommene schriftliche Mittelzuweisung oder andere geeignete schriftliche Ermächtigung vorliegt.

9.3 The Executive Secretary may propose to the ATCM, after full investigation by him/her, the writing off of losses of assets, provided that the external auditor so recommends. Such losses shall be included in the annual accounts.

9.3 Après avoir mené une enquête approfondie, le secrétaire exécutif peut proposer à la RCTA de passer par pertes et profits les avoirs perdus, à condition que le vérificateur externe des comptes le recommande. Ces pertes sont incluses dans les comptes annuels.

9.3 Der Exekutivsekretär oder die Exekutivsekretärin kann, nachdem er oder sie eine umfassende Untersuchung durchgeführt hat, der Konsultativtagung vorschlagen, Verluste von Vermögenswerten abzuschreiben, sofern der externe Rechnungsprüfer dies empfiehlt. Solche Verluste werden in den Jahresabschlüssen aufgeführt.

9.4 Tenders in writing for equipment, supplies and other requirements shall be invited by advertisement, or by direct requests for quotation from at least three persons or firms able to supply the equipment, supplies, or other requirements, if such exist, in connection with all purchases or contracts, the amounts of which exceed USD 2,000. For amounts exceeding USD 500, but less than USD 2,000 competition shall be obtained either by the above means or by telephone or personal enquiry. The foregoing rules, shall, however, not apply in the following cases:

9.4 Les appels d'offres lancés par écrit pour l'équipement, les fournitures et autres nécessités le sont soit au moyen d'une annonce publicitaire, soit par le biais de sollicitudes directes de devis auprès d'un minimum de trois personnes ou compagnies capables de fournir cet équipement, ces fournitures ou autres nécessités, s'il y a lieu, en ce qui concerne tous les achats ou contrats dont le montant dépasse 2 000 dollars des Etats-Unis d'Amérique. Pour les montants de plus de 500 dollars des Etats-Unis d'Amérique mais inférieurs à 2 000 dollars des Etats-Unis d'Amérique, la concurrence s'opère soit par les moyens cités ci-dessus, soit par téléphone ou par enquête personnelle. Les règles qui précèdent ne s'appliquent cependant pas dans les cas suivants:

9.4 Ausschreibungen für die Lieferung von Ausrüstung, Versorgungsgütern und sonstigen Bedarfsartikeln, deren Wert 2 000 US-Dollar übersteigt, erfolgen durch öffentliche Bekanntmachung oder durch direkte Preisanfragen bei mindestens drei Personen oder Firmen, sofern es so viele gibt, die zur Lieferung der Ausrüstung, der Versorgungsgüter oder der sonstigen Bedarfsartikel in der Lage sind. Bei Beträgen über 500, aber weniger als 2 000 US-Dollar, wird Wettbewerb entweder auf die genannte Weise erzielt oder durch telefonische oder persönliche Anfragen. Die vorstehenden Regeln gelten jedoch nicht,

- | | | |
|---|---|---|
| <p>(a) where it has been ascertained that only a single supplier exists and that fact is so certified by the Executive Secretary;</p> <p>(b) in case of emergency, or where, for any other reason, these rules would not be in the best financial interests of the Secretariat, and that fact is so certified by the Executive Secretary.</p> | <p>a) lorsqu'il a été établi qu'il n'existe qu'un seul fournisseur et que ce fait est certifié par le secrétaire exécutif;</p> <p>b) en cas d'urgence, ou lorsque, pour toute autre raison, ces règles ne sont pas dans les intérêts financiers les meilleurs du secrétariat et que cela est certifié par le secrétaire exécutif.</p> | <p>a) wenn festgestellt worden ist, dass es nur einen einzigen Lieferanten gibt, und diese Tatsache vom Exekutivsekretär bestätigt wird;</p> <p>b) in Notfällen oder Fällen, in denen diese Regeln aus anderen Gründen nicht im finanziellen Interesse des Sekretariats lägen und dies vom Exekutivsekretär bestätigt wird.</p> |
|---|---|---|

Regulation 10

The accounts

10.1 The Executive Secretary shall ensure that appropriate records and accounts are kept of the transactions and affairs of the Secretariat and shall ensure that all payments out of the Secretariat's moneys are correctly made and properly authorised. The Executive Secretary shall also ensure that adequate control is maintained over the assets of, or in the custody of, the Secretariat and over the incurring of liabilities by the Secretariat.

10.2 The Executive Secretary shall submit to the Consultative Parties, as soon as practicable but not later than 30 June immediately following the end of the financial year, annual financial statements showing, for the financial year to which they relate:

- (a) the income and expenditure relating to all funds and accounts;
- (b) the situation with regard to budget provisions, including:
 - (i) the original budget provisions;
 - (ii) the approved expenditure in excess of the original budget provisions;
 - (iii) any other income;
 - (iv) the amounts charged against these provisions and other income;
- (c) the financial assets and liabilities of the Secretariat;
- (d) details of the performance of the investments; and
- (e) writing off of losses of assets proposed in accordance with Regulation 9.3.

10.3 The Executive Secretary shall also give such other information as may be appropriate to indicate the financial position of the Secretariat. These financial statements shall be prepared in a form approved by the ATCM after consultation with the external auditor.

10.4 The accounting transactions of the Secretariat shall be recorded in the currency in which they took place but the annual financial statements shall record all transactions in United States currency.

10.5 Appropriate separate accounts shall be kept for all Working Capital, Special and Trust Funds.

Regulation 11

External audit

11.1 The ATCM shall appoint an external auditor who shall be the Auditor-General or equivalent statutory authority from a Consultative Party of the ATCM and shall

Article 10

Les comptes

10.1 Le secrétaire exécutif s'assure que sont tenus des archives et comptes appropriés des transactions et des affaires du secrétariat et il fait le maximum pour s'assurer que tous les paiements effectués sur les Fonds du secrétariat sont correctement exécutés et dûment autorisés et qu'un contrôle adéquat est exercé sur les avoirs du secrétariat ou sur ceux qu'il détient ainsi que sur les obligations qu'il contracte.

10.2 Le secrétaire exécutif présente aux Parties, dès que possible mais au plus tard le 30 juin qui suit immédiatement la fin de l'exercice, des états financiers annuels donnant, pour l'exercice auquel ils se rapportent:

- a) les revenus et les dépenses se rapportant à tous les Fonds et comptes;
- b) la situation concernant les ressources budgétaires, y compris:
 - i) les ressources budgétaires originales;
 - ii) les dépenses approuvées en sus des ressources budgétaires originales;
 - iii) tous autres revenus;
 - iv) les montants portés au débit de ces ressources et d'autres revenus;
- c) les actifs et passifs financiers du secrétariat;
- d) le détail des résultats des placements;
- e) les pertes d'avoirs proposées conformément à l'article 9.3.

10.3 Le secrétaire exécutif communique également toute autre information qu'il juge appropriée pour indiquer la position financière du secrétariat. Ces états financiers sont préparés sous une forme approuvée par la RCTA après consultation avec le commissaire aux comptes.

10.4 Les opérations comptables du secrétariat sont libellées dans la monnaie dans laquelle elles ont été effectuées mais les états financiers annuels expriment toutes les opérations en dollars des Etats-Unis d'Amérique.

10.5 Des comptes appropriés séparés sont tenus pour tous les Fonds de roulement, Fonds d'affectation spéciale et Fonds de dépôt.

Article 11

Vérification externe

11.1 La RCTA nomme un vérificateur externe des comptes qui est le contrôleur général, ou une autorité statutaire équivalente d'une Partie consultative de la RCTA,

Artikel 10

Kontenführung

10.1 Der Exekutivsekretär stellt sicher, dass über die Buchungsvorgänge und Angelegenheiten des Sekretariats geeignete Unterlagen und Rechnungen geführt werden und dass alle Zahlungen aus Sekretariatsgeldern korrekt durchgeführt und genehmigt werden. Der Exekutivsekretär stellt außerdem sicher, dass über die Vermögenswerte des Sekretariats oder solche in seiner Verwahrung sowie über die vom Sekretariat eingegangenen Verpflichtungen eine angemessene Kontrolle ausgeübt wird.

10.2 Der Exekutivsekretär legt den Konsultativparteien so bald wie möglich, spätestens jedoch bis zu dem unmittelbar auf den Ablauf des Haushaltsjahrs folgenden 30. Juni, einen Rechnungsabschluss vor, der für das Haushaltsjahr, auf das er sich bezieht, Folgendes ausweist:

- a) die Einnahmen und Ausgaben bezüglich aller Fonds und Konten;
- b) die Lage bezüglich der Haushaltsansätze, darunter
 - i) die ursprünglichen Haushaltsansätze;
 - ii) die genehmigten Ausgaben, welche die ursprünglichen Haushaltsansätze übersteigen;
 - iii) alle sonstigen Einnahmen;
 - iv) die Beträge, die zu Lasten der Haushaltsansätze und sonstigen Einnahmen verbucht wurden;
- c) die finanziellen Aktiva und Passiva des Sekretariats;
- d) ausführliche Angaben über die Wertentwicklung der Kapitalanlagen und
- e) Abschreibungen auf die Vermögenswerte nach Artikel 9.3.

10.3 Der Exekutivsekretär legt außerdem alle weiteren Informationen vor, die geeignet sind, die finanzielle Lage des Sekretariats darzustellen. Die Rechnungsabschlüsse werden nach Konsultation mit dem externen Rechnungsprüfer in einer von der Konsultativtagung genehmigten Form erstellt.

10.4 Die Buchungen des Sekretariats erfolgen in der Währung, in der sie vorgenommen wurden; die jährlichen Rechnungsabschlüsse verzeichnen jedoch alle Vorgänge in US-Währung.

10.5 Für alle Betriebsmittel-, Sonder- und Treuhandfonds werden getrennte Konten geführt.

Artikel 11

Externe Rechnungsprüfung

11.1 Die Konsultativtagung ernennt einen externen Rechnungsprüfer, welcher Rechnungshofspräsident oder eine gleichwertige Autorität einer Konsultativpartei

serve for a term of two years with the possibility of re-appointment. The ATCM will ensure the external auditor's independence of the Secretariat, and the Secretariat's staff. The ATCM shall fix the terms of office, appropriate funds to the external auditor and may consult him/her on the introduction or amendment of any financial regulations or detailed accounting methods as well as on all matters affecting auditing procedures and methodology.

11.2 The external auditor or a person or persons authorised by him/her shall be entitled at all reasonable times to full and free access to all accounts and records of the Secretariat relating directly or indirectly to the receipt or payment of moneys by the Secretariat or to the acquisition, receipt, custody or disposal of assets by the Secretariat. This applies also to allowances such as travel and representation expenses. The external auditor or a person or persons authorised by him/her may make copies of or take extracts from any such accounts or records.

11.3 If required by the ATCM to perform a full audit, the external auditor shall conduct his/her examination of the statements in conformity with generally accepted auditing standards and shall report to the ATCM on all relevant matters, including:

- (a) whether, in his/her opinion, the statements are based on proper accounts and records;
- (b) whether the statements are in agreement with the accounts and records;
- (c) whether, in his/her opinion, the income, expenditure and investment of moneys and the acquisition and disposal of assets by the Secretariat during the year have been in accordance with these Regulations; and
- (d) observations with respect to the efficiency and economy of the financial procedures and the conduct of business, the accounting system, internal financial controls and the administration and management of the Secretariat.

11.4 If required by the ATCM to perform a review audit, the external auditor shall review the statements and accounting controls in operation. The external auditor shall report to the ATCM whether anything

pour un mandat de deux ans, éventuellement renouvelable. La RCTA assure le respect de l'indépendance de ce vérificateur vis-à-vis du secrétariat et de son personnel, fixe la durée de son mandat, lui affecte des fonds suffisants et peut le consulter à propos de l'introduction ou de l'amendement de toute règle financière ou de toute méthode comptable détaillée ainsi que de toute question touchant aux méthodes et à la méthodologie de vérification.

11.2 Le vérificateur externe des comptes ou une ou plusieurs personnes autorisée(s) par lui/elle a (ont) droit, à tout moment raisonnable, de consulter librement les comptes et archives du secrétariat relatifs, directement ou indirectement, à l'encaissement ou au paiement de sommes d'argent par le secrétariat, ou encore à l'achat, la réception, la détention ou la cession d'avoirs par le secrétariat. Ceci s'applique également aux indemnités, telles les indemnités de voyage et de représentation. Le vérificateur externe des comptes ou une personne qu'il ou elle aura désignée peut faire des copies ou tirer des extraits de ces comptes ou documents comptables.

11.3 Au cas où la RCTA demanderait qu'il soit procédé à une vérification complète, le vérificateur externe des comptes se livre à un examen des états financiers en conformité avec les normes généralement acceptées de vérification et il lui fait rapport sur toutes les questions pertinentes, y compris:

- a) la question de savoir si, à son avis, les états reposent sur des comptes et des documents comptables appropriés;
- b) la question de savoir si les états sont conformes aux comptes et documents comptables;
- c) la question de savoir si, à son avis, les revenus, les dépenses et les placements d'argent ainsi que l'acquisition et la vente d'avoirs par le secrétariat pendant l'année ont été conformes au présent règlement financier; et
- d) des observations sur l'efficacité et l'économie des procédures financières et la conduite des affaires, le système comptable, les contrôles financiers intérieurs et l'administration et la gestion du secrétariat.

11.4 Au cas où le secrétariat demanderait qu'il soit procédé à une vérification simplifiée des comptes, le vérificateur externe des comptes examine les états financiers et les contrôles comptables en

der Konsultativtagung ist; seine Amtszeit beträgt zwei Jahre mit der Möglichkeit der Wiederernennung. Die Konsultativtagung gewährleistet die Unabhängigkeit des externen Rechnungsprüfers vom Sekretariat und von den Mitarbeitern des Sekretariats. Sie setzt seine Amtszeit fest und weist ihm angemessene Mittel zu; sie kann ihn oder sie zur Einführung oder Änderung von Finanzvorschriften oder zu ausführlichen Methoden der Rechnungslegung sowie zu allen Angelegenheiten, die Verfahren und Methoden der Rechnungsprüfung berühren, konsultieren.

11.2 Der externe Rechnungsprüfer oder eine oder mehrere von ihm oder ihr bevollmächtigte Personen haben zu allen annehmbaren Zeiten vollständigen und freien Zugang zu allen Rechnungen und Büchern des Sekretariats, die mit der Entgegennahme oder der Zahlung von Geldern durch das Sekretariat oder mit dem Erwerb, der Entgegennahme, der Verwahrung oder der Veräußerung von Vermögenswerten durch das Sekretariat unmittelbar oder mittelbar im Zusammenhang stehen. Dies gilt gleichermaßen für Zulagen wie Reise- und Repräsentationskosten. Der externe Rechnungsprüfer oder eine oder mehrere von ihm oder ihr bevollmächtigte Personen dürfen von den Rechnungen oder Büchern Kopien oder Auszüge anfertigen.

11.3 Verlangt die Konsultativtagung von dem externen Rechnungsprüfer eine umfassende Rechnungsprüfung, so führt er oder sie die Prüfung der Rechnungsabschlüsse in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Rechnungsprüfungsnormen durch und berichtet der Konsultativtagung über alle diesbezüglichen Fragen, wie beispielsweise,

- a) ob die Rechnungsabschlüsse seiner beziehungsweise ihrer Meinung nach auf ordentlichen Konten und Aufzeichnungen beruhen;
- b) ob die Rechnungsabschlüsse mit den Konten und Aufzeichnungen übereinstimmen;
- c) ob seiner beziehungsweise ihrer Meinung nach die Einkünfte, Ausgaben und Geldanlagen des Sekretariats sowie der Erwerb und die Veräußerung von Vermögenswerten durch das Sekretariat im Lauf des Jahres in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften getätigt wurden, und
- d) Beobachtungen betreffend die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit des Finanzverfahrens und der Geschäftsführung, der Rechnungslegung, der internen Finanzkontrolle sowie der Verwaltung und Leitung des Sekretariats.

11.4 Verlangt die Konsultativtagung von dem externen Rechnungsprüfer eine vereinfachte Rechnungsprüfung, so überprüft dieser die Rechnungsabschlüsse und das Kontrollsystem. Der externe Rech-

has come to his/her attention which would cause him/her to doubt whether:

- (a) the statements are based on proper accounts and records;
- (b) the statements are in agreement with the accounts and records; or
- (c) the income, expenditure and investment of moneys and the acquisition and disposal of assets by the Secretariat during the year have been in accordance with these Regulations.

11.5 The Executive Secretary shall provide the external auditor with the facilities he/she may require in the performance of the audit.

11.6 The Executive Secretary shall provide to the Parties of the ATCM a copy of the audit report and the audited financial statements within 30 days of their receipt.

11.7 The ATCM shall, if necessary, invite the external auditor to address the Meeting and to attend discussions on any item under scrutiny and consider recommendations arising out of his/her findings.

vigueur. Il fera rapport à la RCTA sur tout ce qui pourrait lui faire avoir des doutes quant à la question de savoir si:

- a) les états financiers reposent sur des comptes et des documents comptables appropriés;
- b) les états financiers sont conformes aux comptes et documents comptables; ou
- c) les revenus, les dépenses et les placements d'argent ainsi que l'acquisition et la vente d'avoirs par le secrétariat ont été conformes au présent règlement financier.

11.5 Le secrétaire exécutif fournit au vérificateur externe des comptes les facilités dont il/elle peut avoir besoin dans l'accomplissement de sa tâche.

11.6 Le secrétaire exécutif fournit aux Parties de la RCTA une copie du rapport du vérificateur externe des comptes et des états financiers vérifiés dans les 30 jours qui suivent leur réception.

11.7 La RCTA invite selon que de besoin le commissaire aux comptes à assister aux débats sur toute question qui fait l'objet d'un examen minutieux, et elle étudie les recommandations qui découlent de ses résultats.

nungsprüfer meldet der Konsultativtagung, ob ihm beziehungsweise ihr etwas zur Kenntnis gelangt ist, was ihn beziehungsweise sie daran zweifeln lässt, dass

- a) die Rechnungsabschlüsse auf korrekt geführten Konten und Aufzeichnungen beruhen;
- b) die Rechnungsabschlüsse mit den Konten und Aufzeichnungen übereinstimmen oder
- c) dass die Einkünfte, Ausgaben und Geldanlagen des Sekretariats sowie der Erwerb und die Veräußerung von Vermögenswerten durch das Sekretariat im Lauf des Jahres in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften getätigt wurden.

11.5 Der Exekutivsekretär gewährt dem externen Rechnungsprüfer jede Unterstützung, die er beziehungsweise sie bei der Durchführung der Rechnungsprüfung benötigt.

11.6 Der Exekutivsekretär übermittelt den Parteien der Konsultativtagung binnen 30 Tagen nach Eingang des Prüfungsberichts und der geprüften Rechnungsabschlüsse eine Kopie davon.

11.7 Bei Bedarf fordert die Konsultativtagung den externen Rechnungsprüfer auf, zur Tagung zu sprechen und an Diskussionen über jede Frage teilzunehmen, die einer eingehenden Überprüfung unterzogen wird, und zieht die aus seinen beziehungsweise ihren Feststellungen gewonnenen Empfehlungen in Betracht.

Regulation 12

Acceptance of annual financial statements

12.1 The ATCM shall, following consideration of the audited annual financial statements and audit report submitted to the Consultative Parties under Regulation 11, signify its acceptance of the audited annual financial statements or take such other action as it may consider appropriate.

Article 12

Approbation des états financiers annuels

12.1 La RCTA, après avoir examiné les états financiers annuels vérifiés ainsi que le rapport d'audit soumis à ses Parties en application de l'article 11 du présent règlement, signifie son approbation des états financiers annuels vérifiés ou prend toute autre mesure qu'elle peut juger appropriée.

Artikel 12

Annahme der Jahresrechnungsabschlüsse

12.1 Nachdem die Konsultativtagung sich mit den geprüften Jahresrechnungsabschlüssen und dem Prüfungsbericht, die den Konsultativparteien nach Artikel 11 vorgelegt worden sind, befasst hat, teilt sie mit, dass sie die geprüften Jahresrechnungsabschlüsse anerkennt, oder sie trifft eine andere von ihr als angemessen erachtete Maßnahme.

Regulation 13

Insurance

13.1 The Secretariat shall take out suitable insurances with one or more reputable financial institution against normal risks to its assets.

Article 13

Assurance

13.1 Le secrétariat souscrit auprès d'un ou de plusieurs établissements financiers de bonne réputation des polices d'assurance contre les risques normaux que courent ses biens.

Artikel 13

Versicherung

13.1 Das Sekretariat schließt bei einer oder mehreren angesehenen Finanzinstitutionen geeignete Versicherungen gegen die üblichen Risiken für ihre Vermögenswerte ab.

Regulation 14

General provision

14.1 These Regulations may be amended by a Decision of the ATCM.

14.2 Where the ATCM is considering matters which may lead to a decision which has financial or administrative implications, it shall have before it an evaluation of those implications from the Executive Secretary.

Article 14

Dispositions de caractère général

14.1 Ce règlement peut être amendé par une décision de la RCTA.

14.2 Lorsqu'elle examine des questions qui peuvent aboutir à une décision ayant des incidences d'ordre administratif ou financier, la RCTA doit avoir à sa disposition une évaluation par le secrétaire exécutif de ces incidences.

Artikel 14

Allgemeine Bestimmung

14.1 Diese Vorschriften können durch einen Beschluss der Konsultativtagung geändert werden.

14.2 Befasst sich die Konsultativtagung mit Angelegenheiten, die möglicherweise zu einem Beschluss mit finanziellen oder verwaltungstechnischen Auswirkungen führen, so muss ihr eine vom Exekutivsekretär abgegebene Einschätzung der Auswirkungen vorliegen.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge**

Vom 29. Juli 2005

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge (BGBl. 1961 II S. 1097) ist nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Polen	am	21. Mai 2005
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung,		
Slowakei	am	28. Februar 2005
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung.		

II.

Polen am 19. Mai 2004:

(Übersetzung)

“Settlement in the meaning of Article 5 of the European Agreement on the Abolition of Visas for Refugees shall be construed as the stay related to the transfer of the refugee’s important vital interests, for which the refugee was granted a permit different than a visa in line with provisions regulating the entry, transit, stay and departure of aliens from the territory of the Republic of Poland.

„Der Begriff Niederlassung im Sinne des Artikels 5 des Europäischen Übereinkommens über die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Flüchtlinge wird als der Aufenthalt ausgelegt, der sich auf den Übergang der lebenswichtigen Interessen des Flüchtlings bezieht, für den dem Flüchtling im Einklang mit den Bestimmungen über die Einreise, die Durchreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern in Bezug auf das Hoheitsgebiet der Republik Polen eine Erlaubnis erteilt wurde, bei der es sich nicht um ein Visum handelt.

Stay for which the refugee was granted a permit for the purpose of attending an educational establishment, medical establishment, convalescent home or other similar institutions shall not constitute settlement with the meaning of the said Article 5.”

Ein Aufenthalt, für den dem Flüchtling eine Erlaubnis zum Besuch einer Bildungs- oder Heilstätte, einer Kuranstalt oder einer ähnlichen Einrichtung erteilt wurde, stellt keine Niederlassung im Sinne des Artikels 5 dar.“

Die Slowakei am 24. März 2005:

(Übersetzung)

“In accordance with Article 2 of the Agreement, Slovakia declares that the territory of the Slovak Republic is integral and indivisible, defined by State borders with neighbouring States according to the international treaties concluded by the Slovak Republic or by international treaties by which the Slovak Republic is bound.”

„Im Einklang mit Artikel 2 des Übereinkommens erklärt die Slowakei, dass das Hoheitsgebiet der Slowakischen Republik einheitlich und unteilbar ist und von den Staatsgrenzen zu den Nachbarstaaten in Übereinstimmung mit den von der Slowakischen Republik geschlossenen völkerrechtlichen Verträgen beziehungsweise von völkerrechtlichen Verträgen, an die die Slowakische Republik gebunden ist, bestimmt ist.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. Februar 2003 (BGBl. II S. 216).

Berlin, den 29. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens
über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates, des Zusatzprotokolls
sowie des Sechsten Protokolls zu diesem Abkommen**

Vom 29. Juli 2005

I.

Das Allgemeine Abkommen vom 2. September 1949 über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und das Zusatzprotokoll vom 6. November 1952 zu diesem Abkommen (BGBl. 1954 II S. 493, 501; 1957 II S. 261) sind nach Artikel 7 Abs. d Ziffer ii des Zusatzprotokolls für

Serbien und Montenegro am 26. April 2005
in Kraft getreten.

II.

Das Sechste Protokoll vom 5. März 1996 zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (BGBl. 2001 II S. 564) ist nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für

Serbien und Montenegro am 27. Mai 2005
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 30. Oktober 2003 (BGBl. II S. 1778) und vom 25. Februar 2004 (BGBl. II S. 447).

Berlin, den 29. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christoph Müller

**Berichtigung
der Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen**

Vom 6. Juli 2005

Die Bekanntmachung vom 29. November 2004 (BGBl. 2005 II S. 8) über den Geltungsbereich des Übereinkommens vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen (BGBl. 1972 II S. 1505) wird aufgrund einer Korrekturnote der Regierung der Russischen Föderation hinsichtlich des Inkrafttretens für Andorra dergestalt berichtigt, dass das Übereinkommen für Andorra bereits am

23. Oktober 2004

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,05 € (7,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,65 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Berichtigung
der Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens über die an Verfahren vor dem
Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen**

Vom 6. Juli 2005

Die Bekanntmachung vom 29. November 2004 (BGBl. 2005 II S. 7) über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens vom 5. März 1996 über die an Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte teilnehmenden Personen (BGBl. 2001 II S. 358) wird insoweit berichtigt, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für die

Türkei am 1. Dezember 2004
in Kraft getreten ist.

Berlin, den 6. Juli 2005

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Läufer